

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

APRIL 1960

INHALT

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Frühjahr 1960	3
Geld und Kredit	3
Öffentliche Finanzen	14
Produktion und Märkte	24
Außenhandel und Zahlungsbilanz	34
Statistischer Teil	43
Bankenstatistische Gesamtrechnungen	44
Deutsche Bundesbank	49
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	49
Ausweis	52
Kreditinstitute	54
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	54
Zwischenbilanzen	68
Zinssätze	81
Kapitalmarkt	85
Öffentliche Finanzen	96
Außenwirtschaft	101
Produktion und Märkte	106
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	110
Zinssätze im Ausland	112

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben dieses Berichts bis einschließlich Dezember 1959 auf das Bundesgebiet ohne Saarland aber einschließlich Berlin (West), ab Januar 1960 auf das Bundesgebiet einschließlich Saarland und Berlin (West)

Abgeschlossen am 28. April 1960

Zur Ergänzung dieses Berichts sei auf den in Kürze erscheinenden

*Geschäftsbericht
der
Deutschen Bundesbank
für das Jahr 1959*

verwiesen, in dem neben dem üblichen Rückblick auf das vergangene Jahr auch die gegenwärtige Lage einer eingehenderen Betrachtung unterzogen wird.

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Frühjahr 1960

Geld und Kredit

Geldmarkt und Bankenliquidität

Die Entwicklung des Geldmarktes und der Bankenliquidität stand in den letzten Monaten vor allem unter dem Einfluß der liquiditätspolitischen Maßnahmen der Bundesbank, d. h. der abermaligen Erhöhung der Mindestreserven mit Wirkung vom Januar und März d. J. sowie der — ebenfalls im März wirksam gewordenen — Kürzung der Rediskontkontingente der Kreditinstitute bei der Bundesbank. In den Monatsberichten für Januar und Februar d. J. sind diese Maßnahmen bereits ausführlich geschildert und begründet worden. Auf die mit der Mindestreserveerhöhung verbundene Liquiditätsbindung ist es im wesentlichen zurückzuführen, daß die nach der Jahreswende saisonüblichen Liquidisierungstendenzen in diesem Jahr kaum zur Entfaltung kamen und darüber hinaus auch die mit dem laufenden Devisenzustrom verknüpfte Verflüssigung des Bankenapparates zumindest bis Ende März restlos neutralisiert wurde. Die Lage am Geldmarkt war daher bereits von Beginn des Jahres an (entgegen der sonst üblichen Entwicklung) durch eine bemerkenswerte Festigkeit gekennzeichnet. Der Satz für Tagesgeld hielt sich im Januar und Februar d. J. mit durchschnittlich 3,8 bis 3,9 % dicht am Diskontsatz der Bundesbank, und im März sowie in den ersten beiden Aprildekaden lag er im Durchschnitt sogar um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{8}$ % darüber. Symptomatisch für den erhöhten Geldbedarf der Banken war ferner, daß die Institute in den ersten drei Monaten d. J., vor allem im März, erneut auf den Rediskontkredit der Bundesbank zurückgriffen und Teile ihrer kurzfristigen Auslandsanlagen „repatriierten“, während auf der anderen Seite kaum mehr ein Bedarf zur Anlage flüssiger Mittel in „Mobilisierungstiteln“ bestand. Erst in der letzten Aprildekade setzte sich am Geldmarkt wieder eine gewisse Auflockerung durch.

Weit an der Spitze der liquiditätsmindernden Faktoren stand, wie schon angedeutet, die beträchtliche Erhöhung der *Mindestreserveanforderungen*. Allein im Januar ist das Reserve-Soll der Banken (einschließlich der Geldinstitute der Bundespost) hauptsächlich infolge der zu Beginn d. J. in Kraft getretenen Erhöhung der Reservesätze um fast 1 Mrd DM gestiegen. Im Februar beschränkte sich seine Zunahme auf den durch das normale Wachstum der reservspflichtigen Verbindlichkeiten bedingten Betrag (+ 30 Mio DM), und im März

kam es im Zusammenhang mit der abermaligen (nunmehr dritten) Erhöhung der Reservesätze — um diesmal 20 vH ihres Standes vom Oktober v. J. — zu einer erneuten sprunghaften Steigerung um 1,6 Mrd DM. Rechnet man den für April zu erwartenden (wieder ausschließlich auf dem Wachstum der reservpflichtigen Verbindlichkeiten beruhenden) Anstieg des Reserve-Solls um vielleicht 100 Mio DM noch hinzu, so sind durch die Mindestreserveanforderungen seit der Jahreswende flüssige Mittel der Banken im Betrage von etwa $2\frac{3}{4}$ Mrd DM gebunden worden. Für die Liquiditätslage der Banken fiel dies um so mehr ins Gewicht, als im März die *Rediskontkontingente* der Banken bei der Bundesbank um einen nicht wesentlich geringeren Betrag gekürzt wurden und damit auch die „potentiellen“ Liquiditätsreserven der Banken eine fühlbare Einschränkung erfuhren. Wenn angesichts der im ganzen nur mäßigen Ausnutzung der Kontingente für viele Institute der Rediskontspielraum auch nach der Einschränkung (um 10 vH für die ersten 5 Mio DM und um 30 vH für den Rest des jeweiligen Kontingents) noch verhältnismäßig weit blieb, so ist doch allgemein die Grenze wesentlich näher gerückt, von der ab die Banken ihre Rediskontlinie bewußt zu schonen suchen, um sich nicht vorzeitig ihres wichtigsten Liquiditätsrückhaltes zu begeben.

Andererseits standen diesen liquiditätsverknappenden Maßnahmen sehr erhebliche Verflüssigungstendenzen gegenüber. Sie gingen vor allem von den *Devisenbewegungen* aus, da die Banken weiterhin hohe Devisenzugänge aus dem laufenden Auslandszahlungsverkehr ihrer inländischen Kundschaft verbuchen konnten, die sie in dem Maße zur Beschaffung von Zentralbankgeld einsetzten, wie es die jeweilige Liquiditätslage (nicht zuletzt also der Zwang zur Haltung höherer Mindestreserven) erforderte. Darüber hinaus griffen die Banken, wie schon erwähnt, im Februar und März, offensichtlich aber auch im April, auf ihre kurzfristigen Auslandsanlagen zurück, nachdem sie diese im Januar vorübergehend wieder kräftig aufgestockt hatten, da damals noch ein beachtliches Zinsgefälle, insbesondere gegenüber dem amerikanischen Geldmarkt, bestand. Im Januar hatten die gesamten Devisentransaktionen der Banken mit der Bundesbank jedenfalls zunächst wieder zu einem Netto-Abfluß von Devisen bei der Bundesbank im Betrage von reichlich einer halben Milliarde DM geführt. Schon im Februar waren an des-

sen Stelle jedoch umgekehrt wieder Netto-Devisenabgaben der Banken an die Bundesbank in Höhe von rd. 900 Mio DM getreten. Im März erhöhten sich diese auf fast 1,15 Mrd DM, und im April dürften sie nach den bisher vorliegenden Teilangaben kaum geringer gewesen sein.

Zu diesem Wandel hat, wie schon angedeutet, maßgeblich beigetragen, daß die Banken den im Januar zunächst wieder aufgenommenen „Geldexport“ alsbald einstellten bzw. fällig werdende Auslandsanlagen hereinholten, um sie zum Ausgleich der allmählich spürbarer werdenden inneren Liquiditätsanspannung zu verwenden. Soweit sich bisher übersehen läßt, war die „Repatriierung“ von kurzfristigen Auslandsanlagen allerdings wesentlich geringer als der Devisenzustrom aus dem laufenden Auslandszahlungsverkehr der heimischen Kundschaft. Ende März d. J., dem letzten Zeitpunkt, für den bei Abschluß dieses Berichts vollständige Angaben verfügbar waren, lagen die Guthaben der deutschen Geschäftsbanken bei ausländischen Ban-

ken und ihre Geldmarktanlagen im Ausland mit insgesamt 2,38 Mrd DM um rd. 880 Mio DM unter dem Stand von Ende Januar d. J. verglichen mit einem Gesamtzugang an Devisen bei der Bundesbank von seiten der Kreditinstitute, der während dieser Zeit mit fast 2,1 Mrd DM beinahe das Zweieinhalbfache des genannten Betrages ausmachte. Saldiert man die Rückführung der kurzfristigen Auslandsanlagen der Geschäftsbanken in den Monaten Februar und März mit der Aufstockung im Januar, so beziffert sich die Gesamtabnahme im ersten Vierteljahr d. J. auf nur 160 Mio DM. In welchem Umfang auch im April derartige Tendenzen eine Rolle gespielt haben, ist zur Zeit noch nicht deutlich zu übersehen; Teilangaben zufolge scheint ihr Einfluß jedoch kaum sehr viel größer gewesen zu sein als im Durchschnitt der beiden Vormonate. Immerhin hat die Möglichkeit zur Mobilisierung von Auslandsanlagen es den Banken erleichtert, den erhöhten Mindestreserveanforderungen zu entsprechen, wenn ihnen auch durch die Auflösung derarti-

*Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute
in Mio DM*

Vorgänge	Veränderung im Vierteljahr bzw. Monat (berechnet auf der Basis von Durchschnitten aus den 4 Bankwochen- stichtagen der Monate bzw. Quartalschlußmonate)					
	1959		1960			
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Jan.	Febr.	März
A. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen der folgenden Positionen	Die Vorzeichen geben an, ob die Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Mittelzuflüsse (+) oder -abflüsse (—) beim Banksystem bewirkt haben ^{o)}					
I. Noten- und Münzumlaufl	— 210	— 991	+ 572	+ 845	+ 97	— 370
II. Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank ¹⁾ davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden 2) Sonstige ²⁾	— 1 457 (— 1 323)	— 487 (— 873)	— 2 137 (— 2 048)	— 1 181 (— 1 049)	— 82 (— 114)	— 874 (— 885)
III. Netto-Devisenkäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank ³⁾	+ 834	+ 2 348	+ 1 530	— 153	+ 309	+ 1 374
IV. Sonstige Faktoren ⁴⁾	— 107	— 46	+ 33	+ 93	+ 80	— 140
Gesamtwirkung der oben genannten Faktoren auf die Bankenliquidität	— 940	+ 824	— 2	— 396	+ 404	— 10
B. Mittelzuflüsse bzw. -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund der Offenmarktoperationen der Deutschen Bundesbank, gesamt						
davon über Ankäufe bzw. Verkäufe von						
1) Geldmarkttiteln des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichs- forderungen der Bundesbank (Mobilisierungstitel),	(+ 672)	(+ 632)	(+ 686)	(+ 666)	(— 322)	(+ 342)
2) sonstigen Titeln	(— 28)	(— 68)	(+ 138)	(— 150)	(— 0)	(+ 288)
C. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank, gesamt ⁵⁾	Zunahme: +, bzw. Abnahme: —					
	— 17	+ 1 462	+ 2 026	+ 333	+ 180	+ 1 513
D. Veränderung der Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)	+ 279	+ 74	+ 1 204	+ 213	+ 98	+ 893

^{o)} Die Veränderungen der unter A und B in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank. Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen s.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1957, S. 8.
¹⁾ Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktpolitik angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie ohne Ankaufszusagen für Schatzwechsel). — ²⁾ Einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sie sich seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreservehaltung am 1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankanlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. — ³⁾ Einschließlich der Devisentransaktionen der Bundesbank mit den deutschen Geschäftsbanken im Zusammenhang mit „Geldexporten“. — ⁴⁾ Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Währungsfonds und Weltbank sowie andere Positionen, die den obigen Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. — ⁵⁾ Ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anmerkung ²⁾.

ger Reserven, wie immer wieder betont werden muß, keine zusätzliche Liquidität zugeflossen ist. Vielmehr bedeutet die Repatriierung der bisher an ausländischen Geldmärkten angelegten Mittel lediglich eine Umlagerung von Liquidität, die dann sogar zu einer Einengung des freien Liquiditätsspielraums der Banken führt, wenn die betreffenden Mittel zur Aufstockung der Mindestreserveguthaben verwendet werden.

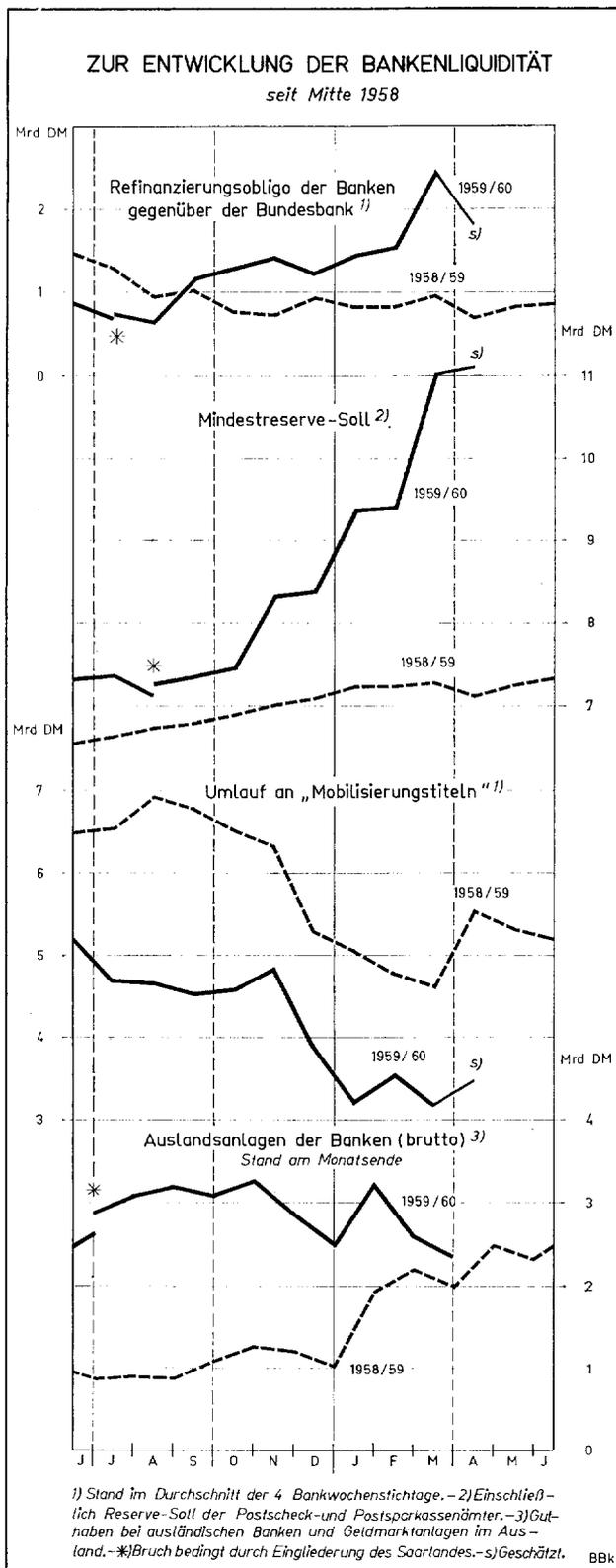
Neue Liquidität fließt den Banken aus der Verschlechterung ihres Auslandsstatus nur dann zu, wenn Ausländer Geld bei deutschen Banken anlegen bzw. an deutsche Banken Kredite geben. Derartige Zuflüsse von „Auslandsgeld“ zu den Geschäftsbanken (im Gegensatz zur Rückführung eigener Anlagen aus dem Ausland) haben in den vergangenen Monaten freilich nur eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt. Im Januar d. J. sind die gesamten kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken (nach ihrem beträchtlichen Anstieg im Dezember v. J. um über eine halbe Milliarde DM) zunächst sogar um rd. 260 Mio DM gesunken, was in der Hauptsache allerdings darauf beruht haben dürfte, daß zum Jahresende, wie üblich, relativ hohe terminbedingte DM-Gutschriften (z. B. für Zins- und Kapitalerträge) auf Konten von Ausländern erteilt worden waren, die von den Begünstigten offenbar erst in den folgenden Wochen abgerufen wurden. Im März d. J. sind die kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Banken zwar wieder kräftig, nämlich um rd. 340 Mio DM (die Einlagen allein um 270 Mio DM), gestiegen, nachdem sie sich im Februar per Saldo nur geringfügig verändert hatten, doch ist nicht ausgeschlossen, daß es sich dabei abermals, wie im Dezember v. J., um eine vorübergehende Aufblähung der Einlagen durch verstärkte Inlandszahlungen an Ausländer handelte. Bis zum Eintreffen weiterreichender Angaben (für die Entwicklung im April liegen zur Zeit noch kaum Anhaltspunkte vor) muß es daher noch dahingestellt bleiben, ob auch ein Zufluß von eigentlichem Auslandsgeld, also von Mitteln, die eigens zur Anlage bei deutschen Banken, in die Bundesrepublik transferiert werden, im März maßgeblich zur Erhöhung der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten beigetragen hat. Die Tatsache, daß sich bisher noch kein Zinsgefälle gegenüber wichtigen anderen Ländern herausgebildet hat, das eine Geldanlage in der Bundesrepublik lohnend erscheinen ließe, spräche an sich dagegen — von der „Verteuerung“ des Auslandsgeldes für die deutschen Banken durch die Einführung der Sonder-Mindestreserven auf den Zugang an Auslandsverbindlichkeiten ganz zu schweigen.

Zur Entlastung der Banken hat in den ersten beiden Monaten d. J. ferner die Entwicklung des *Bargeldum-*

laufs beigetragen, da der Gesamtbetrag der in Umlauf befindlichen Noten und Münzen nach Erreichen der saisonüblichen Jahresendspitze zunächst kräftig abnahm, den Banken in entsprechendem Umfang also Zentralbankgeld zugeführt wurde. Im Durchschnitt aller Tage des Monats lag der Bargeldumlauf im Januar um rd. 880 Mio DM und im Februar um fast 1 Mrd DM unter dem Stand von Dezember v. J. Im März ist er dann freilich unter dem Einfluß saisonaler und konjunktureller Faktoren wieder gestiegen (im Tagesdurchschnitt um 265 Mio DM), und im April war die Zunahme vor allem im Zusammenhang mit dem Osterfest noch stärker. Im Durchschnitt der ersten 26 April-Tage lag der gesamte Noten- und Münzumlauf mit 19,1 Mrd DM um etwa 360 Mio DM über dem Stand im entsprechenden Zeitraum des Vormonats, jedoch noch immer um rd. 380 Mio DM unter dem vom Dezember v. J.

Geschmälert wurde die Bankenliquidität im bisherigen Verlauf des Jahres dagegen weiterhin von den Bewegungen auf den bei der Bundesbank geführten Konten der großen *öffentlichen Haushalte* auf Grund der inländischen Kassentransaktionen dieser Stellen. Anders als bei der Entwicklung des Bargeldumlaufs lag dabei der Schwerpunkt im ersten Vierteljahr, während die Banken im April d. J. von dieser Seite wieder eine gewisse Entlastung erfuhren. Geht man auch hier von Tagesdurchschnittsziffern für die einzelnen Monate aus, so sind den Banken danach im ersten Quartal d. J. flüssige Mittel im Betrage von gut 2 Mrd DM (im März allein fast 1 Mrd DM) entzogen worden. Hohe Steuereingänge, insbesondere bei den Ländern, beträchtliche Auslandszahlungen des Bundes, aber auch der Mittelzufluß aus neuer Verschuldung spielten dabei die ausschlaggebende Rolle. Im April hat sich die bisherige Tendenz jedoch insofern geändert, als die Nettoguthaben des Bundes, der Sondervermögen des Bundes und der Länder bei der Bundesbank im Tagesdurchschnitt erstmals seit geraumer Zeit wieder eine die Auslandszahlungen übertreffende Abnahme aufwiesen. Die genannten Haushalte hatten in ihrer Gesamtheit also auch bei ihren inländischen Kassentransaktionen einen Ausgabenüberschuß zu verzeichnen, und zwar in den ersten 26 Tagen des Monats im Betrage von rd. 270 Mio DM. Die nach dem Osterfest einsetzende Auflockerung des Geldmarktes ist hierdurch (zusammen mit dem Bargeldrückstrom zu den Banken) maßgeblich gefördert worden.

Angesichts der beträchtlichen Liquiditätsanspannung, der die Banken während der meisten Zeit der Berichtsperiode ausgesetzt waren, bestand, wie schon eingangs erwähnt, für *Offenmarkttitle* der Bundesbank in



der Regel keine Nachfrage. Im Verlauf des ersten Quartals blieb der Umlauf an „Mobilisierungstiteln“, wie das vorstehende Schaubild zeigt, trotz teilweise erheblicher Schwankungen im Durchschnitt annähernd unverändert. Insbesondere in der ersten Märzhälfte

wurden der Bundesbank auch wieder in größerem Umfang „sonstige“ Geldmarkttitel, die sie in den Kreis ihrer Offenmarktoperationen einbezogen hat (überwiegend Vorratsstellenwechsel), angeboten. Der Bestand der Bundesbank an derartigen Papieren, der Ende Februar nur knapp 50 Mio DM betragen hatte, wuchs infolgedessen bis zum 22. März auf beinahe 400 Mio DM an. Der Zwang zur Anschaffung höherer Mindestreserven und das Bestreben, die gekürzten Rediskontkontingente nach Möglichkeit zu schonen und statt dessen eher Geldmarkttitel abzustößen, dürfte dabei von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein. Als sich gegen Ende des Monats jedoch herausstellte, daß die Vorsorge für die Mindestreserve etwas zu reichlich gewesen war und das Geldangebot infolgedessen wieder rasch zunahm, konnte die Bank ihre Bestände an „sonstigen“ Geldmarkttiteln bis auf einen Rest nicht mehr handelbarer (d. h. wegen zu kurzer Restlaufzeiten nicht mehr abgabefähiger) Papiere im Betrage von rd. 170 Mio DM wieder räumen. Daneben war es möglich, für Rechnung des Bundes im Betrage von rd. 490 Mio DM unverzinsliche Schatzanweisungen zu placieren, und zwar gleichfalls ganz überwiegend, nämlich zu etwa zwei Dritteln, in der letzten Dekade des Monats. Die Banken haben davon allerdings nur rd. 300 Mio DM übernommen; der Rest wurde ausschließlich bei — nicht zur Anlage ihrer flüssigen Mittel bei der Bundesbank verpflichteten — öffentlichen Stellen untergebracht¹⁾. Nicht zuletzt infolge dieser beachtlichen Eindeckung mit Geldmarkttiteln in den letzten Märztagen zeigte der Markt im April an der Übernahme von Geldmarkttiteln zunächst kein Interesse. Zwar nahm der Eigenbestand der Bundesbank an „sonstigen“ Titeln weiter kontinuierlich ab, doch geschah dies ausschließlich auf Grund von Fälligkeiten. Der Umlauf an Mobilisierungstiteln wies an den Ostertagen mit 3,35 Mrd DM den gleichen Stand auf wie am Anfang des Monats. Erst mit den nach Ostern einsetzenden Auflockerungstendenzen begann sich wieder eine Nachfrage nach Mobilisierungstiteln zu regen, so daß der Umlauf bis zum 29. April auf 3,68 Mrd DM stieg.

Schließlich ist in den letzten Monaten, wie schon eingangs erwähnt, das *Refinanzierungsobligo der Banken gegenüber der Bundesbank* kräftig gestiegen, obwohl die Banken, wie gezeigt wurde, bestrebt waren, zur Beschaffung von Zentralbankgeld in erster Linie auf „bestehende“ Liquiditätsreserven zurückzugreifen,

¹⁾ In den Angaben über die Offenmarktoperationen der Bank (vgl. die Tabelle auf S. 4 sowie die entsprechende Übersicht im Statistischen Teil dieses Berichts) sind diese Abgaben von unverzinslichen Schatzanweisungen für Rechnung des Bundes nicht enthalten, da ihr Erlös — im Gegensatz zur Abgabe von Mobilisierungstiteln oder „sonstigen“ Geldmarkttiteln aus den Beständen der Bank — nicht stillgelegt, sondern dem Bund gutgeschrieben wird. Die dadurch bedingte Erhöhung der Guthaben des Bundes ist bereits in den Angaben über die inlandswirksamen Kassentransaktionen der zentralen öffentlichen Haushalte berücksichtigt.

um einen möglichst großen Rediskontspielraum zu behalten. Allein im März hat sich das gesamte Refinanzierungsvolumen der Banken um rd. 900 Mio DM (im Durchschnitt der vier Bankwochenstichtage) auf etwa 2,5 Mrd DM erhöht, nachdem es im Januar um rd. 210 Mio DM und im Februar um knapp 100 Mio DM gewachsen war. Verglichen mit dem Stand von August v. J., dem bisherigen Tiefpunkt, war es damit um fast 1,8 Mrd DM größer. Im April ist es dagegen wieder kräftig gesunken; im Durchschnitt der ersten drei Bankwochenstichtage d. M. lag es bereits wieder um rd. 590 Mio DM unter dem vergleichbaren Vormonatsstand, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß dem Abbau der Refinanzierungskredite gegenüber anderen Möglichkeiten der Liquiditätsverwendung im allgemeinen der Vorzug gegeben wird.

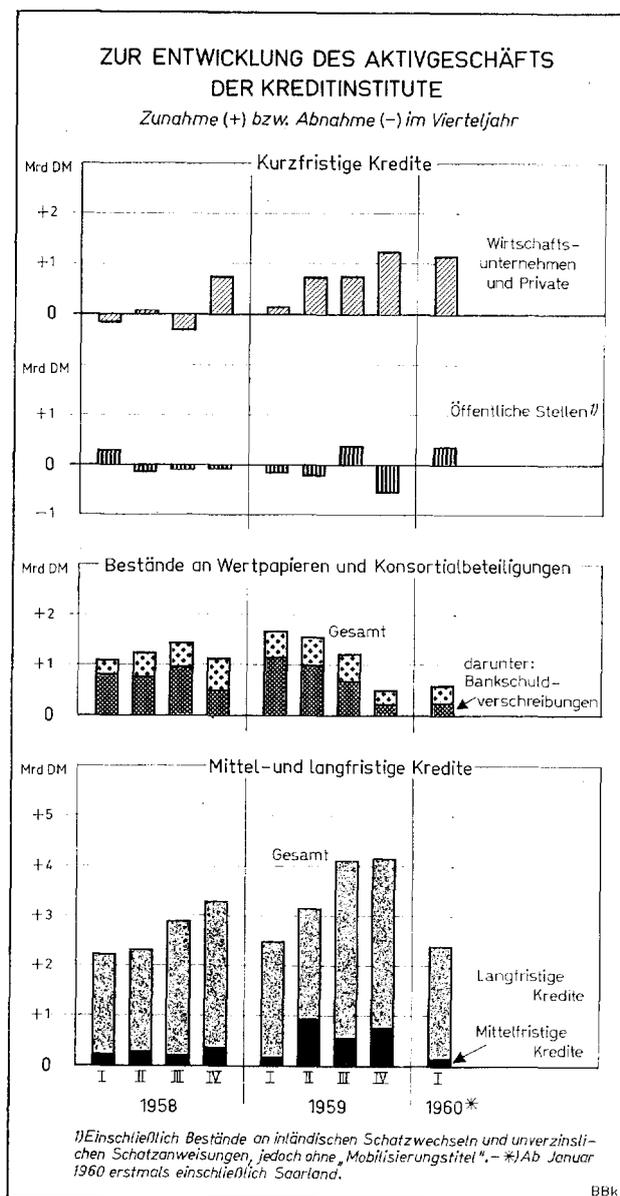
Kredite und Wertpapieranlagen der Banken

Im Aktivgeschäft der Kreditinstitute hat sich die veränderte Liquiditätslage im Bankenapparat bisher allerdings nur wenig ausgewirkt. Besonders die kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sowie an öffentliche Stellen sind im ersten Quartal 1960 nach den nunmehr bis Ende März vorliegenden Angaben der monatlichen Bankenstatistik weiter kräftig gewachsen, wenn auch die Expansion der mittel- und langfristigen Kredite sowie vor allem der Wertpapieranlagen schwächer war als in früheren Perioden. Insgesamt belief sich der Anstieg der Kredite und Wertpapieranlagen der Banken (unter Ausschluß der Interbankkredite, also auch der Bestände an Bankschuldverschreibungen) im ersten Quartal 1960 auf fast 4,3 Mrd DM, verglichen mit reichlich 5,1 Mrd DM im Vorquartal, jedoch nur etwa 3,0 Mrd DM im ersten Vierteljahr von 1959. Die Kreditexpansion im Berichtsquartal wird durch die genannte Ziffer zwar insoweit etwas überhöht ausgewiesen, als seit der Jahreswende auch die Angaben der saarländischen Kreditinstitute in die monatliche Bankenstatistik einbezogen sind, doch ist die dadurch bedingte „statistische“ Aufblähung der Veränderungszahlen nicht so erheblich, daß der Vergleich mit den Vorperioden durch sie merklich beeinträchtigt würde.

Die kurzfristigen Bankkredite an Wirtschaftsunternehmen und Private haben in den ersten drei Monaten von 1960 um fast 1,2 Mrd DM zugenommen. Entgegen der Saisontendenz war ihre Ausdehnung fast ebenso stark wie im letzten Quartal des vergangenen Jahres. Im ersten Vierteljahr von 1959 hatte sie demgegenüber nur rd. 170 Mio DM betragen. Auch im April scheint sich die Expansion in diesem Bereich der Tendenz nach nicht verringert zu haben. Zwar ist das

Volumen der kurzfristigen Wirtschaftskredite bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten in der ersten April-Hälfte zunächst wieder um rd. 125 Mio DM gesunken, doch war der Abbau damit schwächer als im entsprechenden Zeitabschnitt der beiden vorangegangenen Jahre, in denen er 290 bzw. 246 Mio DM betragen hatte.

Auch die kurzfristigen Bankkredite an öffentliche Stellen sind im Berichtsquartal wieder gestiegen — um insgesamt 372 Mio DM —, nachdem sie im letzten Quartal des vergangenen Jahres um rd. 550 Mio DM und im ersten Viertel desselben Jahres um rd. 165 Mio DM abgenommen hatten. Der größte Teil des Anstiegs — 215 Mio DM — entfiel auf die Zunahme der Buchkredite, die restlichen 157 Mio DM auf die Erhöhung der Bestände an inländischen Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen (ausgenommen die



„Mobilisierungstitel“, mit deren Übernahme durch die Banken bekanntlich keine zusätzliche Kreditgewährung an öffentliche Stellen verbunden ist). Der Erwerb eines beträchtlichen Teils der von der Bundesbank im März für den Bund begebenen unverzinslichen Schatzanweisungen spielte dabei die ausschlaggebende Rolle.

Im Gegensatz zu der Entwicklung der kurzfristigen Kredite hat die Expansion der *mittel- und langfristigen Kredite* in der letzten Zeit, wie schon angedeutet, merklich nachgelassen. Mit insgesamt 2,4 Mrd DM war ihr Wachstum in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um jeweils 1,7 bis 1,8 Mrd DM geringer als in den beiden Vorquartalen, wofür bis zu einem gewissen Grade freilich Saisoneinflüsse maßgebend gewesen sein dürften. Aber auch im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrsperiode, in der die betreffenden Kredite um rd. 2,5 Mrd DM gestiegen waren, hat sich ihre Ausdehnung etwas abgeschwächt.

Von nicht geringer Bedeutung war dabei, daß die mittelfristigen Kredite, die ganz überwiegend an Wirtschaftsunternehmen und Private gewährt werden, ihren steilen Anstieg, den sie seit dem Frühjahr 1959 aufgewiesen hatten, nicht mehr fortsetzten. Sie nahmen im Berichtsquartal insgesamt nur noch um 151 Mio DM zu (gegen 184 Mio DM in der gleichen Vorjahrsperiode), nachdem sie in den drei Vorvierteljahre im Durchschnitt um jeweils fast eine dreiviertel Milliarde DM gewachsen waren. Die wieder wesentlich ruhigere Entwicklung dieser Kredite dürfte sich hauptsächlich daraus erklären, daß die Abwicklung der *Schuldscheindarlehen*, die die Banken vor der Steuerrechtsänderung im Mai v. J. in reichem Maße zugesagt hatten, mittlerweile zum Abschluß gekommen ist. Daneben hat auch das Kleindarlehnsgeschäft mit der privaten Kundschaft, das besonders nach der Aufnahme dieses Geschäftszweiges durch die Großbanken vorübergehend recht lebhaft gewesen war, weiter an Bedeutung verloren. Das Volumen der Kleinkredite hat sich von Januar bis März d. J. jedenfalls nur noch um 64 Mio DM erhöht gegen 116 Mio DM im letzten Quartal 1959 und allein 77 Mio DM im September v. J. (dem ersten Monat, für den Vergleichsziffern für alle Bankengruppen vorliegen).

Die langfristigen Kredite, die hauptsächlich von den Realkreditinstituten und Sparkassen sowie einer Reihe von Spezialinstituten gewährt werden (es handelt sich dabei um Kredite mit einer vereinbarten Laufzeit von 4 Jahren und mehr), sind im Berichtsquartal in ihrer Gesamtheit ebenfalls weniger gewachsen als in den Vergleichsperioden des vergangenen Jahres, nämlich um 2,26 Mrd DM gegen jeweils etwa 3,5 Mrd DM in

den beiden Vorquartalen und 2,33 Mrd DM im ersten Vierteljahr 1959. Die Abschwächung gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsabschnitt ist jedoch lediglich darauf zurückzuführen, daß sich die langfristigen Kredite an öffentliche Stellen im Berichtsquartal nicht mehr so stark ausgedehnt haben wie im ersten Viertel des vergangenen Jahres, in dem sie allein durch die Weiterleitung von Emissionserlösen an den Lastenausgleichsfonds (die sich, da die betreffenden Mittel unter dem Obligo der Lastenausgleichsbank aufgenommen worden waren, voll in den Kreditziffern niedergeschlagen hatten) um 300 Mio DM gestiegen waren. Mit rd. 580 Mio DM war ihre Zunahme im ersten Quartal 1960 vielmehr um rd. 360 Mio DM geringer als in der gleichen Vorjahrszeit. Die langfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private sind dagegen im Berichtsquartal weiterhin stärker gewachsen als in der entsprechenden Vorjahrsperiode, nämlich um rd. 1,7 Mrd DM gegenüber knapp 1,4 Mrd DM im ersten Quartal von 1959; immerhin war der Abstand gegenüber den jeweiligen Vorjahrszahlen nur noch halb so groß wie im dritten und vierten Quartal von 1959.

Bei ihren *Wertpapieranlagen* haben sich die Banken weiterhin stark zurückgehalten. Zwar war der Gesamtzugang an in- und ausländischen Wertpapieren sowie an Konsortialbeteiligungen (Bankschuldverschreibungen und Kassenobligationen inbegriffen) im ersten Quartal 1960 mit über 600 Mio DM wieder etwas höher als im Vorvierteljahr (510 Mio DM), doch blieb er weit hinter dem des ersten Quartals von 1959 (fast 1,7 Mrd DM) zurück. Einer relativ kräftigen Aufstockung der Wertpapierportefeuilles im Januar (um fast 610 Mio DM) stand eine nur verhältnismäßig schwache Erhöhung im Februar (um rd. 120 Mio DM) und sogar eine Abnahme im März (um rd. 125 Mio DM) gegenüber. Von der Gesamtzunahme im Vierteljahr entfiel etwas weniger als die Hälfte (276 Mio DM) auf Bankschuldverschreibungen, in der Hauptsache also Pfandbriefe und Kommunalobligationen sowie von Banken begebene Kassenobligationen. Daneben haben sich — offenbar im Zusammenhang mit der starken Welle der Kapitalerhöhungen — insbesondere die Bestände an börsengängigen Dividendenwerten (um 169 Mio DM) erhöht. Auch die Konsortialbeteiligungen nahmen mehr als sonst üblich zu (um 165 Mio DM), während die Bestände an Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen inländischer öffentlicher Emittenten trotz der Übernahme eines Teils der 500 Mio DM-Bundesanleihe vom Januar d. J. (infolge von Abgängen bei den übrigen öffentlichen Wertpapieren) nur um 22 Mio DM höher ausgewiesen wurden. Die Bankbestände an sonstigen (in der

Zur Entwicklung der Aktiv- und Passivgeschäfte der Kreditinstitute *)

in Mio DM

Posten	1958	1959	1959				1960				Stand am Monatsende	
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. ^{p)}	Jan.	Febr.	März ^{p)}		
Kredite an Nichtbanken und Wertpapierbestände			Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)									
Kurzfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+ 282	+ 2 918	+ 171	+ 738	+ 763	+ 1 246	+ 1 167	— 78	+ 589	+ 656	36 691	
Öffentliche Stellen	— 93	— 211	+ 130	— 136	+ 58	— 263	+ 215	+ 80	+ 91	+ 44	536	
Mittel- und langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen und												
Private	+ 7 650	+ 10 513 ⁴⁾	+ 1 534	+ 2 537	+ 3 176 ⁴⁾	+ 3 266	+ 1 816	+ 551	+ 700	+ 565	68 174	
Öffentliche Stellen	+ 3 129 ⁴⁾	+ 3 503 ⁴⁾	+ 983	+ 652 ⁴⁾	+ 940 ⁴⁾	+ 928	+ 597	+ 255	+ 156	+ 186	18 387	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen												
inländischer Emittenten	+ 457	— 1 704	+ 228	— 113	— 116	— 1 703	+ 563	+ 468	— 155	+ 250	5 061	
darunter: Mobilisierungstitel ¹⁾	(+ 382) ⁴⁾	(— 1 385)	(+ 524)	(— 37)	(— 461) ^{1b)}	(— 1 411)	(+ 406)	(+ 500)	(— 68)	(— 26)	(3 346)	
ausländischer Emittenten	+ 154	+ 751 ⁴⁾	+ 132	+ 260 ⁴⁾	+ 47	+ 312	— 479	+ 74	— 218	— 335	753	
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen²⁾												
darunter:												
Bankschuldverschreibungen ³⁾	(+ 3 098)	(+ 3 079)	(+ 1 149)	(+ 1 003)	(+ 685)	(+ 242)	(+ 276)	(+ 141)	(+ 100)	(+ 35)	(11 422)	
Bankeinlagen und andere Passivposten												
Sichteinlagen von Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 3 274	+ 3 047 ⁴⁾	— 523	+ 1 477	+ 657	+ 1 436 ⁴⁾	— 1 336	— 1 424	+ 18	+ 70	24 421	
Öffentlichen Stellen	+ 236	+ 224 ⁴⁾	+ 23 ⁴⁾	— 194	+ 55	+ 340	— 117	— 325	+ 213	— 5	3 202	
Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 443	+ 982	+ 113	— 32	+ 394	+ 507	+ 604	+ 562	+ 153	— 111	11 445	
Öffentlichen Stellen	+ 620	+ 816	+ 11	+ 101	+ 309	+ 395	+ 57	+ 187	+ 285	— 415	7 928	
Spareinlagen von Wirtschaftsunternehmen und												
Privaten	+ 6 312	+ 7 387	+ 2 075	+ 1 396	+ 1 537	+ 2 379	+ 1 958	+ 740	+ 730	+ 488	43 921	
Öffentlichen Stellen	+ 402	+ 779	+ 156	+ 273	+ 143	+ 207	+ 180	+ 46	+ 72	+ 62	3 256	
Bei Nichtbanken aufgenommene Gelder und Darlehen												
darunter: mit Kündigungsfrist oder Laufzeit ab 6 Monate	+ 1 904 ⁴⁾	+ 1 333 ⁴⁾	— 260	+ 224	+ 221 ⁴⁾	+ 1 148	+ 76	— 118	+ 242	— 48	30 295	
	(+ 1 782) ⁴⁾	(+ 1 258) ⁴⁾	(— 173)	(+ 189)	(+ 205) ⁴⁾	(+ 1 037)	(+ 88)	(— 161)	(+ 265)	(— 16)	(29 832)	
Umlauf an Bankschuldverschreibungen^{3) 4)}												
	+ 4 390 ⁵⁾	+ 5 824	+ 1 999	+ 1 500	+ 1 324	+ 1 001	+ 997	+ 334	+ 291	+ 372	26 846	

*) Nach der monatlichen Bilanzstatistik der Kreditinstitute. Die Angaben umfassen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber inländischen und ausländischen Nichtbanken. — 1) Das sind Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes aus dem Umtausch gegen einen entsprechenden Teilbetrag der Ausgleichsforderung der Bundesbank, deren Übernahme durch die Banken keine zusätzliche Kreditgewährung an Nichtbanken darstellt. — 2) Einschließlich Kassenobligationen. — 3) Ohne Schuldverschreibungen eigener Emissionen im Bestand der Kreditinstitute. — 4) Statistisch bereinigt. — 5) Mit anderen Ergebnissen nicht voll vergleichbar, da ab Juli 1958 die vorverkauften Schuldverschreibungen mit den „Schuldverschreibungen im Umlauf“ zusammengefaßt wurden. Netto-Absatz nach der Emissionsstatistik im Juli 1958: rd. 480 Mio DM gegen 714 Mio DM lt. Bankenstatistik. — 1b) Teilweise geschätzt. — p) Vorläufig.

obigen Aufzählung nicht besonders erwähnten) Wertpapieren sind — hauptsächlich wohl bedingt durch Tilgungen hochverzinslicher Industrieobligationen — per Saldo um rd. 30 Mio DM gesunken.

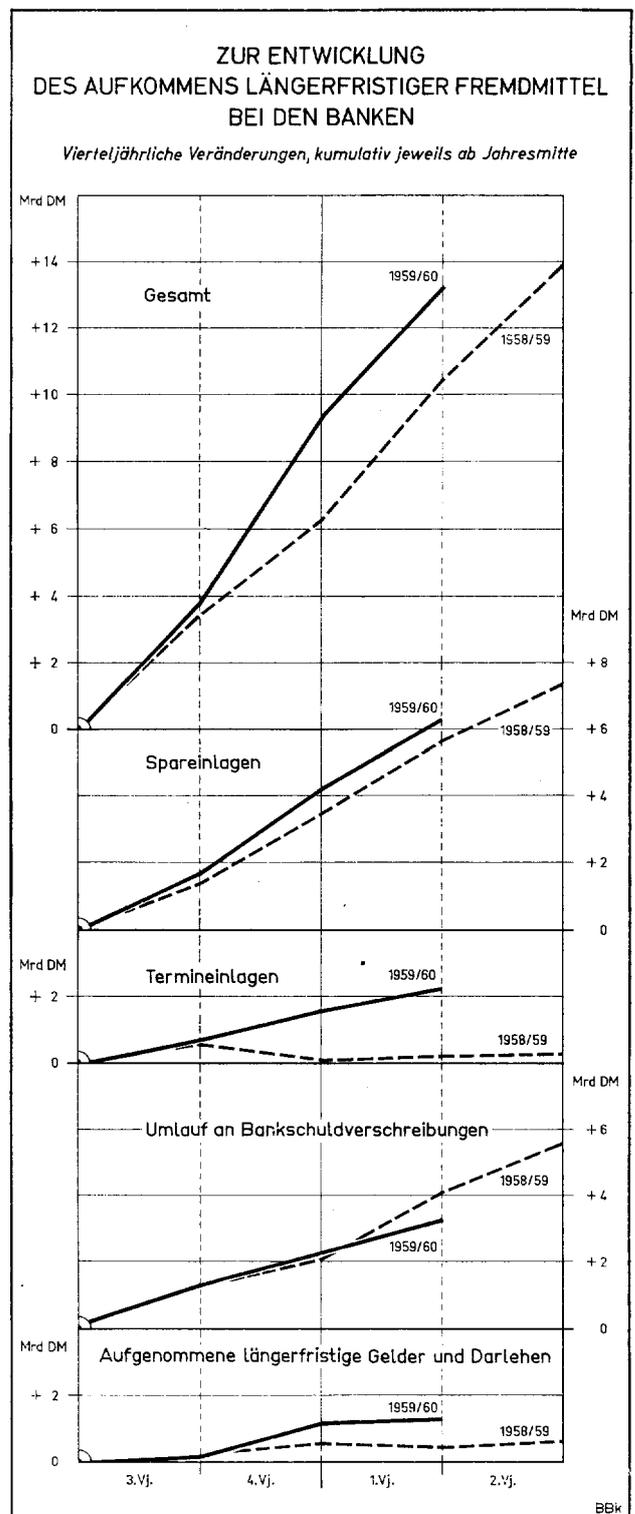
Das Aufkommen längerfristiger Fremdmittel bei den Banken

Das längerfristige Fremdmittelaufkommen bei den Banken (d. i. der Zugang an Spar- und Termineinlagen, der Erlös aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie die Aufnahme längerfristiger Gelder und

Darlehen bei Nichtbanken) blieb im ersten Quartal d. J. mit insgesamt rd. 3,9 Mrd DM hinter dem Aufkommen des Vorquartals um rd. 1,6 Mrd DM zurück. Allerdings hatte es im letzten Viertel des vergangenen Jahres besonders kräftig, nämlich um rd. 5,5 Mrd DM, zugenommen — ein Betrag, der alle bisher erzielten Quartalergebnisse weit in den Schatten gestellt hatte. Aber auch gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres — rd. 4,2 Mrd DM — hat sich das längerfristige Fremdmittelaufkommen im Berichtszeitraum etwas vermindert.

Besonders ausgeprägt war im Vergleich zum Vorjahr der Rückgang des Erlöses aus dem Absatz von *Bankschuldverschreibungen* (einschließlich der von Banken begebenen Kassenobligationen), was deutlich die Schwäche des Rentenmarktes widerspiegelt, von der im folgenden Abschnitt noch die Rede sein wird. Den Absatz an Banken inbegriffen, belief er sich im Berichtsquartal nämlich nur noch auf knapp 1 Mrd DM, was etwa ebenso viel war wie im Vorquartal, aber nur etwa halb so viel wie im ersten Vierteljahr von 1959. Die Verminderung hängt hauptsächlich mit der Einschränkung des Erwerbs von Bankschuldverschreibungen durch Kreditinstitute zusammen, während sich der Absatz an die Nichtbankenkundschaft — 721 Mio DM im Berichtsquartal gegenüber rd. 760 Mio DM im Vorquartal und 850 Mio DM im ersten Vierteljahr 1959 — vergleichsweise gut gehalten hat. Reduziert man also die Erlöse aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen auf denjenigen Teil, der eine originäre Sparkapitalbildung darstellt (im Gegensatz zu dem hauptsächlich aus dem Zufluß anderweitiger längerfristiger Fremdmittel „abgeleiteten“ Erwerb durch Banken), so ergibt sich ein wesentlich günstigeres Bild.

Auch der Zugang an *Spareinlagen* reichte im Berichtsquartal mit insgesamt 2,1 Mrd DM nicht ganz an das Ergebnis des entsprechenden Vorjahrsabschnitts — 2,2 Mrd DM — heran; daß er damit auch geringer war als im letzten Viertel von 1959 — 2,6 Mrd DM —, erklärt sich freilich schon aus den hohen Zinsgutschriften zum Jahresende, die bei einem Gesamtvolumen an Spareinlagen von zur Zeit immerhin gut 47 Mrd DM eine große Rolle spielen. Für die leichte Abschwächung des Spareinlagenwachstums gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum dürfte vor allem der beträchtliche Rückgang des Bestandes an steuerbegünstigten Spareinlagen bestimmend gewesen sein. Infolge des Ablaufs der Sperrfrist für die Anfang 1957 zur Ausnutzung der besonderen Vergünstigungen der sogenannten „Lex Preusker“ abgeschlossenen Einmal-Sparverträge haben die steuerbegünstigten Spareinlagen im Januar und Februar d. J. um beinahe eine halbe Milliarde DM abgenommen, während sich gleichzeitig der Zugang an prämiengünstigten Spareinlagen nur auf 123 Mio DM belief; in den ersten beiden Monaten von 1959 hatte sich der Bestand an steuerbegünstigten Spareinlagen demgegenüber nur geringfügig verändert. Soweit die freigewordenen Beträge nicht zur Erzielung einer Sparprämie erneut festgelegt wurden, dürften sie zum Teil auf normalen Sparkonten stehen geblieben sein, jedoch spricht manches dafür, daß die Sparer gewisse Beträge auch in andere Anlageformen überführt haben.



Die *Termineinlagen* sind in den ersten drei Monaten d. J. dagegen weiter bedeutend stärker gewachsen als im gleichen Vorjahrszeitraum; der seit etwa der Mitte des vergangenen Jahres zu verzeichnende starke Aufwärtstrend hat sich damit fortgesetzt. Ende März d. J. lag die Gesamtsumme der von der Nichtbankenkundschaft bei den Banken unterhaltenen Termineinlagen

mit fast 19,4 Mrd DM um rd. 660 Mio DM über dem Stand von Ende Dezember v. J. und um fast 2,3 Mrd DM über dem von Ende Juni vorigen Jahres. In dem entsprechenden Dreivierteljahresabschnitt von Juni 1958 bis März 1959 hatten sich die betreffenden Guthaben demgegenüber per Saldo nur um rd. 230 Mio DM erhöht, davon um 125 Mio DM im ersten Quartal 1959. Immerhin war der Zuwachs im Berichtsquartal (in Höhe der erwähnten 660 Mio DM) nicht mehr ganz so stark wie im letzten Viertel von 1959 (rd. 900 Mio DM); dabei stand übrigens einem Anstieg von knapp 1,2 Mrd DM in den beiden ersten Monaten d. J. eine — zum Teil saisonbedingte — Abnahme um reichlich eine halbe Milliarde DM im März d. J. gegenüber.

Die *Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken* hat sich im Berichtsquartal nach ihrer sprunghaften Steigerung im letzten Quartal 1959 wieder stark ermäßigt. Der Gesamtzugang an derartigen Mitteln, die den Banken ganz überwiegend von öffentlichen Haushalten zur Weiterleitung an bestimmte Kreditnehmer zugeleitet werden, belief sich von Januar bis März d. J. auf nur rd. 90 Mio DM nach mehr als 1 Mrd DM im letzten und je etwa 200 Mio DM im dritten und zweiten Quartal von 1959. Während für den starken Zuwachs im letzten Viertel von 1959 vor allem die stoßweise Aufstockung des Darlehnsbestandes bei den Kreditinstituten mit Sonderaufgaben maßgebend war, haben nach der Jahreswende umgekehrt größere Tilgungen zu einem vorübergehenden Abbau der betreffenden Darlehen geführt. Bei allen beteiligten Banken ist im ersten Quartal d. J. die durch Tilgungen bedingte Rückführung des Darlehnsbestandes jedoch von den Neuzugängen übertroffen worden, während im ersten Vierteljahr 1959 die Kreditabdeckungen um rd. 170 Mio DM überwogen hatten.

Die Entwicklung der Wertpapiermärkte Der Rentenmarkt

Am Rentenmarkt hat der starke Kursdruck, der noch im Januar dem Markt das Gepräge gegeben hatte, in der Berichtsperiode weitgehend nachgelassen. In verschiedenen Marktbereichen waren darüber hinaus merkliche Kursbesserungen bei allerdings nur geringen Umsätzen zu verzeichnen. Soweit am Rentenmarkt Anlagekäufe getätigt wurden, konzentrierten sie sich vornehmlich auf steuerfreie und steuerbegünstigte Werte, wobei vielfach die Wiederanlage von Mitteln, die anlässlich der Rückzahlung vorzeitig gekündigter Emissionen aus den Jahren 1953 und 1954 frei geworden waren, eine Rolle gespielt haben dürfte. Daneben konnten auch die höherverzinslichen tarifbesteuerten Emissionen der Industrie und der öffentlichen Hand ihre

Kurse zum Teil verbessern. Für neue Emissionen blieb der Markt dagegen, wie aus den unverändert zwischen 93 und 94 vH liegenden Nettoverkaufskursen für neue 6 %ige Pfandbriefe und Kommunalobligationen hervorgeht, bis in die neueste Zeit hinein relativ schwach.

Kennzeichnend für die Verfassung des Rentenmarktes war in den letzten Monaten jedoch vor allem die weitgehende Zurückhaltung, zu der sich die Emittenten im Februar und März auf Grund der zunehmenden Absatzschwierigkeiten in den vorangegangenen Monaten, insbesondere im Januar, gezwungen sahen. Hierdurch erklärt sich auch weitgehend die größere Kursstabilität. Hatten die *Emissionen* im Januar noch rd. 950 Mio DM erreicht, so beliefen sie sich im Februar auf nur noch knapp 430 Mio DM und im März auf nur noch rd. 260 Mio DM (womit sie übrigens zum ersten Male kleiner waren als die gleichzeitigen Aktienemissionen, die 330 Mio DM erreichten). Im gesamten ersten Quartal von 1960 bezifferten sich die Emissionen neuer festverzinslicher Wertpapiere demnach auf 1,64 Mrd DM; sie blieben damit um fast 900 Mio DM hinter dem Emissionsbetrag des vorangegangenen Vierteljahrs und um mehr als 1,1 Mrd DM hinter dem des entsprechenden Vorjahrszeitraums zurück. Der Absatz an neuen Rentenwerten stellte sich im ersten Quartal auf brutto 1,79 Mrd DM gegen 2 Mrd DM im Vorquartal und fast 2,9 Mrd DM im ersten Vierteljahr von 1959. Rund die Hälfte des Gesamtabsatzes (884 Mio DM) entfiel auf Schuldverschreibungen der Realkreditinstitute, während die öffentliche Hand mit gut 570 Mio DM bzw. knapp einem Drittel am Gesamtabsatz beteiligt war (den Löwenanteil hatte hierbei der Bund mit seiner im Januar aufgelegten 500 Mio DM-Anleihe). Der Rest stammte im wesentlichen von den Spezialkreditinstituten. Seitens der Industrie wurde der Markt im neuen Jahr, wenn man die verhältnismäßig hohen Tilgungen (es handelte sich hierbei zu einem erheblichen Teil um vorzeitige Rückzahlungen von hochverzinslichen steuerbegünstigten Anleihen aus der Zeit des Kapitalmarktförderungsgesetzes) berücksichtigt, per Saldo überhaupt nicht in Anspruch genommen; die Tilgungen gingen vielmehr im Berichtszeitraum um 115 Mio DM über den Neuabsatz hinaus, so daß sich der Umlauf an Industrieobligationen entsprechend verminderte. Die schon angedeuteten größeren Finanzierungsmöglichkeiten am Aktienmarkt spielten dabei eine Rolle.

Betrachtet man die Absatzergebnisse der einzelnen Monate des ersten Quartals, so zeigt sich, daß sich die Einmal-Emittenten — mit Ausnahme der Spezialkreditinstitute — in den Monaten Februar und März fast völ-

lig vom Rentenmarkt zurückgezogen und das Feld praktisch den Daueremittenten überlassen haben. Soweit daneben noch Spezialkreditinstitute neue Emissionen unterbrachten, handelte es sich fast ausschließlich um Kassenobligationen, die, da sie nur verhältnismäßig kurze Laufzeiten von 3 bis 4 Jahren aufweisen und darüber hinaus größtenteils an Kreditinstitute abgegeben werden, auf dem Rentenmarkt eine Sonderstellung einnehmen. Dies gilt insbesondere für eine im März von der Kreditanstalt für Wiederaufbau begebene Emission von Kassenobligationen, bei der das Liquiditätsrisiko durch gewisse Rücknahmeverpflichtungen des Emittenten weitgehend ausgeschaltet ist, so daß diese Titel eher den Charakter von Geldmarkt- als von Kapitalmarktpapieren haben.

Aber auch der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobligationen war in den letzten Monaten stark rückläufig. Im März wurden nur noch knapp 250 Mio DM Bankschuldverschreibungen der Realkreditinstitute untergebracht gegen knapp 320 Mio DM im Durchschnitt der beiden Vormonate, gut 380 Mio DM

Der Absatz von Wertpapieren ¹⁾
in Mio DM

Zeit	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten						Anleihen ausländischer Emittenten	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen				
Brutto-Absatz										
1958 1. Vj.	480,4	709,5	32,1	501,8	331,1	—	—	2 054,9	277,7	2 332,6
2. "	262,8	448,7	157,7	525,5	708,2	—	—	2 102,9	299,7	2 402,6
3. "	387,6	760,7	154,8	299,6	299,2	0,0	—	1 901,9	265,6	2 167,5
4. "	488,0	418,7	77,5	325,0	664,2	2,0	92,0	2 067,4	296,5	2 363,9
1959 1. Vj.	838,0	806,8	194,5	283,8	640,2	0,0	124,6	2 887,9	279,3	3 167,2
2. "	615,0	652,0	152,6	425,8	834,3	—	220,0	2 899,7	110,9	3 010,6
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959										
	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	756,9	416,6	299,8	127,8	462,4	0,0	—	2 063,5	552,0	2 615,5
4. "	733,9	410,7	183,2	81,3	603,3	0,8	—	2 013,2	315,0	2 328,2
1960 1. Vj.	625,5	258,8	257,6	27,5	572,3	—	44,8	1 786,5	673,3	2 459,8
Jan.	229,7	95,7	92,6	23,7	514,9	—	32,8	989,4	248,3	1 237,7
Febr.	203,8	108,0	35,8	—	53,4	—	12,0	413,0	112,0	525,0
März	192,0	55,1	129,2	3,8	4,0	—	—	384,1	313,0	697,1
Tilgung										
1958 1. Vj.	7,1	4,6	53,2	13,3	51,7	0,1	—	130,0	—	130,0
2. "	1,7	4,8	0,1	5,9	113,5	0,1	—	126,1	—	126,1
3. "	6,2	56,7	0,0	11,4	49,3	0,0	—	123,6	—	123,6
4. "	45,3	34,3	40,3	71,4	45,3	0,2	—	236,8	—	236,8
1959 1. Vj.	39,1	57,8	55,8	34,7	29,9	—	—	217,3	—	217,3
2. "	53,3	72,1	9,1	57,3	413,1	—	—	604,9	—	604,9
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959										
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Vj.	49,0	44,5	1,6	78,9	113,3	0,1	—	287,4	—	287,4
4. "	90,1	48,8	42,9	134,9	46,9	3,7	—	367,3	—	367,2
1960 1. Vj.	33,2	42,3	47,9	142,3	57,0	—	—	322,7	—	322,7
Jan.	16,4	13,6	45,8	60,0	27,5	—	—	163,3	—	163,3
Febr.	8,0	18,1	0,2	79,1	1,8	—	—	107,2	—	107,2
März	8,8	10,6	1,9	3,2	27,7	—	—	52,2	—	52,2
Netto-Absatz ³⁾										
1958 1. Vj.	473,3	704,9	— 21,1	488,5	279,4	— 0,1	—	1 924,9	277,7	2 202,6
2. "	261,1	443,9	157,6	519,6	594,7	— 0,1	—	1 976,8	299,7	2 276,5
3. "	381,4	704,0	154,8	288,2	249,9	— 0,0	—	1 778,3	265,6	2 043,9
4. "	442,7	384,4	37,2	253,6	618,9	1,8	92,0	1 830,6	296,5	2 127,1
1959 1. Vj.	798,9	749,0	138,7	249,1	610,3	0,0	124,6	2 670,6	279,3	2 949,9
2. "	561,7	579,9	143,5	368,5	421,2	—	220,0	2 294,8	110,9	2 405,7
Saarland ²⁾										
1948 - Mitte 1959										
	106,2	77,6	—	—	—	—	—	183,8	125,8	309,6
3. Vj.	707,9	372,1	298,2	48,9	349,1	— 0,1	—	1 776,1	552,0	2 328,1
4. "	643,8	361,9	140,3	— 53,6	556,4	— 2,9	—	1 645,9	315,0	1 960,9
1960 1. Vj.	592,3	216,5	209,7	— 114,8	515,3	—	44,8	1 463,8	673,3	2 137,1
Jan.	213,3	82,1	46,8	— 36,3	487,4	—	32,8	826,1	248,3	1 074,4
Febr.	195,8	89,9	35,6	— 79,1	51,6	—	12,0	305,8	112,0	417,8
März	183,2	44,5	127,3	0,6	— 23,7	—	—	331,9	313,0	644,9

¹⁾ Ab 3. Vierteljahr 1959 einschl. Saarland. — ²⁾ Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM. — ³⁾ D. h. Brutto-Absatz abzüglich Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet, daß im betr. Zeitraum die Tilgung von Wertpapieren den Neuaufschlag übertraf.

im Monatsdurchschnitt des Vorquartals und rd. 450 Mio DM im Monatsdurchschnitt von 1959. Auf der anderen Seite haben jedoch die *Hypothekenzusagen* der Realkreditinstitute in den letzten Monaten wieder zugenommen. Sie waren im ersten Vierteljahr von 1960 mit nahezu 600 Mio DM zwar kaum höher als im ersten Quartal von 1959, sie gingen jedoch — entgegen der Saisontendenz — um fast 60 Mio DM über den Betrag des Vorquartals hinaus. Es erscheint allerdings nicht ausgeschlossen, daß hierbei gewisse zeitliche Verschiebungen in der Erfassung der Zusagen eine Rolle gespielt haben. So ist es beispielsweise zum Teil üblich, sog. Globalkontingente an Wohnungsbaugesellschaften (d. s. verbindliche Zusagen für eine Mehrzahl von Bauprojekten ein und desselben Bauträgers) erst dann als Zusagen zu melden, wenn die einzelnen Objekte in Angriff genommen und hierfür Einzeldarlehen zugesagt werden. Das bedeutet m. a. W., daß im Zeitpunkt der Erteilung derartiger Globalkontingente der Betrag der Darlehenszusagen statistisch zu niedrig ausgewiesen wird, während er umgekehrt im Augenblick der Einbeziehung in die Statistik höher erscheint, als es den laufenden Darlehenszusagen entspricht. Die *Darlehensauszahlungen* übertrafen im ersten Quartal mit insgesamt 444 Mio DM die entsprechende Ziffer des ersten Quartals von 1959 um rd. 85 Mio DM. Da sie mit den gleichzeitigen Zusagen nicht Schritt hielten, hat sich der Bestand der unerledigten Hypothekenzusagen im abgelaufenen Vierteljahr wieder erhöht, und zwar von 2,14 Mrd DM Ende Dezember 1959 auf 2,25 Mrd DM Ende März 1960.

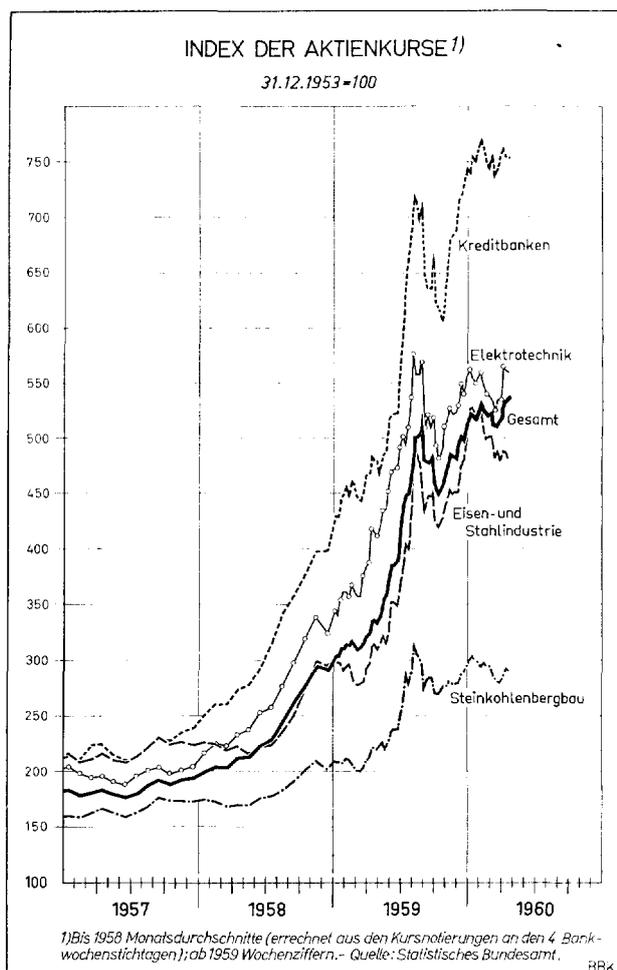
Was das *Verhalten der Kapitalanleger* anlangt, so ist hier bisher — von den eingangs erwähnten Ausnahmen bei den umlaufenden steuerfreien bzw. höherverzinslichen Rentenwerten abgesehen — noch kaum ein Nachlassen des Attentismus zu spüren, obwohl das derzeit zwischen Renten und Aktien bestehende verhältnismäßig starke Renditegefälle das Interesse des Publikums für Rentenwerte wecken müßte. Besonders beeinträchtigt wird die Aufnahmefähigkeit des Rentenmarktes weiter durch das Nachlassen der Käufe der Banken. Bereits im letzten Vierteljahr von 1959 hatten die Banken nur noch für rd. 650 Mio DM festverzinsliche Wertpapiere übernommen gegen 1,25 Mrd DM im Durchschnitt der drei ersten Quartale. Im ersten Vierteljahr von 1960 sind ihre Käufe auf nur noch rd. 250 Mio DM zusammengeschrumpft. Im März haben sie per Saldo überhaupt keine inländischen Rentenwerte mehr gekauft, sondern ihre Bestände an derartigen Titeln sogar um rd. 50 Mio DM abgebaut. Die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommende Zurückhaltung

der Banken im Wertpapiererwerb hängt zweifellos eng mit der derzeitigen Liquiditätslage der Banken zusammen.

Der Aktienmarkt

Am Aktienmarkt hat die *Aufwärtsbewegung der Kurse*, die nach Überwindung der Rückschläge im Herbst des vergangenen Jahres wieder kräftig eingesetzt hatte, in der Berichtsperiode nur noch verhältnismäßig geringe Fortschritte gemacht. Der vom Statistischen Bundesamt berechnete Kursindex (31. 12. 1953 = 100) erreichte Anfang Februar d. J. mit 534 Indexpunkten einen neuen Höchststand. In der Folgezeit fiel er jedoch zunächst wieder auf 514, d. h. etwa auf den Stand von Ende 1959, zurück. Erst im April wurde der bisherige Höchststand von Anfang Februar geringfügig, nämlich um 3 Punkte, überschritten.

Die Verlangsamung des Kursanstiegs beruhte kaum auf einem Nachlassen der Nachfrage des Käuferpublikums; das Anlageinteresse war im Gegenteil nach wie vor beträchtlich, was u. a. aus der Tatsache hervorgeht, daß selbst längerdauernde Schwächeperioden an den wichtigsten Auslandsmärkten, insbesondere in den



USA, ohne nennenswerten Einfluß auf die Verfassung der deutschen Börsen blieben. Den Hauptgrund für die Kursberuhigung bildete vielmehr das beträchtlich verstärkte Angebot an neuen Aktien. Insgesamt bezifferte sich der *Aktienabsatz* im ersten Vierteljahr von 1960 dem Nominalwert nach auf 673 Mio DM. Das war ebenso viel wie im dritten Quartal von 1957, in dem die Unterbringung neuer Aktien das bisher höchste Quartalsergebnis erbracht hatte, und mehr als die Hälfte des Gesamtabsatzes von 1959. Die tatsächliche Marktanspruchnahme war dabei wegen der von den emittierenden Gesellschaften vielfach erheblich über pari festgesetzten Bezugskurse sogar noch bedeutend höher. Dem Kurswert nach stellte sich der Aktienabsatz auf fast 1,1 Mrd DM, ein Ergebnis, das weit über die bisher in einem Vierteljahr erzielten Absatzziffern hinausgeht.

Angesichts dieser erheblichen Anforderungen an den Markt, die übrigens nicht zuletzt eine Reaktion auf die verringerten Möglichkeiten der Unterbringung von Anleihen darstellten, konnte im Berichtsquartal von einer „Marktenge“ kaum noch die Rede sein. Symptomatisch hierfür war vor allem die Tatsache, daß Bezugsrechtsankündigungen, die in früheren Monaten zumeist als Haussefaktoren gewirkt hatten, verschiedentlich, so vor allem, wenn sich größere Kapitalerhöhungen auf eine kurze Zeitspanne zusammendrängten, kursdrückend wirkten. Den Anlegern fiel die Aufbringung der Zeichnungsbeträge nicht mehr so leicht wie vordem; sie waren vielmehr verschiedentlich gezwungen, Altaktien oder Bezugsrechte zu Geldbeschaffungszwecken zu veräußern, um wenigstens einen Teil ihrer Bezugsrechte ausüben zu können. Eine Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch, daß verschiedene Investmentgesellschaften, soweit die von ihnen verwalteten Fonds ausschließlich oder überwiegend auf inländischen Aktienwerten aufgebaut sind, vielfach ihre Bezugsrechte veräußern mußten, da ihnen infolge des in letzter Zeit stagnierenden oder gar rückläufigen Zertifikatsabsatzes die für den Erwerb der jungen Aktien erforderlichen Mittel fehlten.

Die durch das vermehrte Angebot an jungen Aktien weitgehend geschwundene „Marktenge“ kann unter kapitalmarktpolitischen Aspekt nur begrüßt werden, weil dadurch eine der wesentlichsten Triebkräfte der Kurshausse der vergangenen zwei Jahre in Wegfall gekommen ist und der Markt nunmehr zu einer realistischeren, von spekulativen Erwartungen weitgehend freien Bewertung der Aktien zurückfinden kann. Soweit bisher zu übersehen ist auch in den kommenden Monaten mit beträchtlichen Kapitalaufstockungen zu rechnen. Die unter Gewährung von Bezugsrechten vorgesehenen Kapitalerhöhungen dürften im zweiten Quartal dem Nominalwert nach schätzungsweise 400 bis 500 Mio DM erreichen. Unter Berücksichtigung der zahlreichen Überpari-Bezugskurse errechnet sich wiederum ein weit höherer Betrag. Darüber hinaus wird dem Markt im Laufe der nächsten Monate erhebliches Material im Wege der Ausgabe von Berichtigungsaktien zufließen, nachdem mit dem Inkrafttreten der Kleinen Aktienrechtsreform im Dezember des vergangenen Jahres der Weg für die steuerfreie Ausgabe derartiger Aktien freigeworden ist. Die bislang von einem Teil der in Frage kommenden Gesellschaften bekanntgegebenen Kapitalberichtigungen belaufen sich zusammen bereits auf mehr als 200 Mio DM. Hierdurch wird zwar kein neues Kapital gebunden, jedoch wird dadurch der Aktienumlauf ebenfalls erhöht und der Marktenge auch von dieser Seite her — zumindest tendenziell — entgegengewirkt, ganz abgesehen von den sonstigen günstigen Wirkungen, wie vor allem den erhöhten Ausschüttungen und der tendenziellen Zurückdrängung der Selbstfinanzierung.

Die *Aktienrendite* hat sich im Berichtszeitraum nur geringfügig verändert. Die gegenüber dem Vorjahr fast durchweg erhöhten Dividenden ließen das durchschnittliche Dividendenniveau von Ende Dezember 1959 bis Ende März 1960 von 10,63 auf 10,88 % ansteigen. Da die Aktienkurse in der gleichen Zeit nur verhältnismäßig schwach stiegen, konnte sich die durchschnittliche Aktienrendite leicht, von 2,19 auf 2,27 %, verbessern.

Öffentliche Finanzen

Gesamtüberblick

Die kassenmäßige Entwicklung der öffentlichen Haushalte stand im letzten Quartal des vergangenen Rechnungsjahres (Januar bis März 1960) unverändert unter dem Einfluß der ungewöhnlich starken Zunahme des Steueraufkommens. Für den Bundeshaushalt hat

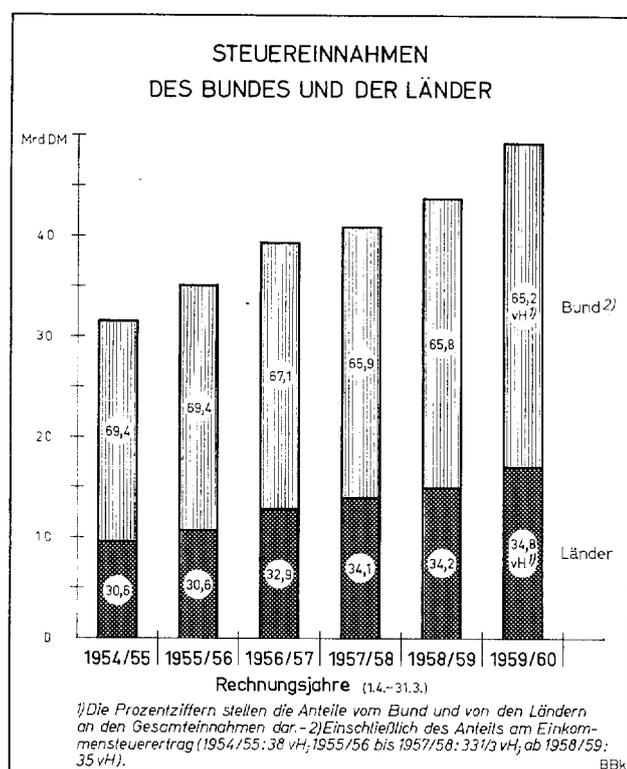
dies allerdings nicht zu einer Entlastung geführt, da gleichzeitig auch die Ausgaben, und zwar vor allem die Verteidigungsausgaben, beträchtlich gestiegen sind und sich infolgedessen wiederum ein erheblicher Kreditbedarf ergeben hat. Die hohen Einnahmen haben, ebenso wie in den drei vorangegangenen Rechnungs-

quartalen, lediglich bewirkt, daß die Verschuldungszunahme nicht ganz so groß war wie auf Grund des vorjährigen Haushaltsplans hatte angenommen werden können. Offensichtlich begünstigt durch die Einnahmementwicklung waren hingegen die Länder. Da hier die laufenden Ausgaben nur wenig zunahmen, hat sich die Kassenposition trotz der weiteren Expansion der Investitionsausgaben beachtlich verbessert. Die Gemeinden haben ebenfalls an der Einnahmesteigerung in starkem Maße partizipiert und verfügten infolgedessen über wesentlich höhere ordentliche Einnahmen zur Deckung ihrer Investitionsausgaben als vordem.

Für das neue, am 1. April begonnene Rechnungsjahr (das wegen der beabsichtigten Gleichstellung des Rechnungsjahres mit dem Kalenderjahr bereits am 31. Dezember d. J. enden wird) ist auf Grund der zur Zeit übersehbaren Tendenzen wiederum mit einer wesentlichen Zunahme der ordentlichen Einnahmen zu rechnen. Für Bund, Länder und Gemeinden zusammen genommen wird der Anstieg des Steueraufkommens gegenüber dem Vorjahr für die zwölf Monate April 1960 bis März 1961 mit reichlich 6 Mrd DM veranschlagt, d. h. nur um 0,8 Mrd DM geringer als die effektive Zunahme im Rechnungsjahr 1959/60. Anders als im Vorjahr werden aber die laufenden Ausgaben vermutlich wieder stärker in Bewegung geraten, da außer den Verteidigungsausgaben vor allem die persönlichen Ausgaben und, namentlich beim Bund, auch die Sozial-

ausgaben erheblich steigen dürften. Was die persönlichen Ausgaben anlangt, die im letzten Jahr nur um rd. 400 Mio DM oder knapp 3 vH zugenommen haben, so ist auf Grund der neuen Tarifvereinbarungen für die Angestellten und die Arbeiter (Erhöhung um durchschnittlich 7,5 bzw. 10 vH) und der vom Bund vorgeschlagenen Aufbesserung der Beamtengehälter und Versorgungsbezüge (um 4 vH) für die genannten Haushalte mit jährlichen Mehraufwendungen (einschließlich der Nachzahlungen für die Monate Januar bis März 1960) im Betrage von etwa 1,4 Mrd DM zu rechnen. Bei einer stärkeren Erhöhung der Bezüge der Beamten und der Versorgungsempfänger, als sie vom Bund vorgeschlagen ist, dürften für jedes weitere Prozent Mehrausgaben in Höhe von rd. 120 Mio DM entstehen. Würden außerdem noch Stellenanhebungen und -vermehrungen im Umfang der letzten Jahre vorgenommen und würde darüber hinaus ein Teil der bei der Bundesbahn entstehenden Belastungen auf den Bundeshaushalt übernommen, so könnten die Mehrausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden in den Monaten April 1960 bis März 1961 den Betrag von 2 Mrd DM erreichen, ja unter Umständen sogar übertreffen. Wird ferner der Ansatz für die Verteidigungsausgaben realisiert, so würde das zu Mehrbelastungen in diesem Bereich um mindestens 1 Mrd DM führen. Berücksichtigt man schließlich, daß sich die Sozialausgaben der Gebietskörperschaften und des Lastenausgleichsfonds trotz der zu erwartenden starken Abnahme der Hausratentschädigung ebenfalls um schätzungsweise 1 Mrd DM (beim Bund allein jedoch um rd. 1,7 Mrd DM) erhöhen dürften, so wird der größere Teil der Mehreinnahmen aller Voraussicht nach durch die genannten Ausgabesteigerungen absorbiert werden. Da auch andere laufende Ausgaben — Subventionen, Wiedergutmachungsleistungen — wachsende Tendenz haben, dürften für die Finanzierung der Investitionsaufwendungen nicht wesentlich mehr Mittel zur Verfügung stehen als im letzten Rechnungsjahr. Wird die weitere Zunahme dieser Aufwendungen nicht beschränkt, so könnte die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der Zeit von April d. J. bis Ende März n. J. noch stärker zunehmen als im Vorjahr, in dem sie, wie aus der Tabelle auf S. 16 zu ersehen ist, um rd. 4 Mrd DM gestiegen ist.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Haushalten dürften sich dabei im Vergleich zum letzten Jahr eher noch verschärfen. Beim Bund werden die laufenden Ausgaben voraussichtlich stärker expandieren als bei den übrigen Körperschaften. Zwar wird der Bund von den steigenden Personalkosten nicht in gleichem Maße betroffen wie die Länder, andererseits aber schlagen bei ihm die Ausgabesteigerungen beim Verteidigungsauf-



Zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung*)
in Mio DM

	Stand am Monatsende							
	1957	1958		1959				1960
	März	März	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
I. Kreditnehmer								
1) Öffentliche Haushalte i. e. S. gesamt	9 019	11 179	12 775	13 462	14 652	15 685	16 261	17 496
a) Bund								
(1) Sonderkredite für Einzahlungen an internationale Organisationen ²⁾ (im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	(391)	(483)	(662)	(662)	(662)	(1 175)	(1 211)	(1 248)
(2) Sonstige Verschuldung	402	—	—	—	536	1 253	1 512	2 427
b) Lastenausgleichsfonds	658	526	685	964	1 202	1 296	1 313	1 357
c) Länder	2 589	3 713	4 190	4 358	4 614	4 586	4 536	4 562 ^{3a)}
d) Gemeinden	5 370	6 940	7 900	8 140	8 300	8 550	8 900	9 150 ^{3a)}
2) Bundesbahn und Bundespost, gesamt	5 643	7 105	8 682	9 060	9 283	9 335	9 748	9 959
a) Bundesbahn	3 365	4 275	5 234	5 452	5 521	5 515	5 770	5 806 ^{3a)}
b) Bundespost	2 278	2 830	3 448	3 608	3 762	3 820	3 978	4 153
Gesamt (1 + 2)	14 662	18 284	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 455^{3a)}
II. Schuldarten								
1) Buchkredite der Bundesbank								
a) im Rahmen der allgemeinen Kreditplafonds in Anspruch genommen	25	46	87	4	552	61	245	149
b) Sonderkredite an den Bund ¹⁾ (im Gesamtbetrag nicht berücksichtigt)	(391)	(483)	(662)	(662)	(662)	(1 175)	(1 211)	(1 248)
2) Direktausleihungen der Kreditinstitute ²⁾	6 837	9 062	10 865	11 593	11 723	12 694	13 190	13 770 ³⁾
3) Geldmarktpapiere ³⁾	2 049	2 621	2 208	1 879	2 013	2 248	2 144	2 512
4) Anleihen, verzinsl. Schatzanweisungen und Kassenobligationen ⁴⁾	2 570	2 815	4 318	4 974	5 423	5 729	6 244	6 752
5) Alle übrigen Schulden ⁵⁾ darunter: Kassenhilfe des Lastenausgleichsfonds an den Bund	3 181 (—)	3 740 (—)	3 979 (—)	4 072 (—)	4 224 (—)	4 288 (110)	4 186 (—)	4 272 (30)
Gesamt (1 bis 5)	14 662	18 284	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 455^{3a)}
III. Unterbringung								
1) Bundesbank ⁶⁾ (ohne Sonderkredite)	177	168	207	4	748	191	325	174
2) Kreditinstitute, gesamt	9 399	12 615	15 293	16 278	16 733	18 265	18 748	19 509
a) Direktausleihungen ²⁾	6 837	9 062	10 865	11 593	11 723	12 694	13 190	13 770 ³⁾
b) Bestand an Geldmarkttiteln	952	1 933	1 867	1 571	1 495	1 840	1 595	1 760
c) Bestand an Kassenobligationen ⁷⁾	—	—	—	222	402	621	936	884
d) Bestand an Anleihen und verzinslichen Schatzanweisungen ⁷⁾	1 610	1 620	2 561	2 892	3 113	3 110	3 027	3 095 ⁴⁾
3) Nichtbanken ⁸⁾	5 086	5 501	5 957	6 240	6 454	6 564	6 936	7 772
Gesamt (1 bis 3)	14 662	18 284	21 457	22 522	23 935	25 020	26 009	27 455^{3a)}

*) Die Angaben beziehen sich auf die inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform und lassen die gegenseitige Verschuldung der genannten Stellen, mit Ausnahme der Kassenhilfe des Ausgleichsfonds an den Bund (vgl. Anmerkung 6) und der von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern an die Bundesbahn gewährten Kredite, außer Betracht. — ¹⁾ Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Europäischer Fonds. — ²⁾ Ohne Ausleihungen der Lastenausgleichsbank an den Lastenausgleichsfonds aus der Weiterleitung von 7f-Darlehen und des Erlöses der von der Bank begebenen Anleihen und Kassenobligationen (in Pos. II, 5 bzw. 4 enthalten), ferner ohne die aus öffentlichen Mitteln gewährten Darlehen an die Gemeinden (Betrag geschätzt); hieraus sowie aus der Ausschaltung der an sonstige inländische und ausländische öffentliche Stellen gewährten Kredite erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 1 des Statistischen Teils. — ³⁾ Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine und Warenwechsel der Bundesbahn; ohne aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen stammende Titel. — ⁴⁾ Abzüglich der Anleihestücke im eigenen Bestand der Emittenten. — ⁵⁾ Hauptsächlich Darlehen von privaten Kapitalsammelstellen und — im Falle der Bundesbahn — auch von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen, und zwar auch soweit letztere durch Hingabe von Schuldtiteln gesichert sind. — ⁶⁾ Buchkredite und Bestand der Bundesbank an Geldmarktpapieren und Anleihen sowie Kassenhilfen des Lastenausgleichsfonds an den Bund, die aus bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben des Fonds gewährt wurden (und beim Fonds noch zu den Kassennitteln gezählt werden.) — ⁷⁾ Einschließlich der Bestände an Anleihen und Kassenobligationen der Lastenausgleichsbank (Beträge geschätzt); hieraus erklären sich die Abweichungen von den Angaben der Tab. III A 2 des Statistischen Teils. — ⁸⁾ Öffentliche und private Stellen (als Differenz ermittelt.) — ⁹⁾ Geschätzt. — ^{3a)} Zum Teil geschätzt.

wand und Sozialaufwand sehr stark zu Buche. Außerdem werden seine Steuereinnahmen, prozentual gesehen, sicher nicht so kräftig zunehmen wie die der Länder und der Gemeinden.

Die Steuereinnahmen

Aus den Steuern von Bund und Ländern sind im Vierteljahr Januar/März rd. 12,68 Mrd DM aufgekommen, d. s. rd. 1 470 Mio DM oder 13,1 vH mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im gesamten Rechnungsjahr 1959/60 betrug die Zunahme fast 5,5 Mrd DM oder 12,5 vH; sie war damit höher als in jedem der sechs vorangegangenen Rechnungsjahre. Von dem Betrag der Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr sind dem Bund rd. 3,3 Mrd DM und den Ländern nahezu 2,2 Mrd DM zugeflossen; die Zuwachsrate der Bundeseinnahmen war mit 11,5 vH allerdings wesentlich niedriger als die der Ländersteuern (14,4 vH), was damit zusammenhängt, daß der Einkommensteuerertrag, der zu etwa zwei Dritteln den Ländern zusteht, überproportional (um 14,4 vH) gewachsen ist. Entscheidend hierfür war die Entwicklung bei der veranlagten Einkommensteuer, deren Aufkommen unter dem Einfluß der Veranlagung für 1957 um fast 1,8 Mrd DM (oder rd. 31 vH) gestiegen ist. Da die Steuereinnahmen der Länder schon in den Vorjahren, prozentual gesehen, stärker zugenommen hatten als die des Bundes, hat sich ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen ständig erhöht. Während er 1955/56 erst 30,6 vH betragen hatte, stellte er sich im letzten Rechnungsjahr bereits auf 34,8 vH, obwohl den Ländern seit dem Rechnungsjahr 1958/59 nur 65 vH des Einkommensteuerertrags zufließen gegen 66²/₃ vH zuvor.

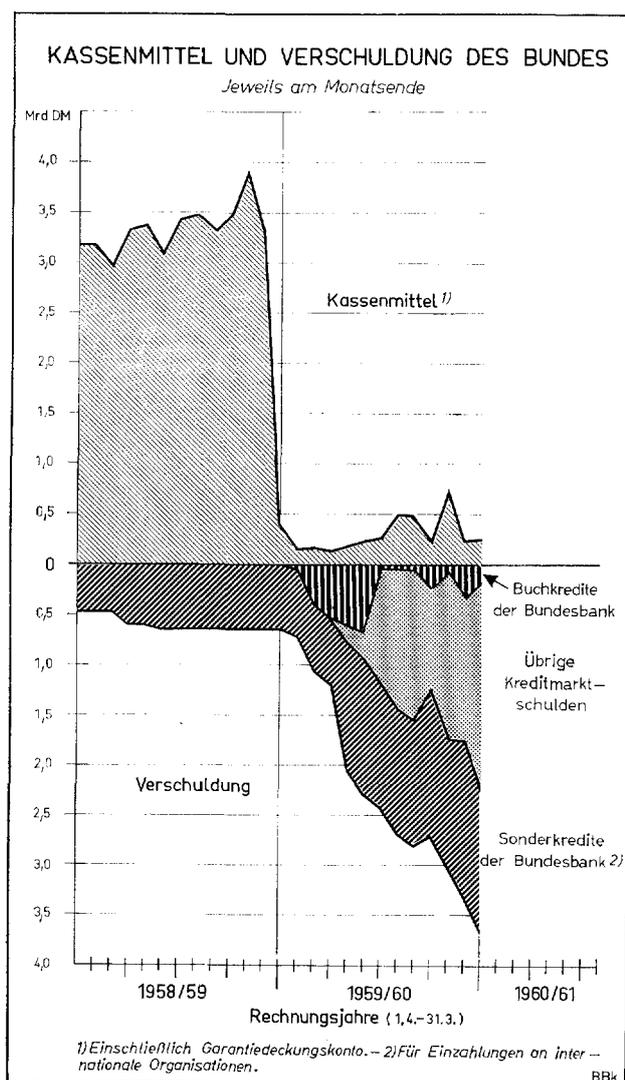
Stärker noch als die Einnahmen aus den Ländersteuern ist der Ertrag der kommunalen Steuern gewachsen. Mit schätzungsweise 9 Mrd DM ging er im Rechnungsjahr 1959/60 um rd. 1,3 Mrd DM oder rd. 17 vH über das Aufkommen des vorangegangenen Jahres hinaus.

Der Bundeshaushalt

Im Bundeshaushalt haben die gesamten Ausgaben im vierten Rechnungsquartal üblich, wesentlich schlechter als im Vorvierteljahr, in dem das Defizit nur 323 Mio DM betragen hatte, aber doch weit besser als in der gleichen Zeit des Rechnungsjahres 1958/59, in dem es infolge hoher einmaliger Zahlungen und beträchtlicher Vorauszahlungen zu einem Fehlbetrag von fast 3,2 Mrd DM gekommen war. Im gesamten Rechnungsjahr

1959/60 war der Fehlbetrag trotz der Verschlechterung, die der Kassenabschluß in den ersten drei Rechnungsquartalen (April bis Dezember 1959) im Vergleich zum Vorjahr aufgewiesen hatte, mit knapp 3,1 Mrd DM etwa ebenso hoch wie im Rechnungsjahr 1958/59 und nicht nennenswert höher als im Rechnungsjahr 1957/58 (rd. 2,8 Mrd DM).

Die Finanzierung des Defizits hat sich allerdings im letzten Rechnungsjahr im Vergleich zu den beiden Vorjahren stark geändert. Während die Mehrausgaben damals nahezu ausschließlich durch den Rückgriff auf die Guthaben des Bundes gedeckt werden konnten (nur für weitere Einzahlungen an internationale Organisationen wurden die hierfür vorgesehenen Sonderkredite der Bundesbank in Anspruch genommen), mußte im Rechnungsjahr 1959/60 der überwiegende Teil der zusätzlichen Deckungsmittel durch Kreditaufnahmen beschafft werden. Die Form, in der dies geschah, ist aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen. Läßt man die Sonderkredite für die Einzahlungen an internationale



Zur kassenmäßigen Entwicklung des Bundeshaushalts*)
in Mio DM

	Kassenmäßiges Ist				Haushaltsplan		
	Rechnungsjahre ²⁾				Rechnungsjahre ²⁾		
	1957/58 gesamt	1958/59 gesamt	1959/60		1959/60	1960 ³⁾	
			Gesamt	darunter: Jan./März		Regierungs- entwurf	Stand bei Beginn der 2. Lesung ³⁾
I. Kassentransaktionen, gesamt							
1) Eingänge	29 911	31 614	35 079	8 954	32 342	36 870	38 420
2) Ausgänge	32 704	34 640	38 163	9 896	37 378	40 164	40 210
3) Fehlbetrag (—)	— 2 793	— 3 026	— 3 084	— 942	— 5 036 ⁴⁾	— 3 294	— 1 790
II. Finanzierung							
1) aus Kassenmitteln	3 084	2 788	143	— 18	874 ⁴⁾	399	399
2) aus Sonderkrediten der Bundesbank für Einzahlungen an internationale Organisationen	92	179	586	37	480	—	—
3) aus sonstigen Kreditaufnahmen (netto)	— 402	—	2 427	915	3 682	2 895	1 391
a) Kassenkredite der Bundesbank und des Lastenausgleichsfonds	—	—	178	— 66	.	.	.
b) Geldmarktverschuldung	—	—	778	482	.	.	.
c) Anleihen und Kassenobligationen	— 402	—	1 146	499	.	.	.
d) Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau	—	—	325	—	.	.	.
4) aus dem Saldo der Verrechnungen mit dem Lastenausgleichsfonds ¹⁾	19	59	— 72	8	.	.	.
5) Gesamt (1 bis 4)	2 793	3 026	3 084	942	5 036	3 294	1 790

*) Zur methodischen Abgrenzung vgl. Tab. VI, 4 des Statistischen Teils. — ¹⁾ Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — ²⁾ Jeweils vom 1. April bis zum 31. März. — ³⁾ Das Rechnungsjahr 1960 wird nur die neun Monate April bis Dezember umfassen; die oben angegebenen Zahlen beziehen sich jedoch auf die 12 Monate April 1960 bis März 1961. — ⁴⁾ Nach den Ansätzen ergibt sich ein durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckter Ausgabebefehlbetrag von 5 666 Mio DM. Hiervon wurden 630 Mio DM abgesetzt, die der — aus Kassenmitteln zu finanzierenden — vorzeitigen Schuldentilgung gegenüber den USA entsprechen, da diese Transaktion schon im März 1959 vorgenommen wurde. — ⁵⁾ Anfang April 1960.

Organisationen außer Betracht, die vor allem infolge der Erhöhung des Kapitalanteils am Internationalen Währungsfonds relativ stark zunahmen, so ist die Verschuldung um 2 427 Mio DM gestiegen. Hiervon wurden 660 Mio DM zur Finanzierung der Ausgaben im Zusammenhang mit der Rückgliederung des Saarlandes und der Rest — 1 767 Mio DM — für allgemeine Haushaltszwecke aufgenommen. Die kurzfristigen Kredite — Buchkredite und Schatzwechsel sowie Kassenhilfe des Lastenausgleichsfonds —, deren sich der Bund im ersten Rechnungsquartal ausschließlich und bis Ende Oktober noch überwiegend bedient hat, sind bis zum Ende des Rechnungsjahres auf 200 Mio DM zurückgegangen. Gleichzeitig hat die mittel- und langfristige Verschuldung des Bundes stark zugenommen. In erster Linie sind hier die beiden Bundesanleihen zu nennen, die im November 1959 und im Januar 1960 in Höhe von 300 bzw. 500 Mio DM mit einer mittleren Laufzeit von 8¹/₂ bzw. 10¹/₂ Jahren aufgelegt wurden und die zu einem wesentlichen Teil außerhalb des Bankensystems untergebracht werden konnten. Die Ende März 1960 in Umlauf befindlichen Kassenobligationen in Höhe von 351 Mio DM hatten demgegenüber nur eine Laufzeit von 3 bzw. 4 Jahren. Sie sind, ebenso wie die unverzinslichen Schatzanweisungen (756 Mio DM) mit

1/2- bis 2-jähriger Laufzeit, zum größeren Teil bei den Kreditinstituten placiert worden. Unter Einschluß des Direktkredits in Höhe von 325 Mio DM, den der Bund bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Zusammenhang mit der Eingliederung des Saarlandes in Anspruch genommen hatte, waren von dem Gesamtbetrag der Verschuldung am Ende des Rechnungsjahres über 60 vH beim Bankensystem untergebracht.

Für das am 1. April begonnene neue Rechnungsjahr war der Kreditbedarf ursprünglich mit 2 979 Mio DM brutto (oder 2 895 Mio DM netto) veranschlagt worden¹⁾. In dem revidierten Entwurf des Haushaltsplans, der Anfang April dem Bundestag für die zweite Lesung vorgelegt wurde, ist er dagegen mit 1 475 Mio DM brutto (1 391 Mio DM netto) angegeben. Die Kürzung beruht vor allem darauf, daß die Ansätze für die Steuereinnahmen in Anpassung an die tatsächliche Aufkommensentwicklung der letzten Monate sowie an die neuere Vorausschätzung der Entwicklung des Sozialprodukts um rd. 1,35 Mrd DM heraufgesetzt und auch die sonstigen Einnahmen etwas höher veranschlagt wurden. Demgegenüber konnten die Mehranforderungen, die sich in den letzten Monaten bei den Ausgaben er-

¹⁾ Vgl.: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1960, S. 26.

geben haben — u. a. für die Tilgung von Ausgleichsforderungen der Länder, für Lohn- und Gehaltserhöhungen, für Zuschüsse an Berlin und das Saarland sowie für den Straßenbau —, zum überwiegenden Teil durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden, so daß die Summe der Ausgaben (ohne durchlaufende Mittel) mit 40 210 Mio DM nur um 46 Mio DM höher ist als im ursprünglichen Entwurf. Freilich war dies nur durch eine weitere Heraufsetzung der Globaleinsparung — von 6 auf 10 vH aller kürzungsfähigen Ansätze — möglich, deren Realisierung um so schwieriger wird, je höher der einzusparende Betrag ist. Der durch ordentliche Einnahmen nicht gedeckte Ausgabebetrag hat sich infolgedessen auf 1 790 Mio DM (gegen 3 294 Mio DM im ersten Entwurf) vermindert. Abgesehen von der zuvor erwähnten Kreditaufnahme soll er durch Auflösung des Garantiedeckungskontos finanziert werden, wofür im Haushaltsplan 399 Mio DM veranschlagt sind. Da aber das Konto am 31. März d. J. nur einen Stand von 238 Mio DM aufwies, müßte sich der Kreditbedarf, wenn man die Einnahme- und Ausgabebeurteilung des Plans als gegeben ansieht, auf 1 636 Mio DM (brutto) und 1 552 Mio DM (netto) erhöhen. Der Nettobetrag wäre damit nur wenig niedriger als die im vergangenen Rechnungsjahr für allgemeine Haushaltszwecke eingegangene Verschuldung.

Wieviel hiervon auf die neun Monate des laufenden Rechnungsjahres (April bis Dezember 1960) entfallen wird, ist schwer vorauszusagen, da die für zwölf Monate veranschlagten Ausgaben nicht alle pro rata temporis zu leisten sind, sondern einzelne Ansätze bis Ende Dezember d. J. voll bedient werden müssen. Außerdem kann es sein, daß in dieser Zeit aus den Steuern nicht ganz 75 vH des geschätzten Jahresbetrages eingehen. Aber auch wenn die Kreditaufnahme der Monate April bis Dezember genau drei Viertel des oben genannten Bedarfs, d. s. 1 164 Mio DM (netto), betragen würde, wäre sie höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, in der für allgemeine Haushaltszwecke Kreditmittel im Betrage von 850 Mio DM in Anspruch genommen wurden.

Lastenausgleichsfonds

Der Lastenausgleichsfonds hat im letzten Vierteljahr nach den hohen Fehlbeträgen in den vorangegangenen Quartalen des Rechnungsjahres 1959/60 erstmals wieder mit einem kleinen Kassenüberschuß (7 Mio DM) abgeschlossen. Für das gesamte Rechnungsjahr 1959/60 ist jedoch ein Kassendefizit im Betrage von 627 Mio DM entstanden gegen nur rd. 250 Mio DM im Jahr zuvor. Hinter dem im Wirtschaftsplan veranschlagten

Betrag blieb es allerdings etwas zurück, da die beträchtlichen, weitgehend aus der vorzeitigen Ablösung der Abgaben stammenden Mehreinnahmen nur zum kleineren Teil zur Finanzierung von Mehrausgaben verwendet wurden, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Ausgabeansätze des Wirtschaftsplans erheblich höher festgelegt waren als die Istaussgaben des Rechnungsjahres 1958/59. Das Kassendefizit wurde hauptsächlich durch die Inanspruchnahme von Krediten, zum Teil auch durch Rückgriff auf den Kassenbestand gedeckt.

Im laufenden Rechnungsjahr wird sich die Kreditaufnahme des Fonds voraussichtlich in engeren Grenzen halten als im Vorjahr. Wie aus dem kürzlich verabschiedeten Wirtschafts- und Finanzplan hervorgeht — der ebenso wie der des Bundes für volle zwölf Monate aufgestellt wurde, jedoch nur für neun Monate

Einnahmen und Ausgaben des Lastenausgleichsfonds
in Mio DM

	Rechnungsjahre		
	1959/60		1960/61
	Plan	Ist P)	Plan 7)
I. Ordentliche Einnahmen 1)			
1) Lastenausgleichsabgaben	1 984	2 235	2 115
a) laufende Abgaben	1 831	1 869	1 815
b) vorzeitige Ablösungen	153	366	300
2) Zuschüsse von Bund und Ländern	1 219	1 194	1 189
3) übrige Einnahmen 2)	412	430	444
Gesamte ordentl. Einnahmen (1 bis 3)	3 615	3 859	3 748
II. Ausgaben 3)			
1) Entschädigungszahlungen, gesamt darunter:	2 105	2 130	1 735
a) Hauptentschädigung	450	556	850
b) Hausratentschädigung	1 100	1 072	330
2) Unterhaltshilfe	870	941	940
3) Eingliederungshilfen, gesamt darunter:	1 133	1 080	1 026
Darlehen für den Wohnungsbau	742	700	654
4) Sonstige Ausgaben 4)	290	260	285
Gesamte Ausgaben (1 bis 4)	4 398	4 411	3 986
III. Fehlbetrag (I — II) Rechnungsabgrenzung 5)	— 783	— 552	— 238
IV. Kassenfehlbetrag	— 783	— 627	— 238
V. Finanzierung			
1) aus Kassenmitteln	280	162	70
2) aus Kreditmarktmitteln	503	393	168
a) Kreditaufnahme, brutto	570	423	200
b) Tilgung und Rückkauf	67	30	32
3) durch Verrechnung mit dem Bund 6)	—	72	—

Quelle: Bundesausgleichsamt (I bis III) und Deutsche Bundesbank (IV und V).
1) Ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln. — 2) Hauptsächlich Zinsen und Tilgungen aus früher gewährten Darlehen. — 3) Ohne Ausgaben für die Tilgung von Kreditmarktmitteln und für Kurspflege. — 4) Kreditrückzahlung an den Bund, Zinsen und Verwaltungskosten. — 5) Hauptsächlich durch zeitliche Abweichungen zwischen kassenmäßigen Eingängen bzw. Auszahlungen und deren Verbuchung bedingt. — 6) Aus der Weiterleitung der auf dem Konto der Bundeshauptkasse eingehenden Lastenausgleichsabgaben. — 7) Das Rechnungsjahr endet bereits im Dezember 1960, doch wurde der Plan für volle 12 Monate (April 1960 bis März 1961) aufgestellt. — P) Vorläufig.

vollzogen werden soll —, ist bis zum März nächsten Jahres ein Rückgriff auf fremde Mittel von 168 Mio DM veranschlagt worden, von denen 50 Mio DM bereits am Ende des letzten Rechnungsjahres in Anspruch genommen wurden. Da auch die Kassenreserven zu Beginn d. J. mit etwa 100 Mio DM niedriger waren als vor einem Jahr, wird der Fonds im neuen Haushaltsjahr seine laufenden Einnahmen in wesentlich geringerem Umfang durch außerordentliche Mittel verstärken können als 1959/60. Infolgedessen sind die Ausgabeansätze herabgesetzt worden. Die gesamten Leistungen wurden für das laufende Rechnungsjahr mit rd. 4 Mrd DM veranschlagt und bleiben damit um reichlich 400 Mio DM hinter den tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres zurück. Allerdings wird die Ausgabesenkung dadurch erleichtert, daß die Hausratenschädigung nunmehr weitgehend abgewickelt ist und im laufenden Rechnungsjahr nur noch 330 Mio DM erfordern dürfte gegen fast 1,1 Mrd DM im Rechnungsjahr 1959/60. Trotz der Kürzung im Gesamtbetrag der Ausgaben konnte daher der Ansatz für die Hauptentschädigung beträchtlich — auf 850 Mio DM gegen 450 Mio DM im Plan 1959/60 — erhöht werden.

Die Länderhaushalte

Die Kassenposition der Länder hat sich im vierten Rechnungsvierteljahr (Januar bis März 1960) stark verbessert: ihre bei der Bundesbank unterhaltenen Einlagen sind um rd. 580 Mio DM gestiegen, während die Kreditmarktverschuldung nur geringfügig — um knapp 30 Mio DM — zugenommen hat. Im gesamten, am 31. März 1960 zu Ende gegangenen Rechnungsjahr 1959/60, in dessen erster Hälfte noch gewisse Defizite in den Länderhaushalten zu verzeichnen waren, sind die Einlagen bei der Bundesbank (ohne Saarland) von rd. 980 Mio DM auf rd. 1 640 Mio DM, also um 660 Mio DM, gewachsen, wodurch der gleichzeitige Anstieg der Verschuldung — um rd. 200 Mio DM — mehr als kompensiert wurde. Daß sich die Kreditmarktverschuldung im letzten Rechnungsjahr überhaupt erhöht hat, lag daran, daß das Land Nordrhein-Westfalen Anfang April 1959 eine Anleihe in Höhe von 200 Mio DM auflegte. Abgesehen hiervon ist sie konstant geblieben, wobei einer Zunahme in einzelnen Ländern (Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein) eine Abnahme in den übrigen Ländern gegenüberstand. In ihrer Gesamtheit haben die Länder somit im letzten Rechnungsjahr nicht nur ihre Investitionsausgaben (einschließlich der Darlehensgewährung für den Wohnungsbau und für andere private Investitionen) voll aus laufenden Einnahmen finanzieren können, sondern auch noch einen Überschuß erzielt, mit dem sie ihre liquiden

Reserven anreichern konnten. Man muß bis zum Rechnungsjahr 1952/53 zurückgehen, um ein ähnlich günstiges Abschlußergebnis für die Länderhaushalte feststellen zu können.

Die Ursache hierfür liegt darin, daß die ordentlichen Einnahmen ungewöhnlich stark zugenommen haben. Wie erwähnt, ist das Aufkommen aus den Steuern der Länder im vergangenen Rechnungsjahr um fast 2,2 Mrd DM gestiegen (gegen nur 0,8 Mrd DM, die in den vorjährigen Haushaltsplänen veranschlagt waren), und auch die anderen laufenden Einnahmen — aus den Gemeindesteuern in den Stadtstaaten, aus Erstattungen des Bundes, aus Vermögenserträgen — haben zum Teil erheblich zugenommen. Gleichzeitig sind aber auch die Ausgaben nicht unbeträchtlich gewachsen, was um so bemerkenswerter ist, als die Personalausgaben, auf die nahezu die Hälfte aller laufenden Ausgaben entfällt, nur um schätzungsweise 250 Mio DM höher waren als im Vorjahr und sich der Anstieg bei den übrigen laufenden Ausgaben ebenfalls in vergleichsweise engen Grenzen hielt. Demgegenüber wiesen jedoch die Investitionsausgaben der Länder eine wesentlich stärkere Zunahme auf als in den Vorjahren. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Aufwendungen für

Wichtige Angaben zur Finanzentwicklung
der Länder und Gemeinden
in Mrd DM

	Rechnungsjahre		Zunahme (+) Abnahme (—) 1959/60 gegen 1958/59
	1958/59	1959/60 ^{*)}	
I. L ä n d e r			
1) Steuereinnahmen, gesamt	15,90	18,18	+ 2,28
a) Landessteuern	14,98	17,13	+ 2,15
b) Gemeindesteuern der Stadtstaaten	0,92	1,05	+ 0,13
2) Personalausgaben ¹⁾	8,87	9,12	+ 0,25
3) Wiedergutmachungsleistungen	1,56	1,75	+ 0,19
4) Investitionsausgaben, gesamt ²⁾	6,50	7,30	+ 0,80
darunter:			
Darlehen und Zuschüsse an Gemeinden	1,00	1,10	+ 0,10
5) Kreditmarktverschuldung			
Zunahme (+), Abnahme (—)	+ 0,65	+ 0,20	— 0,45
6) Kassenmittel ³⁾			
Zunahme (+), Abnahme (—)	+ 0,21	+ 0,66	+ 0,45
II. G e m e i n d e n ⁴⁾			
1) Steuereinnahmen	6,71	7,90	+ 1,19
2) Personalausgaben ⁵⁾	4,85	5,00	+ 0,15
3) Bauinvestitionen ⁶⁾	4,25	4,85	+ 0,60
4) Kreditmarktverschuldung			
Zunahme (+), Abnahme (—)	+ 1,20	+ 1,00	— 0,20

¹⁾ Einschließlich Versorgungsausgaben, jedoch ohne die beim Erwerbsvermögen verbuchten Personalaufwendungen. — ²⁾ Eigene Sachinvestitionen, Darlehen und Zuschüsse für Investitionszwecke. — ³⁾ Guthaben bei der Deutschen Bundesbank und Geldmarktanlagen (ohne Saarland). — ⁴⁾ Ohne Stadtstaaten. — ⁵⁾ Teilweise geschätzt.

die eigenen Bauten und Beschaffungen als auch für die Darlehngewährungen, unter denen vor allem die Darlehen für den Wohnungsbau und die Investitionsdarlehen (bzw. Zuschüsse) an die Gemeinden eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt sind von den Ländern im vergangenen Rechnungsjahr für Investitionszwecke etwa 7,3 Mrd DM verausgabt worden gegen rd. 6,5 Mrd DM bzw. 6,3 Mrd DM in den Jahren 1958/59 bzw. 1957/58. Da jedoch ein relativ großer Teil der Darlehngewährungen aus Mitteln des Bundes (zum Teil auch des Lastenausgleichsfonds) finanziert wird und diese im letzten Jahr infolge von Sonderprogrammen, wie das Wohnungsbauprogramm für Sowjetzonenflüchtlinge, ebenfalls reichlicher flossen als vordem und da ferner die laufende Rechnung der Länder aus den zuvor geschilderten Gründen weit höhere Überschüsse aufwies als je zuvor, standen den Ländern mehr Mittel für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung als hierfür erforderlich waren.

Die Gemeindehaushalte

Die Gemeinden haben im ersten Vierteljahr von 1960 die Kreditmärkte mit etwa 250 Mio DM und damit ebenso stark in Anspruch genommen wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Tendenz zu verminderten Schuldaufnahmen, die sich im vergangenen Jahr abgezeichnet hatte, ist damit zum Stillstand gekommen. Im gesamten Rechnungsjahr war der Anstieg der kommunalen Kreditmarktverschuldung — um 1 Mrd DM — nicht nennenswert schwächer als im Rechnungsjahr 1958/59 (1,2 Mrd DM). Dieser starke Rückgriff auf fremde Mittel ist um so bemerkenswerter, als sich die laufende Rechnung der Gemeinden aus denselben Gründen wie bei den Ländern im Verlauf des letzten Rechnungsjahres wesentlich verbessert hat. Wie eingangs erwähnt, sind ihre Steuereinnahmen, prozentual betrachtet, noch mehr gestiegen als die Einnahmen aus den Ländersteuern, und die persönlichen Ausgaben haben auch hier nur geringfügig zugenommen. Freilich war die Ausdehnung der kommunalen Investitionstätigkeit sehr beträchtlich. Die Ausgaben für eigene Bauinvestitionen (auf die der überwiegende Teil der gesamten Investitionsausgaben entfällt) sind — nach vorläufiger Berechnung — von 4,25 Mrd DM auf 4,85 Mrd DM, also um rd. 600 Mio DM oder 14 vH, gestiegen. Gleichwohl standen den Gemeinden aus den Überschüssen der laufenden Rechnung weit höhere Eigenmittel für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung als in jedem früheren Rechnungsjahr. Der tatsächliche Kreditbedarf ist daher gesunken; er dürfte für die Gesamtheit der Gemeinden per Saldo nicht mehr als 1/2 Mrd DM ausgemacht haben. Die Kredit-

aufnahmen sind jedoch, wie die oben mitgeteilten Ziffern zeigen, über diesen Betrag erheblich hinausgegangen, was zur Folge hatte, daß die finanziellen Reserven der kommunalen Haushalte, die weitgehend in Form von Spareinlagen und Termineinlagen unterhalten werden, erneut stark aufgestockt wurden.

Rentenversicherungen und Arbeitslosenversicherung

In den gesetzlichen *Rentenversicherungen* sind die Ausgaben im ersten Vierteljahr von 1960 ziemlich kräftig gestiegen, weil im März zusammen mit den laufenden Renten auch die Nachzahlungen für die mit Wirkung vom 1. Januar d. J. vorgenommene Aufbesserung der Renten (um 5,94 vH) geleistet wurden. Zwar ist auch das Beitragsaufkommen in diesen Monaten weiter gewachsen, und die Bundeszuschüsse, die automatisch der Entwicklung der allgemeinen Bemessungsgrundlage angepaßt werden, gingen ebenfalls über ihren entsprechenden Vorjahrsstand hinaus. Trotzdem ist es fraglich, ob die leichte Verbesserung in der Finanzentwicklung, die sich im vierten Quartal von 1959 vorübergehend angebahnt hatte, anhalten wird, da, abgesehen

Einnahmen und Ausgaben der Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung *) in Mrd DM

Zeit	Einnahmen			Ausgaben		Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)
	Ge-samt	Beit-räge	Zahlun-gen des Bundes	Ge-samt	darunter Renten bzw. Unter-stützun-gen	
I. Rentenversicherungen (ohne Knappschaften)						
1958 gesamt	15,46	10,88	3,97	14,55	12,17	+ 0,91
1. Vj.	3,72	2,62	0,99	3,37	2,94	+ 0,35
2. "	3,74	2,59	0,99	3,59	3,01	+ 0,15
3. "	3,96	2,81	0,99	3,71	3,08	+ 0,25
4. "	4,04	2,86	1,00	3,88	3,14	+ 0,16
1959 gesamt	16,64	11,80	4,20	15,78	13,17	+ 0,86
1. Vj.	4,00	2,77	1,10	3,86	3,26	+ 0,14
2. "	4,05	2,86	1,04	3,91	3,28	+ 0,14
3. "	4,21	3,01	1,03	3,96	3,30	+ 0,25
4. "	4,38	3,16	1,03	4,05	3,33	+ 0,33
1960 1. Vj.	.	3,10	.	.	3,47 ^{p)}	.
II. Arbeitslosenversicherung						
1958 gesamt	1,69	1,44	0,02	1,75	1,14	— 0,06
1. Vj.	0,41	0,33	0,01	0,80	0,63	— 0,39
2. "	0,40	0,35	0,01	0,38	0,21	+ 0,02
3. "	0,44	0,38	0,00	0,27	0,13	+ 0,17
4. "	0,44	0,38	0,00	0,30	0,17	+ 0,14
1959 gesamt	1,79	1,55	0,01	1,49	0,89	+ 0,30
1. Vj.	0,43	0,35	0,01	0,76	0,58	— 0,33
2. "	0,44	0,39	0,00	0,31	0,14	+ 0,13
3. "	0,45	0,40	0,00	0,20	0,07	+ 0,25
4. "	0,47	0,41	0,00	0,22	0,10	+ 0,25
1960 Jan.	0,18	0,14	0,00	0,13	0,10	+ 0,05
Febr.	0,13	0,12	0,00	0,19	0,15	— 0,06

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung bzw. Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
*) Ohne Saarland. — ^{p)} Vorläufig.

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1958			1959				1960	1959	1960		
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Dez. ¹²⁾	Jan.	Febr.	März ¹²⁾
Einlagen der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank *)												
Gesamt	4 326	4 076	4 054	1 692	1 638	1 505	1 419	2 019	1 419	2 152	1 761	2 019
Bund ³⁾	3 355	3 440	3 487	404	148	281	243	261	243	751	248	261
Lastenausgleichsfonds	171	74	0	267	427	229	63	75	63	2	221	75
NATO-Mächte ⁴⁾	28	10	10	6	121	2	0	0	0	0	0	0
Länder	744	517	526	979	899	963	1 070	1 654	1 070	1 380	1 269	1 654
Gemeinden u. Sozialversicherungen	28	35	31	36	43	30	43	29	43	19	23	29
Einlagen öffentlicher Stellen bei Kreditinstituten *)												
Gesamt	10 967	11 420	11 995	12 138	12 318	12 825	13 768	14 386	13 768	14 174	14 744	14 386
Sichteinlagen	2 578	2 665	3 046	3 023	2 829	2 884	3 224	3 202	3 224	2 994	3 207	3 202
Termineinlagen	6 495	6 823	6 835	6 846	6 947	7 256	7 651	7 928	7 651	8 058	8 343	7 928
Spareinlagen	1 894	1 932	2 114	2 269	2 542	2 685	2 893	3 256	2 893	3 122	3 194	3 256
Verschuldung der öffentlichen Haushalte *)												
Inländische Kreditmarktverschuldung ⁴⁾												
Gesamt	12 204	12 791	13 485	14 171	15 372	16 915	17 492	...	17 492
darunter:												
Bund	609	662	662	662	1 198	2 428	2 723	3 675	2 723	3 031	3 329	3 675
Lastenausgleichsfonds	631	618	685	964	1 202	1 296	1 313	1 357	1 313	1 309	1 360	1 357
Länder ⁵⁾	3 631	3 864	4 190	4 358	4 614	4 586	4 536	...	4 536
Gemeinden ⁶⁾	7 280	7 600	7 900	8 140	8 300	8 550	8 900	...	8 900
Ausgleichsforderungen												
Gesamt	20 389	20 442	20 470	20 538	20 526	20 616	20 560	20 608	20 560	20 560	20 560	20 608
Bund	10 714	10 767	10 856	10 924	10 967	11 057	11 061	11 109	11 061	11 061	11 061	11 109
Länder	9 675	9 675	9 614	9 614	9 559	9 559	9 499	9 499	9 499	9 499	9 499	9 499
Deckungsforderungen (Lastenausgleichsfonds)	.	.	.	2 283
Auslandsverschuldung												
Bund	7 981	7 792	7 798	7 781	6 869	6 717	6 695	...	6 695
Länder	180	180	179	166	166	165	165	...	165
Verschuldung öffentlicher Unternehmen *)												
Bundesbahn ⁸⁾	4 563	4 760	5 234	5 452	5 521	5 515	5 770	5 806	5 770	5 703	5 771	5 806
Bundespost ⁷⁾	3 102	3 198	3 448	3 608	3 762	3 820	3 978	4 153	3 978	4 096	4 121	4 153
Einnahmen aus Steuern und Abgaben ¹¹⁾												
Steuereinnahmen von Bund und Ländern												
Gesamt ⁸⁾	10 120	10 761	11 688	11 214	11 341	12 178	13 053	12 680 ⁹⁾	5 974	4 096	3 152 ⁹⁾	5 432 ⁹⁾
darunter:												
Einkommensteuern ⁹⁾	3 850	4 294	4 875	4 432	4 386	4 891	5 418	5 265	3 513	1 339	819	3 107
Umsatzsteuer	3 090	3 217	3 454	3 352	3 367	3 587	3 855	3 760	1 259	1 551	1 073	1 136
Verbrauchssteuern und Zölle	2 189	2 403	2 416	2 396	2 492	2 643	2 702	2 547	892	900	779	869
Lastenausgleichsabgaben	523	480	561	649	581	521	589	542	70	86	383	73
Gemeindesteuern	1 716	1 789	2 096	2 027	2 082	2 143	2 346
Bundeshaushalt												
Kasseneingänge	7 626	7 850	8 250	7 888	8 208	8 809	9 108	8 954	3 505	3 212	2 348	3 394
Kassenausgänge	7 612	7 797	8 172	11 059	8 935	9 901	9 431	9 896	3 695	3 002	3 182	3 712
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	+ 14	+ 53	+ 78	-3 171	-727	-1 092	-323	-942	-130	+ 210	-834	-318
Lastenausgleichsfonds												
Kasseneingänge ¹⁰⁾	877	833	902	933	852	869	1 000	872	179	179	515	178
Kassenausgänge ¹⁰⁾	951	862	1 124	850	995	1 056	1 303	865	578	246	313	306
Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (-)	- 74	- 29	- 222	+ 73	- 143	- 187	- 303	+ 7	- 399	- 67	+ 202	- 128
Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten ¹¹⁾												
Beitragsaufkommen	2 584	2 813	2 868	2 778	2 865	3 014	3 164	3 099	1 134	1 155	935	1 009
Rentenzahlungen	3 013	3 092	3 107	3 251	3 262	3 292	3 318	...	1 108	1 104	1 097	...
Arbeitslosenversicherung ¹¹⁾												
Beitragsaufkommen	350	380	375	347	396	396	410	...	139	137	121	...
Unterstützungszahlungen	207	125	170	581	138	77	96	...	47	97	148	...

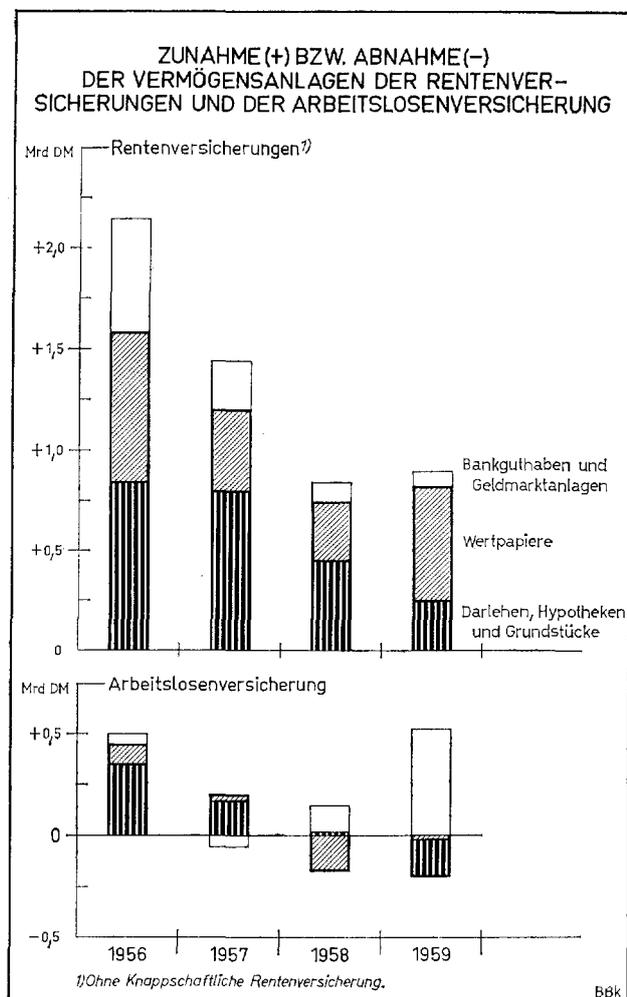
Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte.

*) Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ¹⁾ Einschließlich des Garantiedeckungskontos, das im Ausweis der Deutschen Bundesbank unter den Verbindlichkeiten aus dem Auslandsgeschäft nachgewiesen wird. — ²⁾ Nur insoweit, als aus Bundesmitteln gespeist. — ³⁾ Hierin sind außer den Einlagen der vorstehend aufgeführten Haushalte auch die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost und sonstiger öffentlicher Unternehmen (soweit diese keine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen) sowie allierter Dienststellen enthalten. — ⁴⁾ Neuverschuldung seit der Währungsreform; ohne die Anleihestücke im eigenen Bestand. — ⁵⁾ Zum Teil geschätzt. — ⁶⁾ Ohne Verschuldung beim Bund, ohne Auslandsverschuldung und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen; jedoch einschließlich der bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen aufgenommenen Kredite. — ⁷⁾ Ohne Verschuldung bei öffentlichen Haushalten, ohne Auslandsverschuldung, ohne Anleihestücke im eigenen Bestand und ohne rückständige Zahlungsverpflichtungen. — ⁸⁾ Im Gegensatz zu den im Bundesanzeiger veröffentlichten Zahlen ohne Einnahmen aus Umsatzsteuer und Zöllen für Rüstungseinführen. — ⁹⁾ Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer. — ¹⁰⁾ Eingänge auf bzw. Ausgänge aus dem bei der Bundesbank unterhaltenen Konto des Bundesausgleichsamts abzüglich der Verschuldungstransaktionen. — ¹¹⁾ Ohne Saarland. — ¹²⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ¹³⁾ Vorläufig.

von der bereits erwähnten allgemeinen Rentenerhöhung und der wachsenden Zahl der Rentenfälle, neue Belastungen durch die kürzlich verabschiedete Neuregelung der Fremd- und Auslandsrenten entstehen werden, die, neben der Erhöhung der laufenden Renten, auch zu gewissen Nachzahlungen für das vergangene Jahr führen wird. Es spricht daher manches dafür, daß die Rechnungsüberschüsse, die trotz der Verbesserung im vierten Quartal im gesamten Jahre 1959 (ohne Knappschaftliche Rentenversicherung) weiter — auf 860 Mio DM gegen 910 Mio DM in 1958 und 1 870 Mio DM in 1957 — zurückgegangen sind, auch im Jahre 1960 erneut abnehmen werden. Ob diese Entwicklung nicht in Widerspruch zu der gesetzlich vorgeschriebenen Bildung von Reserven steht, werden die versicherungstechnischen Bilanzen zeigen, die erstmals für den Stichtag vom 1. Januar 1959 aufzustellen sind, deren Fertigstellung sich jedoch verzögert hat.

Demgegenüber hat sich die Finanzentwicklung der *Arbeitslosenversicherung* im vergangenen Jahr infolge der wachsenden Beitragseinnahmen und des starken Rückgangs der Unterstützungszahlungen erheblich verbessert. Nachdem die *Arbeitslosenversicherung* im Jahre 1958 ein Defizit von rd. 60 Mio DM aufgewiesen hatte, konnte sie im Jahre 1959 einen Überschuß von rd. 300 Mio DM buchen. Noch deutlicher dürfte der Umschwung in den Zahlen für das am 31. März zu Ende gegangene Rechnungsjahr 1959/60 in Erscheinung getreten sein, belief sich doch der Überschuß in den ersten elf Monaten dieses Jahres auf 619 Mio DM — ein Betrag, der sich auch bis Ende März nicht wesentlich verändert haben dürfte. Den Ausschlag für diese Verbesserung, die im Gegensatz zu dem für 1959/60 veranschlagten Fehlbetrag von rd. 120 Mio DM steht, gaben die stark rückläufigen Ausgaben für Unterstützungszwecke. In den Monaten April 1959 bis Februar 1960 waren diese Aufwendungen (einschließlich der Zahlungen für das — im Zusammenhang mit der Winterbauregelung im Dezember 1959 eingeführte — Schlechtwettergeld) mit rd. 550 Mio DM um fast 400 Mio DM niedriger als in der entsprechenden Vorjahrszeit; für die Monate Dezember 1959 bis Februar 1960 allein betrug die Abnahme nahezu 250 Mio DM.

Von den zuvor genannten Überschüssen haben die Rentenversicherungen im vergangenen Jahr rd. 820 Mio DM langfristig angelegt gegen rd. 740 Mio DM im Jahr zuvor. Bemerkenswert dabei ist, daß sie ihre Wertpapierkäufe erheblich — von knapp 300 Mio DM in 1958 auf rd. 570 Mio DM in 1959 — erhöht haben,



und zwar vor allem in der zweiten Hälfte d. J. Die Aufstockung ihrer Wertpapieranlagen ging weitgehend zu Lasten der Darlehns- und Hypothekengewährung, die 1959 mit rd. 250 Mio DM um gut 200 Mio DM niedriger war als im Jahr zuvor.

Die *Arbeitslosenversicherung* hat demgegenüber die 1958 — unter dem Eindruck der damals defizitären Finanzentwicklung — begonnene Liquidierung ihrer langfristigen Anlagen im Jahre 1959 in verstärktem Umfang fortgesetzt. Die Verkäufe von Wertpapieren, die 1958 fast 170 Mio DM betragen hatten, waren 1959 zwar nur noch gering, jedoch wurde der Betrag der ausstehenden Darlehnsforderungen um fast 200 Mio DM reduziert. Die hierdurch frei gewordenen Mittel sind zusammen mit dem Einnahmeüberschuß (300 Mio DM) zur Anreicherung der liquiden Anlagen — in Bankeinlagen und Geldmarktpapieren — verwendet worden, die infolgedessen im Jahre 1959 um über $1\frac{1}{2}$ Mrd DM auf rd. $1\frac{3}{4}$ Mrd DM am Jahresende gestiegen sind.

Produktion und Märkte

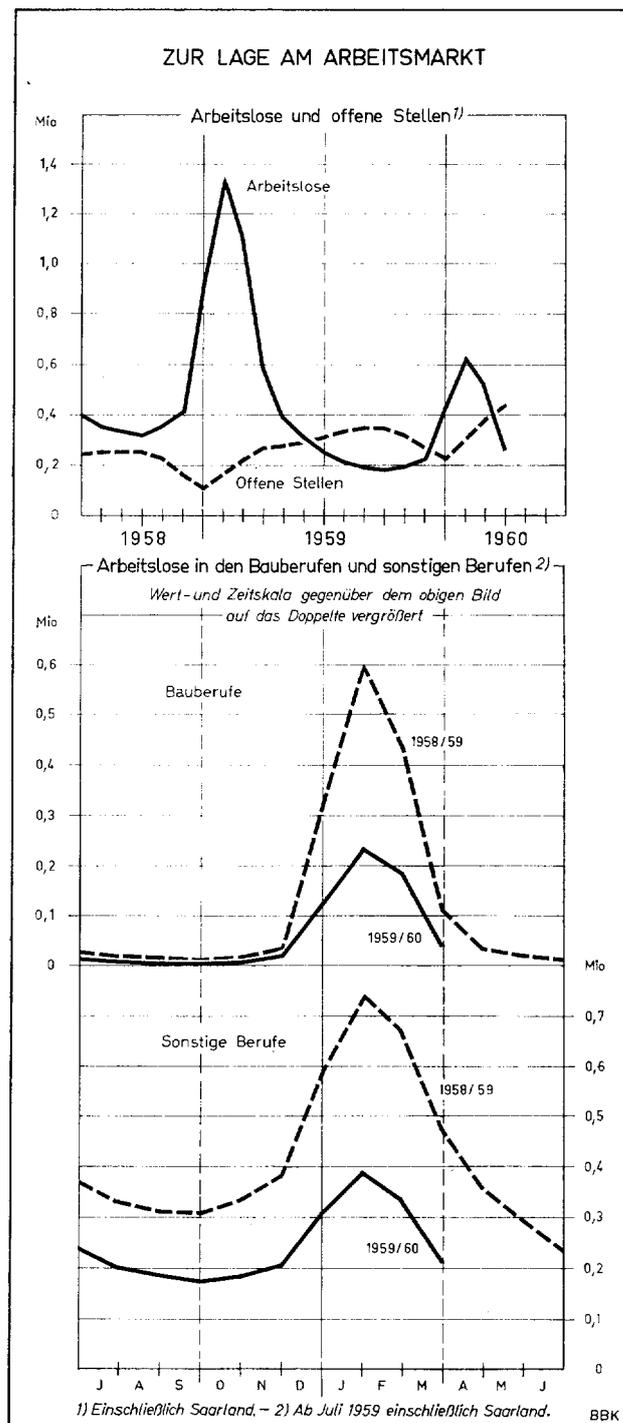
Die Konjunktorentwicklung stand in den letzten Monaten, im ganzen genommen, weiter im Zeichen des kräftigen Auftriebs, der ihr seit nunmehr einem Jahr das Gepräge gibt. Unter dem Sog der Nachfrage sind vor allem die Bemühungen um eine Ausweitung der Produktion intensiviert worden. Die saisonmäßige Einschränkung der gewerblichen Produktion war daher in den ersten beiden Monaten des Jahres wesentlich schwächer als sonst, ebenso wie im März und möglicherweise auch im April die saisonübliche Verstärkung der Wirtschaftstätigkeit über das Maß früherer Jahre hinausging. In manchen Wirtschaftszweigen hat das zu einer leichten Entspannung geführt oder doch eine weitere Zunahme der Marktspannungen verhindert, zumal in einzelnen Verbrauchsgüterindustrien die Nachfrage fürs erste etwas abgeflaut ist. Da aber sowohl der aus dem alten Jahr übernommene Nachfrageüberhang sehr beträchtlich war und in weiten Bereichen auch die laufende Nachfrage in den letzten Monaten weiter steigende Tendenz aufwies, ist das gesamte Konjunkturbild nach wie vor durch die Symptome der Übernachfrage gekennzeichnet. Abgesehen von der weiteren Verknappung am Arbeitsmarkt ist hierfür namentlich charakteristisch, daß im gewerblichen Bereich die Preise weiter nach oben tendieren. Daß das gesamte Preisniveau trotzdem in den letzten Monaten relativ stabil blieb oder sogar leicht zurückging, war lediglich dem Umstand zu danken, daß sich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber dem hohen Stand, den sie im Herbst vorigen Jahres erreicht hatten, ermäßigt haben und die relativ schwache Tendenz, die in den letzten Wochen an einzelnen internationalen Rohstoffmärkten herrschte, auch die Inlandsnotierungen einiger Grundstoffe beeinflusste.

Starker konjunktureller Produktionsanstieg

Erfolgreicher Winterbau

Die Nutzung des bisher üblichen winterlichen Tiefstands für eine Erhöhung des jährlichen Produktionsergebnisses machte in den ersten Monaten dieses Jahres vor allem in der Bauwirtschaft relativ große Fortschritte. Zwar ging die Bauproduktion auch im vergangenen Winter beträchtlich zurück — der Produktionsindex, der allerdings nur die Erstellung von Rohbauten umfaßt, sank von 271 (1936 = 100) im November 1959 auf 156 im Januar 1960 und erreichte im März wieder einen Stand von 234 —, jedoch war die Produktionseinschränkung bei weitem nicht so groß wie in früheren Jahren. Jedenfalls hat der Produktionsindex im Januar 1960 den entsprechenden Vorjahrs-

stand um 29 vH und im Februar um 32 vH übertroffen. Im März — dem ersten Monat, in dem auch im Vorjahr die Bautätigkeit bereits verhältnismäßig hoch gewesen war — wurde allerdings nur noch ein Zuwachs von 5 vH erzielt. Bezogen auf die Jahresbauleistung, hat sich durch die bessere Ausnutzung der bauschwachen Monate das Produktionspotential des Bauhauptgewerbes um rd. 3 vH erhöht. Wenn damit auch nicht alle Er-

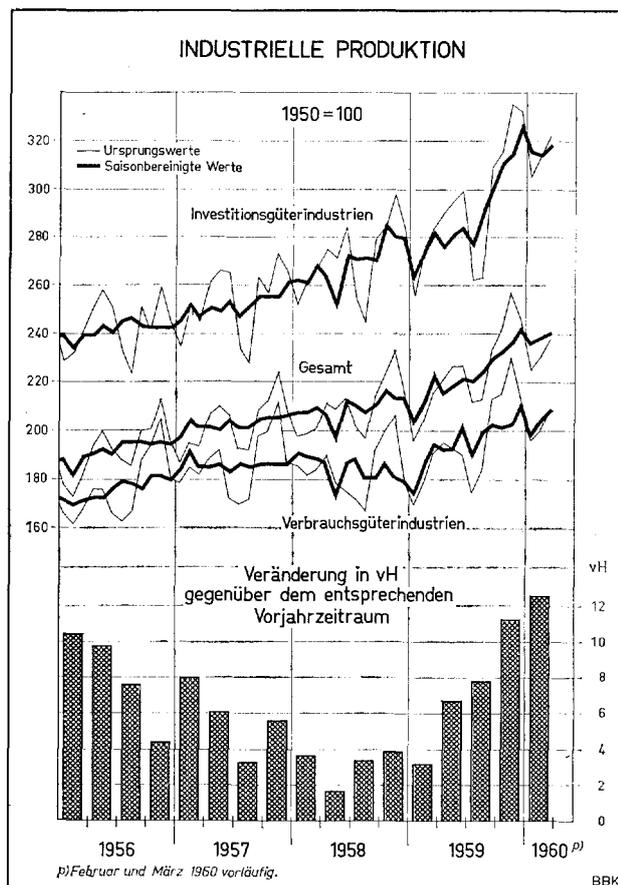


wartungen erfüllt wurden, die verschiedentlich an die Einführung der Winterbauregelung geknüpft worden sind, so stellt dieses Ergebnis doch einen ersten, durchaus beachtlichen Erfolg dar. Freilich waren in diesem Jahr die Voraussetzungen für die Fortführung der Bauarbeiten in den Wintermonaten wegen des milden Wetters und der guten Auftragslage besonders günstig; ausschlaggebend für das relativ hohe Niveau der Bautätigkeit im Januar und Februar aber waren zweifellos die im Vorjahr von den staatlichen Stellen und von den Tarifpartnern getroffenen Maßnahmen zur Sicherung einer kontinuierlichen Beschäftigung im Baugewerbe. Während in der Wintersaison 1958/59 bei ebenfalls guter Auftragslage und relativ milder Witterung die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter von 41 000 Ende November auf 599 000 Ende Januar gestiegen und bis Ende März erst auf 113 000 gesunken war, belief sich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter Ende Januar d. J. auf 239 000 und Ende März auf nur noch 41 000. Die Entlassungen waren vor allem deshalb so gering, weil die Lohnzahlung, solange die Arbeit auf den Baustellen infolge schlechten Wetters eingestellt werden mußte, von der Arbeitslosenversicherung übernommen wurde. Diese Zahlung von „Schlechtwettergeld“ hatte für den Produktionsverlauf den Vorteil, daß die Bauunternehmen die Arbeit an den Baustellen je nach der Witterungslage unterbrechen und kurzfristig wieder aufnehmen konnten. Insgesamt mußte von der Arbeitslosenversicherung im ersten Quartal für rd. 11 Mio ausgefallene Tagewerke Schlechtwettergeld gezahlt werden; das bedeutet, daß, je beschäftigten Bauarbeiter gerechnet, lediglich an etwa 7 von insgesamt 77 Arbeitstagen die Arbeit an den Baustellen aus Witterungsgründen eingestellt wurde. Neben diesem unmittelbaren Gewinn für die Produktionsleistung des Baugewerbes wirkte sich die kontinuierliche Beschäftigung im Baugewerbe auch insofern günstig aus, als die Gefahr einer Abwanderung von Bauarbeitern in andere Wirtschaftszweige, die andernfalls zweifellos sehr groß gewesen wäre, wenn auch nicht ganz, so doch weitgehend ausgeschaltet wurde.

Konjunkturelle Produktionssteigerung in der Industrie

Neben der Bautätigkeit ist auch die industrielle Produktion in den ersten Monaten des Jahres 1960 — konjunkturell betrachtet — weiter gestiegen. Der Produktionsrückgang in den Monaten Januar und Februar näherte sich zwar in der Industrie im engeren Sinne weit mehr dem saisonüblichen Ausmaß, als dies im Bauhauptgewerbe der Fall war; im März setzte sich aber ein merklich über das saisonübliche Maß hinausgehender Produktionsanstieg durch. Im Vergleich zur ent-

sprechenden Vorjahrszeit wurde im ersten Quartal 1960 ein Produktionszuwachs von 12,4 vH erzielt gegen 11,3 vH im vierten und 7,6 vH im dritten Vierteljahr 1959. Ein derart kräftiger Anstieg war vor allem deshalb möglich, weil in den Industriezweigen, in denen bisher eine Einschränkung des Beschäftigtenstandes während der Wintermonate saisonüblich gewesen war, auf zeitweilige Ausstellungen verzichtet wurde und überdies Saisonarbeitslose aus anderen Berufszweigen als zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden konnten. Damit dürfte es in erster Linie zusammenhängen, daß die Zahl der Arbeitslosen (ohne Bauarbeiter) von November 1959 bis Februar 1960 nur um 130 000 gestiegen ist gegen 285 000 in der entsprechenden Vorjahrsperiode. Mit der Fortführung der Beschäftigung in den Wintermonaten wurde auch eine bessere Auslastung der Kapazitäten als in früheren Jahren erreicht und vielfach eine große Produktivitätssteigerung erzielt. Der relativ hohe Stand der industriellen Produktion im ersten Quartal 1960 war demnach auch außerhalb des Baugewerbes zu einem nicht unerheblichen Teil auf Änderungen im Saisonrhythmus zurückzuführen. Auf der anderen Seite schließt dies die Möglichkeit ein, daß im weiteren Verlauf dieses Jahres, in dem solche Reserven kaum mehr zu mobilisieren sein werden, der konjunkturelle



Anstieg der Produktion langsamer vor sich gehen wird. So ist vor allem damit zu rechnen, daß sich der Arbeitskräfteengpaß mehr denn je hemmend bemerkbar machen wird, denn 1960 wird der Neuzugang an Erwerbstätigen zum Arbeitsmarkt — zumindest soweit es die Schulentlassenen und die Zuwanderung aus anderen deutschen Gebieten betrifft — noch niedriger als im Vorjahr sein. Sollte außerdem die Normalarbeitszeit weiter verkürzt werden, so würden die Spannungen, die sich aus dem Übergewicht der Nachfrage ergeben, noch zunehmen. Die Produktionssteigerung wird also mehr denn je von der Produktivitätserhöhung abhängen. Auch nach den neuesten Anhaltspunkten ist nicht damit zu rechnen, daß sich das gesamte Sozialprodukt im Jahre 1960 real um mehr als etwa 5,5 vH steigern lassen wird.

Angebotserhöhung bei Agrarprodukten

Für die Marktentwicklung während der letzten Monate war ferner von großer Bedeutung, daß das Angebot an agrarischen Produkten teilweise beträchtlich zugenommen hat. In erster Linie gilt dies für die *tierischen Erzeugnisse*, deren Produktion in den letzten Monaten einen — im Hinblick auf die zeitweilig für bedroht gehaltene Futtermittellieferung — erstaunlich starken Aufwärtstrend aufwies. Die wichtigste Grundlage hierfür wurde durch die ständige Erweiterung des Viehbestandes infolge einer kräftig betriebenen Aufzucht gelegt. So ergab die letzte Rinderzählung von Anfang Dezember 1959 eine Zunahme des gesamten Rinderbestandes gegenüber dem entsprechenden Vorjahrstichtag um 2,8 vH, darunter des Milchkuhbestandes um 1,3 vH und des Jungviehbestandes (bis zu zwei Jahre alte Rinder) um 5,7 vH. Auch der Schweinebestand ist — von saisonbedingten Schwankungen abgesehen — weiter gestiegen. So wurden Anfang März 1960 um 4 vH mehr Schweine gezählt als ein Jahr zuvor. Die Ausweitung des Rinderbestandes und die Knappheit an wirtschaftseigenem Futter haben eine kräftige Zunahme des Rinderauftriebs zur Folge gehabt; das Angebot an Schlachtrindern war an den 35 Großmärkten des Bundesgebiets im ersten Quartal 1960 um 14 vH höher als im gleichen Vorjahrsquartal. Die gleichzeitige leichte Verminderung des Schlachtauftriebs an Schweinen wurde hierdurch überkompensiert. Auf Grund des Umfangs und der Zusammensetzung des Schweinebestandes ist jedoch in den kommenden Monaten mit einer steigenden Tendenz zu rechnen. Der erhöhte Rinderbestand war auch für die Milcherzeugung von erheblicher Bedeutung, wenngleich in diesem Zusammenhang die Steigerung des Milchertrags je Kuh — die nicht zuletzt mit der ver-

mehrten Verfütterung von Kraftfuttermitteln zur Ergänzung des sehr knappen Rauhfutters zusammenhängen dürfte — eine noch größere Rolle gespielt hat. Die Milchlieferungen bei den Molkereien waren, vorläufigen Berechnungen zufolge, im ersten Quartal d. J. um rd. 9 vH und die Butterproduktion um etwa 8 vH höher als in der gleichen Vorjahrsperiode. Auch die inländische Eierzeugung wies eine kräftige Zunahme auf, die für die Monate Januar und Februar gegenüber dem Vorjahr auf 10 vH geschätzt wird.

Im Bereich der *pflanzlichen Erzeugnisse* war die Angebotslage im Verlauf des Winters weniger stark angespannt, als es auf Grund der teilweise schlechten Ernteergebnisse und der saisonüblichen Verknappung erwartet worden war. Dies hing einmal damit zusammen, daß die Ernteergebnisse des letzten Jahres bei einzelnen Produkten, so namentlich bei Kartoffeln, doch besser ausgefallen sind als zunächst angenommen wurde. Zum anderen ist die Einfuhr von Obst, Gemüse und Südfrüchten sowie von Frühkartoffeln beträchtlich gestiegen. Nach der Einfuhrstatistik war der Import von Obst, Gemüse und Südfrüchten in den beiden ersten Monaten d. J. um 33 vH höher als in der gleichen Vorjahrsperiode. Diese Einfuhren sind zum Teil durch die zeitweilige Aussetzung von Zöllen — z. B. für Frühkartoffeln — und Zollherabsetzungen stimuliert worden, womit zweifellos ein erheblicher Beitrag zur Verminderung der Knappheit auf den heimischen Agrarmärkten geleistet worden ist.

Die Nachfrageentwicklung

Der starken konjunkturellen Angebotssteigerung stand auf der Nachfrageseite eine differenziertere Entwicklung gegenüber als bisher. In den Verbrauchsgüterindustrien und bei einzelnen Grundstoffindustrien war ein gewisses Abklingen der bis dahin infolge von Vorausdispositionen sehr hohen Nachfrage zu beobachten. Andererseits hat sich die Nachfrage im Bereich der Investitionen noch weiter intensiviert.

Ende der Lageraufstockungen?

Im Grundstoffbereich, in dem die Nachfragesteigerung im Jahre 1959 in starkem Umfang durch Aufträge zum Zwecke der Lageraufstockung bei den Verarbeitern bestimmt worden war, zeigten sich in den letzten Monaten erste Anzeichen einer gewissen Normalisierung der Auftragsvergabe. So hat sich namentlich die *Stahlnachfrage* in letzter Zeit nicht mehr nennenswert erhöht. Die Auftragsgänge aus dem Inland bei den Warmwalzwerken in der Bundesrepublik (mit Saarland) beliefen sich im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres auf rd. 1,6 Mio t, was nahezu

dem Monatsdurchschnitt im zweiten Halbjahr 1959 entspricht¹⁾. Da gleichzeitig die Stahlproduktion einen neuen Höchststand erreichte, befanden sich Lieferungen und Auftragseingänge zum ersten Male seit längerer Zeit wieder ungefähr im Einklang. Die Auftragsbestände in der Walzstahlindustrie sind deshalb von Anfang Januar bis Anfang März mit 6,3 Mio t praktisch unverändert geblieben. Im Verlauf des Monats März dürften sie allerdings wieder etwas gestiegen sein — jedoch bei weitem nicht in dem Maße wie im Vorjahr, in dem sie sich ab März im Monatsdurchschnitt um rd. 250 000 t erhöht hatten. Außer auf der starken Ausweitung der Stahlproduktion beruht dieser Wandel nicht zuletzt darauf, daß die Weiterverarbeiter von Stahl nicht mehr zu Vorausdispositionen gezwungen sind, nachdem ihre eigenen Walzstahlvorräte wieder leicht steigende Tendenz aufweisen. Es kommt hinzu, daß sich die Lage auf den internationalen Stahlmärkten etwas entspannt hat, so daß notfalls der Stahlbedarf durch zusätzliche und verhältnismäßig preiswerte Einfuhren gedeckt werden könnte.

Auch bei den *Verbrauchsgüterindustrien* lassen die Auftragseingänge seit der Jahreswende eine etwas vorsichtiger Haltung des Handels bei der Auftragserteilung erkennen. Jedenfalls gingen die Auftragseingänge aus dem Inland in den ersten Monaten d. J. etwas stärker als saisonüblich zurück; sie übertrafen im Januar und Februar — den letzten Monaten, für die bei Abfassung dieses Berichts umfassende Zahlen vorlagen — das entsprechende Vorjahrsniveau um rd. 15 vH, während die Zuwachsrate im dritten und vierten Quartal 1959 noch 29 bzw. 25 vH betragen hatte. Da die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien inzwischen kräftig gewachsen ist — vom ersten Vierteljahr 1959 zum ersten Quartal 1960 um fast 12 vH —, entsprachen die Auftragseingänge wieder eher der Lieferfähigkeit der Industrie. In den Monaten Dezember 1959 bis Februar 1960 blieb der Auftragseingang sogar um 6 vH hinter dem laufenden Umsatz zurück. Wenn es sich dabei auch um eine saisonübliche Erscheinung handelte, so kommt darin doch eine bemerkenswerte Normalisierung der Bestelltätigkeit des Handels zum Ausdruck, die fürs erste allerdings nur dazu geführt hat, daß sich die im Vorjahr schnell gestiegenen Bestände an unerledigten Aufträgen in den Verbrauchsgüterindustrien etwas verringert haben und die Lieferfristen dementsprechend zurückgegangen sein dürften. Ob sich diese Tendenzen fortsetzen und nicht nach kurzer Zeit wieder in ihr Gegenteil umschlagen werden, wird vor

¹⁾ Da das Saarland ab Januar 1960 in die Statistik miteinbezogen wird und sich aus diesen Zahlen nicht aussondern läßt, mußte für das 2. Halbjahr 1959 ein schätzungsweise Zuschlag für das Saarland gemacht werden.

allem von der künftigen Entwicklung des Endabsatzes und damit von der weiteren Einkommensentwicklung abhängen.

Die bisher vorliegenden Angaben lassen erkennen, daß sich bei den privaten Haushalten eine merkliche *Beschleunigung des Einkommensanstiegs* anbahnt. So zeichnete sich im ersten Quartal 1960 bei den neu in Kraft getretenen Tariflohnabkommen eine deutliche Tendenz zu größeren Lohnzugeständnissen ab. Die in diesen drei Monaten wirksam gewordenen tariflichen Lohn- und Gehaltserhöhungen beliefen sich — auf Stundenlohnbasis gerechnet — durchschnittlich auf 6,5 vH gegen 5,7 vH im vierten Vierteljahr; auf Wochen- bzw. Monatslohnbasis gerechnet, war der Abstand zur Steigerungsrate im vierten Quartal — 5,9 vH gegen 4,1 vH — noch größer, da im ersten Vierteljahr 1960 nur in relativ wenigen Fällen die tariflich vereinbarte Arbeitszeit weiter verkürzt wurde. In einigen wichtigen

Zur Entwicklung der Tarifverdienste

Zeit	Tariflohnniveau ¹⁾					
	Stundenverdienste		Lohnausgleich für Arbeitszeitverkürzungen		Wochenverdienste	
	Ende 1956 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH	Ende 1956 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH	Ende 1956 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in vH
1957	106,7	+ 6,7	102,6	+ 2,6	104,0	+ 4,0
1958	113,7	+ 6,6	104,2	+ 1,6	109,1	+ 4,9
1959	119,3	+ 4,9	105,3	+ 1,1	113,2	+ 3,8
1958 1. Vj.	109,1	+ 7,9	102,9	+ 2,5	106,1	+ 5,3
2. "	111,8	+ 6,4	103,2	+ 1,2	108,3	+ 5,0
3. "	112,6	+ 6,1	103,2	+ 1,0	109,0	+ 5,1
4. "	113,7	+ 6,6	104,2	+ 1,6	109,1	+ 4,9
1959 1. Vj.	114,5	+ 4,9	104,8	+ 1,8	109,2	+ 2,9
2. "	116,6	+ 4,3	104,9	+ 1,6	111,1	+ 2,6
3. "	117,9	+ 4,7	105,0	+ 1,6	112,3	+ 3,0
4. "	119,3	+ 4,9	105,3	+ 1,1	113,2	+ 3,8
1960 1. Vj. ²⁾	120,9	+ 5,6	105,5	+ 0,7	114,6	+ 4,9

¹⁾ Stand jeweils am Ende des angegebenen Zeitraumes. — ²⁾ Vorläufig.

Zweigen wurden wesentlich größere Erhöhungen zugestanden. So sind die Verdienste im öffentlichen Dienst rückwirkend ab Januar 1960 bei den Angestellten um 7,5 vH und bei den Arbeitern um 10 vH heraufgesetzt worden. Für die Arbeitnehmer des Bankgewerbes wurde eine Erhöhung um 8 vH vereinbart. Lediglich in der Industrie waren die im ersten Quartal 1960 in Kraft getretenen Lohnerhöhungen im Durchschnitt niedriger, und zwar vor allem deshalb, weil es sich hierbei zum Teil um die zweite Etappe einer schon wesentlich früher vereinbarten Lohnsteigerung handelte. Die wichtigsten, im Laufe der letzten Monate in der Industrie neu abgeschlossenen Tarifverträge werden erst im zweiten Quartal wirksam. Dies gilt namentlich für die 6 0/0ige Erhöhung der Bauarbeiterlöhne und die

Die Neuabschlüsse wichtiger Tarifverträge im bisherigen Verlauf des Jahres 1960

Tarifbereiche	Beschäftigte in Tsd	In Kraft ab	Laufzeit des alten Vertrags in Monaten	Frühestens kündbar nach . . . Monaten	Tarifloohnerhöhungen ¹⁾ in vH		
					Stunden- verdienste	Lohnaus- gleich für Arbeitszeit- verkürzungen	Wochen- verdienste
I. Industrie (einschl. Bau)							
Metallindustrie (Nordwürttemberg-Nordbaden)	410	1. 4. 1960	.	12	8,3	—	8,3
Metallindustrie (Schleswig-Holstein)	80	1. 4. 1960	9	15	8,6	—	8,6
Schuhindustrie	105	1. 1. 1960	21	14	5,5	—	5,5
		(1. 4. 1960)	.	.	2,3	2,3	—
Bekleidungsindustrie	320	1. 4. 1960	25	5	2,3	2,3	—
Bauindustrie	1 320	1. 5. 1960	12	11	6,0	—	6,0
		(1. 1. 1961)	.	.	0,5	—	0,5
II. Handel, Banken und privates Verkehrsgewerbe							
Groß- und Außenhandel (Hessen)	85	1. 1. 1960	18	15	8,5	—	8,5
Privates Bankgewerbe	200	1. 1. 1960	18	.	8,0	—	8,0
III. Öffentlicher Dienst (einschl. Bahn und Post)							
Arbeiter	760	1. 1. 1960	21	15	10,0	—	10,0
Angestellte	570	1. 1. 1960	21	15	7,5	—	7,5

¹⁾ Teilweise ermittelt als gewogener Durchschnitt aus den Erhöhungen für einzelne Lohn- und Gehaltsgruppen bzw. Ortsklassen.

8,3 bzw. 8,6 vH betragende Steigerung der Tarifverdienste in der Metallindustrie Nordwürttemberg-Nordbadens und Schleswig-Holsteins. Außerdem ist im zweiten Vierteljahr mit weiteren Lohn- und Gehaltsaufbesserungen zu rechnen, so vor allem für die rd. 1,3 Millionen Beamten. Bis zur Jahresmitte stehen ferner die Lohnsätze in der Metallindustrie der meisten Bundesländer und in einer Reihe anderer Wirtschaftszweige zur Erneuerung an. Hinzu kommen erhebliche Aufbesserungen im Bereich der *Einkommensübertragungen*. So werden in den gesetzlichen Rentenversicherungen seit März die rückwirkend ab Januar um fast 6 vH erhöhten Renten ausgezahlt. Auch die Pensionen der Beamten werden zusammen mit den Aktivbezügen aufgebessert werden, und außerdem dürfte bis spätestens Mitte d. J. eine bedeutende Erhöhung der Kriegsoffiziersrenten in Kraft treten. Das gesamte Masseneinkommen wird daher im zweiten Quartal kräftiger steigen, als dies in den ersten Monaten dieses Jahres der Fall war.

Weitere Verstärkung des Investitionsbooms

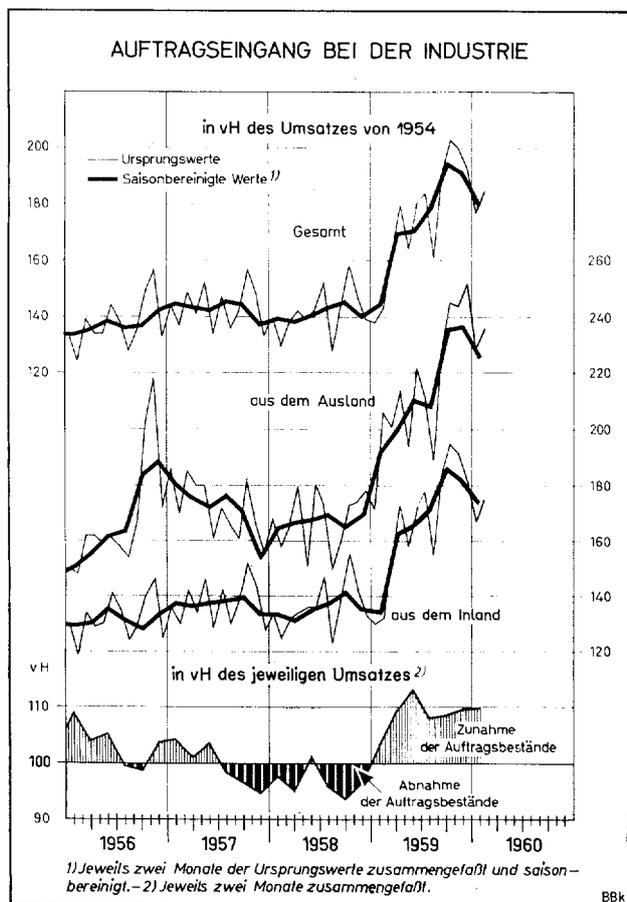
Der Aufschwung der Investitionstätigkeit, der schon im vergangenen Jahr den stärksten konjunkturellen Auftriebsfaktor darstellte, hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1960 ungeschmälert fortgesetzt. Im Vordergrund standen dabei — ähnlich wie in den letzten Monaten des Jahres 1959 — die Investitionen der gewerblichen Wirtschaft, deren Investitionspläne ständig vergrößert werden, weil die Knappheit an Arbeitskräften zur weiteren Rationalisierung zwingt und der Druck der Nachfrage gegen die Kapazitätsgrenzen in

wachsendem Maße auch Erweiterungsinvestitionen lohnend erscheinen läßt. In fast allen Bereichen der Industrie ist die Zahl der Firmen, die im Jahre 1960 eine Steigerung der Ausweitungs- und Rationalisierungsinvestitionen planen, erheblich höher als die Zahl derer, die zu Beginn des Jahres eine Einschränkung ihrer Investitionstätigkeit in Erwägung gezogen haben. Bei den Produzenten von Investitionsgütern waren infolgedessen die *Auftragseingänge* ungewöhnlich hoch. Im Januar und Februar übertrafen die Bestellungen aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien den entsprechenden Vorjahrsstand um 38 vH, nachdem die Zuwachsrate im zweiten Halbjahr 1959 rd. 30 vH betragen hatte. Diese Nachfragesteigerung ging erheblich über die Ausweitungsmöglichkeiten der Produktion hinaus, zumal auch die Auslandsnachfrage ähnlich stark gewachsen war. Zwar war die Produktion der Investitionsgüterindustrien im ersten Quartal 1960 um 15 vH höher als in der gleichen Vorjahrszeit, aber die Lieferungen wurden von den Auftragseingängen um rd. 25 vH übertroffen. Bei den eigentlichen Investitionsgüterproduzenten war das Mißverhältnis sogar noch größer. Namentlich im Maschinenbau, der in den letzten Monaten einen Auftragsboom sondergleichen zu verzeichnen hatte, waren die Bestellungen im Januar und Februar 1960 um 45 vH und im März — vorläufigen Meldungen zufolge — um 27 vH höher als die jeweiligen Umsätze. Die gesamten Bestände an unerledigten Aufträgen der Investitionsgüterindustrien, die schon im Jahre 1959 um mehr als einen Monatsumsatz zugenommen hatten, sind infolgedessen allein

Zur Entwicklung von Produktion, Umsatz und Beschäftigung
Bundesgebiet ohne Berlin (West)

	1959							1960				Veränderung 1. Vj. 1960 gegen 1. Vj. 1959 in vH ¹⁾
	Jan.	Febr.	März	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Jan.	Febr. ^{P)}	März ^{P)}	1. Vj. ^{P)} MD.	
	Monatsdurchschnitte											
Index der Industrieproduktion ¹⁾ (arbeitstg., 1936 = 100 ²⁾)												
Gesamt	218	226	240	228	250	244	276	250	255	264	256	+ 12,6
Bauwirtschaft	122	125	223	156	265	266	252	156	165	234	185	+ 18,2
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	196	206	223	209	241	242	254	240	249	263	251	+ 20,1
Investitionsgüterindustrien	290	310	321	307	332	314	370	343	356	363	354	+ 15,4
darunter:												
Maschinenbau	244	268	283	265	294	273	315	285	294	305	295	+ 11,2
Fahrzeugbau	572	599	609	593	648	584	709	715	752	800	755	+ 27,3
Verbrauchsgüterindustrien	193	203	217	204	218	216	248	222	227	235	228	+ 11,7
darunter:												
Textilindustrie	180	185	187	184	192	191	218	207	209	214	210	+ 14,3
Steinkohlenbergbau (Tsd t) ³⁾												
Förderung, fördertäglich	539,9	540,0	537,6	539,2	545,0	531,5	556,4	557,9	553,9	552,6	554,8	+ 2,3
Haldenbestände (Steinkohle und -koks) ⁴⁾	15 123	15 576	16 276	16 276	17 803	18 360	17 883	17 098	16 349	16 530	16 530	+ 1,2
Steinkohleneinfuhr ohne Koks)	1 237	1 382	915	1 178	733	510	417	374	439	440	418	- 64,5
Eisen- und Stahlindustrie (Tsd t)												
Roheisenerzeugung, kalendertäglich ⁵⁾	51,5	52,9	51,6	52,0	57,9	62,0	64,8	67,5	71,0	71,9	70,1	+ 34,8
Rohstahlerzeugung, arbeitstg. ⁶⁾	83,6	84,4	87,9	85,3	99,9	99,5	105,2	112,2	110,9	110,4	111,2	+ 30,4
Walzstahlfertigerzeugnisse ⁶⁾												
Lieferungen	1 127	1 114	1 191	1 144	1 341	1 487	1 544	1 734	1 796
Auftragseingänge	1 077	1 243	1 322	1 214	1 641	1 753	1 880	1 785	1 912	2 137	1 945	.
Auftragsbestände ⁴⁾	3 034	3 094	3 149	3 149	3 901	4 516	6 326	6 275	6 334
Auftragseingang bei der Industrie⁶⁾ (Werte; kalendermonatlich in vH des Umsatzes von 1954)												
Gesamt	138	143	161	147	175	179	199	177	185	...	181 ^{x)}	+ 28,8 ^{x)}
Grundstoffindustrien	128	133	149	137	167	181	186	164	174	...	169 ^{x)}	+ 29,5 ^{x)}
Investitionsgüterindustrien	165	178	198	180	190	203	237	226	239	...	233 ^{x)}	+ 35,6 ^{x)}
darunter:												
Maschinenbau	152	170	179	167	184	194	233	242	257	...	250 ^{x)}	+ 55,0 ^{x)}
Fahrzeugbau	188	225	308	240	238	227	251	258	261	...	260 ^{x)}	+ 25,7 ^{x)}
Verbrauchsgüterindustrien	114	109	128	117	164	140	165	128	128	...	128 ^{x)}	+ 14,8 ^{x)}
darunter:												
Textilindustrie	103	106	115	108	156	137	155	121	122	...	122 ^{x)}	+ 16,3 ^{x)}
Bauwirtschaft												
Geleistete Arbeitsstunden (Mio ⁸⁾ ⁸⁾												
Gesamt	119,6	114,9	203,4	146,0	239,2	247,4	219,5	130,5	138,4	211,8	160,2	+ 9,8
Wohnungsbauten	51,2	48,5	94,6	64,8	111,7	109,5	93,8	52,4	55,0	...	53,7 ^{x)}	+ 7,7 ^{x)}
Öffentliche und Verkehrsbauten	36,9	36,1	64,8	45,9	76,6	81,5	73,4	41,7	44,5	...	43,1 ^{x)}	+ 18,1 ^{x)}
Gewerbliche und industrielle Bauten	30,0	28,7	38,4	32,4	42,1	47,2	45,3	33,6	36,1	...	34,9 ^{x)}	+ 18,7 ^{x)}
Geplanter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten (Mio DM) ¹⁾												
Gesamt	1 224,3	1 260,3	1 521,4	1 335,3	1 952,8	2 063,1	2 027,4	1 490,6	1 558,8	...	1 524,7 ^{x)}	+ 22,7 ^{x)}
Wohngebäude	819,0	803,6	1 007,0	876,5	1 296,5	1 348,7	1 251,9	906,4	974,1	...	940,3 ^{x)}	+ 15,9 ^{x)}
Übrige Gebäude	405,3	456,7	514,4	458,8	656,3	714,4	775,5	584,2	584,7	...	484,5 ^{x)}	+ 37,4 ^{x)}
Wohnungsbauhypotheken von Kapital- sammelstellen (Mio DM) ⁷⁾ ¹⁾												
Monatliche Zusagen	601,7	729,8	655,9	662,4	796,7	775,0	685,7	650,6	826,6	...	738,6 ^{x)}	+ 10,9 ^{x)}
Monatliche Auszahlungen	445,8	349,4	450,9	415,3	498,7	643,0	724,1	461,4	484,1	...	472,8 ^{x)}	+ 18,9 ^{x)}
Umsätze im Einzelhandel (1954 = 100) ¹⁾												
Werte												
Gesamt	130	118	143	130	139	137	178	132	128	147	136	+ 4,6
davon:												
Nahrungs- und Genußmittel	128	124	141	131	138	140	162	132	137	148	139	+ 6,1
Bekleidung, Wäsche und Schuhe	131	96	140	122	132	117	187	128	99	129	119	- 2,5
Hausrat und Wohnbedarf	137	129	147	138	148	160	214	139	139	157	145	+ 5,1
Sonstiges	133	132	154	140	150	147	186	138	146	168	151	+ 7,9
Arbeitsmarkt (Tsd) ⁹⁾												
Arbeitslose ⁴⁾												
Gesamt	1 350,6	1 113,4	593,1	593,1	259,3	187,2	443,3	627,0	529,6	256,6	256,6	- 56,7
Männer	1 073,0	848,8	376,0	376,0	138,6	102,1	312,1	492,2	406,5	161,7	161,7	- 57,0
Frauen	277,6	264,6	217,1	217,1	120,7	85,1	131,2	134,8	123,1	94,9	94,9	- 56,3
Unselbständig Beschäftigte ⁴⁾	.	.	19 438,5	19 438,5	19 939,4	20 135,4	19 852,0	.	.	20 031,4	20 031,4	+ 3,1

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VIII (Produktion und Märkte) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ¹⁾ Ohne Saarland. — ²⁾ Originalbasis 1950 = 100. — ³⁾ Einschließlich Saarland. — ⁴⁾ Stand jeweils am Monats- bzw. Vierteljahresende. — ⁵⁾ Ohne gesamtes Halbzeug, Breitband und Stahlrohre einschl. Vorprodukte sowie einschl. Halbzeug für Röhrenwerke. — ⁶⁾ 1959 ohne, 1960 mit Saarland. — ⁷⁾ Ohne Lebensversicherungen. — ⁸⁾ Bauhauptgewerbe insgesamt. — ⁹⁾ Einschl. Berlin (West). — ^{P)} Vorläufig. — ^{x)} Nur Januar/Februar.



im Januar und Februar weiter um einen halben Monatsumsatz gestiegen. Die rege Investitionstätigkeit der Unternehmen betraf gleichermaßen auch die *Bauinvestitionen der Wirtschaft*. Die im Januar und Februar von den Baubehörden genehmigten Wirtschaftsgebäude waren dem umbauten Raum nach um 19 vH und dem veranschlagten Bauaufwand nach um 30 vH größer als in den gleichen Vorjahrsmonaten; die bisher für März vorliegenden Teilangaben lassen vermuten, daß die Steigerung in diesem Monat noch merklich kräftiger war.

Auch die Baunachfrage der übrigen Auftraggeber weist nach wie vor steigende Tendenz auf. In erster Linie gilt dies für den *öffentlichen Hochbau*, für den im Januar und Februar von den Baubehörden Projekte mit einem um 45 vH höheren Bauaufwand als in den gleichen Vorjahrsmonaten genehmigt wurden. Gleichzeitig dürften die Bauplanungen im öffentlichen Tiefbau, namentlich im Straßenbau, erweitert worden sein. Diese neuerliche Forcierung der öffentlichen Bauplanungen ist verschiedentlich als Indiz für eine bewußte Verlagerung der Auftragsvergabe in die Wintermonate und damit als ein Beitrag zur besseren Nutzung der bauschwachen Monate interpretiert worden. Eine Entlastung des Baumarktes während der Hochsaison wird

damit freilich nur dann verbunden sein, wenn sich die öffentlichen Stellen in Zukunft in ihrer Auftragsvergabe beträchtlich zurückhalten; andernfalls liefe die jüngste Forcierung öffentlicher Bauaufträge nur auf eine weitere Vergrößerung des Auftragsüberhangs hinaus.

Im *Wohnungsbau* nahmen die Bauplanungen seit Beginn dieses Jahres konjunkturell gleichfalls weiter zu. Im Januar und Februar wurden um 4 vH mehr Wohnungen mit einem um 16 vH höheren Bauaufwand als in den gleichen Vorjahrsmonaten genehmigt. Dieser Anstieg ging hauptsächlich von der Expansion des freifinanzierten Wohnungsbaus aus, während sich die Bauplanungen im sozialen Wohnungsbau — der Zahl der erteilten Bewilligungsbescheide nach zu urteilen — seit dem Auslaufen der Sonderprogramme Mitte letzten Jahres konjunkturell auf annähernd dem gleichen Niveau halten. Ob es in absehbarer Zeit zu einer spürbaren Tendenzänderung in den Wohnungsbauplanungen kommen wird, hängt in erster Linie von der Entwicklung im Bereich der freifinanzierten Wohnungen, also letzten Endes von der Verfügbarkeit an Kapitalmarktmitteln ab. Wie an anderer Stelle dieses Berichts bereits dargelegt, haben die Realkreditinstitute infolge des relativ schwachen Wertpapierabsatzes im ersten Quartal praktisch nicht mehr Hypothekenzusagen erteilt als im entsprechenden Vorjahrszeitraum. Da aber die übrigen Kapitalsammelstellen, vor allem die Sparkassen, nach wie vor über ein reichliches Aufkommen an längerfristigen Finanzierungsmitteln verfügen, sind im ersten Vierteljahr von allen Kapitalsammelstellen zusammen doch um etwa 14 vH mehr Hypotheken für den Wohnungsbau zugesagt worden als im ersten Quartal 1959. Hält diese Tendenz an, so ist also auch von der Seite des Wohnungsbaus her keine Abschwächung am Baumarkt zu erwarten.

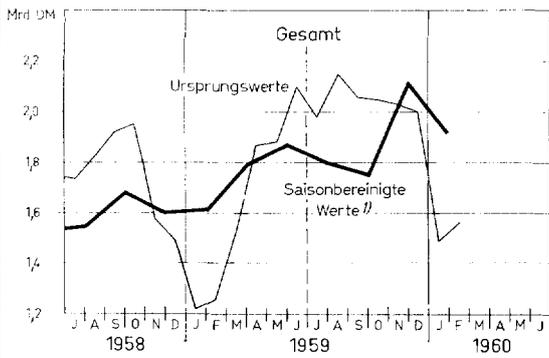
Die kräftige Steigerung der gesamten Nachfrage nach Bauleistungen hatte zur Folge, daß sich der *Nachfrageüberhang* im Bausektor trotz des relativ hohen Produktionsniveaus während der Wintermonate bisher nicht verringert, sondern weiter erhöht hat. Dies geht u. a. auch aus den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests hervor, demzufolge die befragten Baufirmen die Ausführungszeit der vorliegenden Bauaufträge Ende März 1960 im Durchschnitt mit 3,5 Monaten bezeichneten gegen 2,9 Monate Ende Januar 1960 und 3,0 Monate Ende März 1959.

Preisentwicklung

Die Preisentwicklung im Bundesgebiet war in den letzten Monaten durch sehr unterschiedliche Tenden-

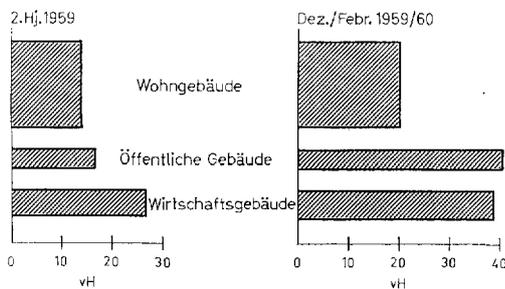
ZUR LAGE IN DER BAUWIRTSCHAFT

Veranschlagter Bauaufwand für genehmigte Hochbauten

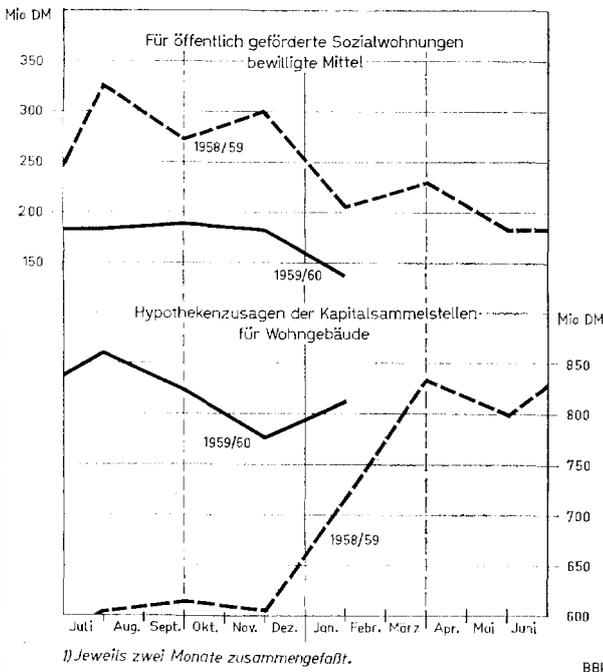


Zunahme gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit in vH

entspricht 20 vH des gesamten Hochbauvolumens



Finanzierungszusagen für Wohngebäude¹⁾



¹⁾ Jeweils zwei Monate zusammengefaßt.

zen gekennzeichnet. Während bei den Agrarprodukten die Preissenkungen überwogen, setzte sich im Bereich der gewerblichen Produkte und der Dienstleistungen der leicht steigende Preistrend fort. Bei den Preissteigerungen spielten neben erhöhten Rohstoffkosten infolge des vorjährigen Preisanstiegs auf gewissen Rohstoff-

märkten vor allem der nachlassende Wettbewerbsdruck und verschiedentlich auch die Erhöhung der Lohnkosten eine Rolle. Letzteres dürfte insbesondere für die Preissteigerungen in der Bauwirtschaft zutreffen, die unter den Preissteigerungen im industriellen Bereich an der Spitze stehen.

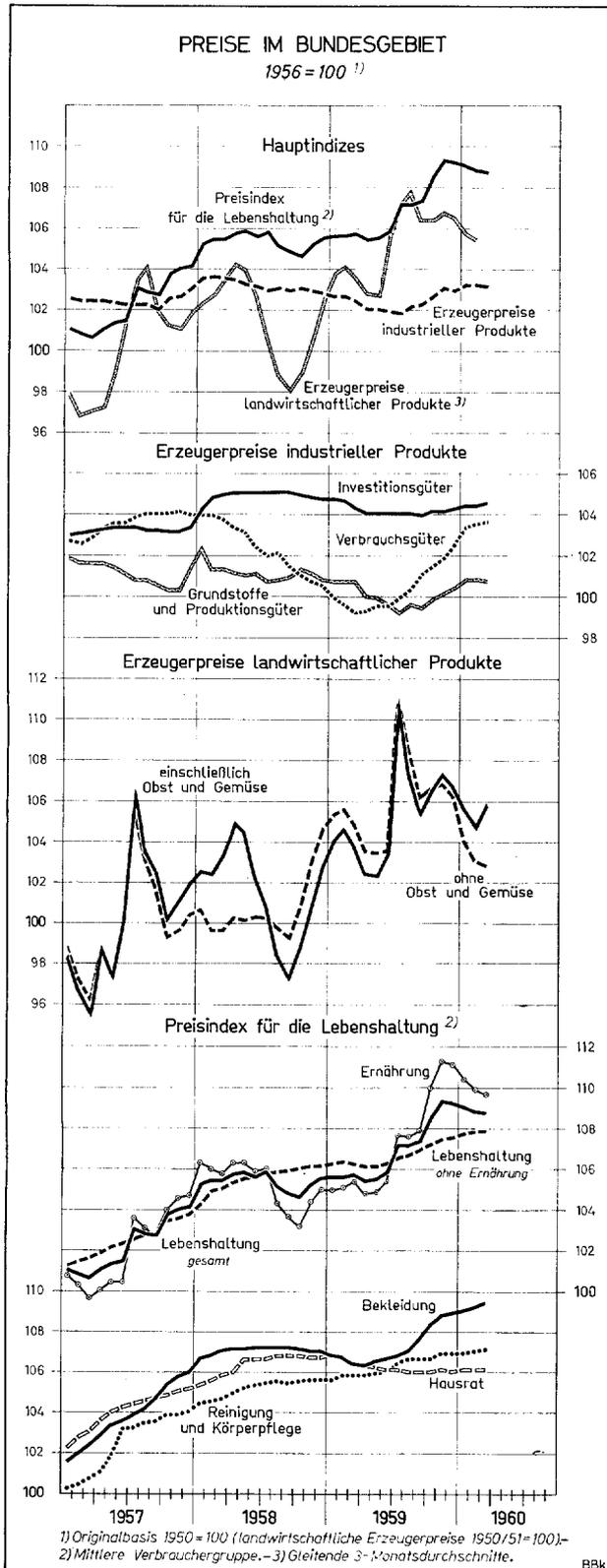
Bei den Agrarprodukten hatte auf der Erzeugerstufe bekanntlich bereits gegen Ende des Jahres 1959 eine gewisse Rückbildung der seit Jahresmitte zu verzeichnenden Preissteigerungen eingesetzt, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1960 im allgemeinen fortsetzte. Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Basis 1950/51 = 100) belief sich im März 1960 auf 137 gegen 139 im November und 134 im März des Vorjahres. Der Rückgang während der letzten Monate war im wesentlichen der oben beschriebenen Angebotserweiterung bei den tierischen Produkten zu danken. Der Gruppenindex für die Erzeugerpreise tierischer Produkte lag im März 1960 um etwa 7 vH unter dem Stand vom November vorigen Jahres. Im einzelnen ist vor allem zu erwähnen, daß der Milchauszahlungspreis der Molkereien weit stärker zurückgegangen ist als in den entsprechenden Vorjahrsperioden und daß die Großhandelspreise für Butter Mitte April nach der Kölner Notierung um 18 vH niedriger waren als fünf Monate vorher. Die Eierpreise fielen von November bis März um über 30 vH und erreichten damit den niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre. Auf den Viehmärkten setzte sich ebenfalls ein tendenzieller Preisrückgang durch. So gab insbesondere der Preis für Schlachtschweine weit stärker als saisonüblich nach; im März 1960 lagen die Schweinenotierungen um etwa 9 vH unter denen im März 1959. Die Schlachtrinderpreise zogen dagegen in den letzten Monaten, der Saisontendenz entsprechend, wieder an, jedoch hielten auch sie sich seit November fast ständig — im Februar um annähernd 4 vH und im März um etwa 2 vH — unter dem entsprechenden Vorjahrsstand.

Bei den pflanzlichen Produkten sind die Preise auch in den letzten Monaten weiter gestiegen. Bis zu einem gewissen Grade handelte es sich dabei um eine saisonübliche Tendenz, die jedoch durch die teilweise sehr schlechten Ergebnisse der letzten Ernte noch akzentuiert wurde. So sind namentlich Obst und Gemüse von Monat zu Monat teurer geworden; im März lagen die Obstpreise um rd. 100 vH und die Gemüsepreise um gut 70 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand. Lediglich bei Speisekartoffeln ist bisher eine echte Rückbildung der unmittelbar nach der Dürreperiode erhöhten Preise von pflanzlichen Produkten erfolgt. Bei den übrigen Bodenprodukten waren in den letzten Monaten ebenfalls leichte Preissteigerungen zu

verzeichnen, jedoch handelte es sich dabei weitgehend um eine saisonübliche Erscheinung, so vor allem bei den Getreidepreisen, die um die gesetzlich festgelegten Saisonzuschläge erhöht werden mußten. Im übrigen war bei der Getreidepreispolitik in den vergange-

nen Monaten das Bestreben zu erkennen, die sog. Marktpreise für Getreide, insbesondere für Futtergetreide, eher an der unteren als an der oberen Grenze der gesetzlich fixierten Preisspannen zu halten. In Zukunft sollen jedoch die Abgabepreise für eingeführtes Futtergetreide wieder an die obere Preisgrenze angehoben werden, was nicht ohne Rückwirkung auf die sehr kostenreagible Veredelungsproduktion, namentlich die Schweine- und Geflügelzucht, bleiben dürfte.

Wie schon erwähnt, stand die Preisentwicklung im gewerblichen Sektor fühlbar unter dem Einfluß der weiter steigenden Nachfrage und zum Teil auch höherer Kosten. Zu den stärksten Preissteigerungen kam es, ebenso wie schon im Vorjahr, bei den Bauleistungen. Nach dem vom Statistischen Bundesamt berechneten Preisindex sind die Preise für Bauleistungen am Wohngebäude von November 1959 bis zum Februar 1960 — also in der Zeit der geringsten Aktivität im Bausektor — um 1,1 vH gestiegen; sie übertrafen im Februar 1960 den entsprechenden Vorjahrsstand um 7,6 vH gegen 7,0 vH im November und 5,3 vH im August 1959. Im Bereich der Industrie (ohne Bau) hielten sich die preissteigernden Tendenzen in erheblich engerem Rahmen. Der Gesamtindex der industriellen Erzeugerpreise ist im Februar und März d. J. sogar um ein Geringes (0,1 vH) gesunken, da es bei einigen Grundstoffen, z. B. bei NE-Metallen und Kohle, zu weltmarkt- bzw. saisonbedingten Preisabschwächungen kam und auch die Preise der Nahrungs- und Genußmittelindustrien entsprechend der Preistendenz bei agrarischen Produkten herabgesetzt wurden. Die für die inländische Marktlage charakteristischen Preise der Verbrauchs- und Investitionsgüterindustrien wiesen aber auch in den letzten Monaten einen leicht steigenden Trend auf. So stieg der Gruppenindex der Verbrauchsgüterindustrien — hauptsächlich infolge von Preisanhebungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie sowie bei der Holz- und Papierverarbeitung — von Dezember bis März um 1,1 vH, wobei allerdings die Preissteigerungen gegen Ende des Berichtszeitraums etwas schwächer geworden sind. Auch im Investitionsgütersektor bestand in den letzten Monaten unverändert ein Übergewicht der Preissteigerungen gegenüber den vereinzelt noch anzutreffenden Preisrückgängen. Beispielsweise sind die Erzeugerpreise des Maschinenbaus und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie von Oktober bis März um je 1 vH heraufgesetzt worden. Die Preissteigerungen bei industriellen Produkten — die sich im Durchschnitt der gesamten Industrie von Juli 1959 bis März 1960 auf 1,2 vH beliefen — sind deshalb besonders bedenklich, weil die Industrie denjenigen Bereich darstellt, in dem infolge überdurchschnittlich hoher Produktivitätszunah-



Zur Preisentwicklung¹⁾

	1959	1960	Veränderung ⁴⁾						
	März	März	März 1960	Okt. 1959	Nov. 1959	Dez. 1959	Jan. 1960	Feb. 1960	März ⁵⁾ 1960
			gegen März 1959	gegenüber dem jeweiligen Vormonat					
	1950 = 100		vH						
Binnenmarkt									
Grundstoffe insgesamt	132	132	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,9	- 0,2	- 0,1	- 1,0	+ 0,1
davon: industrieller Herkunft	146	146	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	- 0,0	- 0,2
darunter: Mauerziegel	130	135	+ 3,5	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0	± 0
Kupfer (Halbzeug)	119	122	+ 2,4	+ 5,1	+ 3,6	+ 4,4	+ 1,3	- 0,3	- 3,8
land-, forst- und pflanzenwirtschaftlicher Herkunft	118	119	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,8	- 0,7	- 0,8	- 2,1	+ 0,6
darunter: Baumwolle	81	87	+ 6,9	- 1,4	+ 3,4	+ 4,7	+ 5,9	- 0,6	- 0,4
Rohwolle, ausländische	50	61	+20,5	- 0,8	- 1,3	+ 2,4	+ 0,3	- 4,1	- 0,3
Rohholz (Stamm), inländisches	185	190	+ 2,7	+ 0,0	+ 6,6	+ 4,0	+ 0,3	+ 0,2	± 0
Rohkautschuk	86	114	+32,9	- 1,7	+20,0	- 4,8	- 2,5	- 0,9	+ 2,6
Speisekartoffeln	159	145	- 8,9	+ 0,8	- 5,7	+ 1,8	+ 2,6	- 5,6	- 5,5
Schweine	106	96	- 9,2	- 4,9	- 0,1	- 4,1	- 1,1	- 4,8	- 3,7
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	124	125	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1
darunter: Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	138	138	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2
darunter: Eisen- und Stahlindustrie	200	198	- 0,6	± 0	± 0	± 0	- 0,0	± 0	± 0
NE-Metallindustrie	109	113	+ 3,4	+ 4,8	+ 2,8	+ 3,2	+ 0,4	- 0,1	- 2,7
Papierherzeugung	130	127	- 2,6	- 0,2	± 0	± 0	- 0,0	± 0	+ 0,0
Investitionsgüterindustrien	133	134	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1
darunter: Maschinenbau	143	143	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2
Fahrzeugbau	109	108	- 0,5	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0
Verbrauchsgüterindustrien	98	102	+ 4,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1
darunter: Textilindustrie	82	88	+ 7,2	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2
Schuhindustrie	107	119	+11,1	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,0	+ 2,1	± 0	± 0
Holzverarbeitung	129	131	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,1	± 0	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,2
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾									
insgesamt	134	137	+ 2,1	+ 1,1	+ 0,7	- 0,5	- 0,3	- 1,5	+ 1,0
davon: Pflanzliche Produkte	156	178	+13,8	+ 5,4	+ 0,3	+ 1,4	+ 4,7	- 0,2	+ 2,3
Tierische Produkte	124	119	- 4,6	- 1,3	+ 0,9	- 1,6	- 3,3	- 2,4	+ 0,1
Einzelhandelspreise insgesamt	111	113	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,0
darunter: Lebensmittelgeschäfte	113	116	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,5	- 0,2	- 0,5	- 0,3	- 0,1
darunter: Gemüsegeschäfte	143	174	+21,5	+ 1,1	+ 4,1	+ 1,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	98	99	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	122	122	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 0,1
darunter: Geschäfte für Eisenwaren	144	145	+ 0,6	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	± 0	+ 0,1	+ 0,1
Möbel	123	122	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1
Elektrogeräte (ohne Rundfunkgeräte)	107	106	- 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,9	- 0,2
Preisindex für die Lebenshaltung									
insgesamt	119	123	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1
darunter: Ernährung	126	131	+ 4,1	+ 1,9	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	- 0,5	- 0,2
Heizung und Beleuchtung	145	147	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0
Hausrat	112	112	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	± 0
Bekleidung	104	107	+ 2,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Reinigung und Körperpflege	114	116	+ 1,2	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0
Bildung und Unterhaltung	123	126	+ 2,6	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,0
Verkehr	136	137	+ 0,8	± 0	± 0	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,0	± 0
Weltmarkt ⁵⁾									
Preisindex des „Volkswirt“ ²⁾ ³⁾									
insgesamt	94	95	+ 1,2	- 0,2	+ 0,9	- 0,6	+ 0,5	- 0,7	- 0,4
davon: Nahrungsmittel ³⁾	98	94	- 4,2	+ 0,3	+ 0,4	- 2,0	- 0,2	- 1,0	- 0,9
Gewerbliche Rohstoffe ³⁾	94	97	+ 3,9	- 0,5	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,3	- 0,2
Moody's Index ³⁾	93	89	- 3,5	- 0,3	+ 0,8	- 2,3	+ 1,0	- 1,1	- 0,4
Reuter's Index ³⁾	80	83	+ 4,7	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	- 0,9	- 1,1

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen VIII, 6 (Großhandels- und Erzeugerpreise) sowie 7 (Verbraucherpreise und Löhne) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. — ²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozentsätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der Indizes auf Originalbasis. — ⁶⁾ Originalbasis 1950/51 = 100.

men spürbare Preissenkungen vorgenommen werden sollten, um damit ein Gegengewicht gegen den Preisauftrieb in den übrigen Sektoren der Wirtschaft zu schaffen, die auf Grund ihrer Produktionsstruktur nur zu verhältnismäßig geringen Produktivitätsfortschritten in der Lage sind und daher Lohnsteigerungen und andere Kostenerhöhungen weit weniger kompensieren können als die Industrie.

Ebenso wie auf der Erzeuger- und Großhandelsstufe war auch die Preistendenz auf der *Verbraucherstufe* in den letzten Monaten — je nachdem, ob es sich um landwirtschaftliche oder gewerbliche Produkte handelte — sehr unterschiedlich. Bei den Ernährungsgütern haben von Dezember an die Preissenkungen für tierische Produkte die Preiserhöhungen bei den sehr knappen pflanzlichen Produkten, wie vor allem Obst und Gemüse, mehr als ausgeglichen. Die Ernährungskosten im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung waren deshalb im März 1960 um 1,5 vH niedriger als im November 1959. Nicht in jedem Falle entsprach freilich der Preisrückgang auf der Verbraucherstufe auch nur annähernd den Ermäßigungen auf der Erzeuger- und

Großhandelsebene. Dies gilt namentlich für Schweinefleisch, bei dem der Rückgang der Verbraucherpreise bisher merklich schwächer war als der der Erzeugerpreise. Den Preisabschwächungen im Ernährungssektor standen aber merkliche Preissteigerungen in den übrigen Bereichen des privaten Verbrauchs gegenüber. Unter den gewerblichen Verbrauchsgütern setzten z. B. Bekleidungsartikel, in erster Linie Schuhwaren, den Preisanstieg, der im Herbst 1959 ziemlich kräftig gewesen war, in den letzten Monaten, wenn auch etwas verlangsamt, fort. Ähnlich war auch die Entwicklung in den Bereichen Verkehr, Bildung und Unterhaltung, Wohnung usw., in denen die — weitgehend strukturell bedingten — Preissteigerungen schon seit Jahren praktisch niemals aufgehört haben. Im Gesamtindex der Lebenshaltung für die mittlere Verbrauchergruppe wirkten sich infolge dieser gegenläufigen Tendenzen die Preissenkungen für Ernährungsgüter in einem Rückgang um jeweils 0,2 vH im Januar und Februar und 0,1 vH im März aus; gleichwohl wurde damit der entsprechende Vorjahrsstand im März 1960 noch um 2,8 vH übertroffen.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Entwicklung der Währungsreserven

Die Entwicklung der Zahlungsbilanz stand in den ersten Monaten des laufenden Jahres weiterhin im Zeichen von Devisenzuflüssen bei der Bundesbank, wenn diese auch, im ganzen genommen, nicht das Ausmaß erreichten wie in den letzten Monaten von 1959. Unter Einschluß der längerfristigen Forderungen und der zweckgebundenen Guthaben betrug die Zunahme im ersten Quartal d. J. nur 364 Mio DM gegen 1,9 Mrd DM im letzten Quartal von 1959. In den einzelnen Monaten war die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich. Während sich die zentralen Währungsreserven im Januar stark — um insgesamt 643 Mio DM — verminderten, nahmen sie in den beiden folgenden Monaten wieder zu, und zwar im Februar um 289 Mio DM und im März um 718 Mio DM. Auch im April hat sich der Anstieg fortgesetzt. Am 28. April (dem Abschlußdatum dieses Berichts) war daher der Gesamtbestand der Bank an Gold und Auslandsforderungen mit 25,3 Mrd DM um 1,5 Mrd DM höher als am 31. Dezember 1959. Seinen niedrigsten Stand, den er im Verlauf des vergangenen Jahres (am 30. September) aufgewiesen hatte, übertraf er um 3,4 Mrd DM. Die beträchtlichen Devisenabgaben in den ersten drei Quartalen von 1959 — rd. 4 Mrd DM — sind damit zu einem erheblichen Teil wieder aufgeholt worden. Bestim-

mend für diesen Umschwung war in erster Linie, daß die aus dem Überschuß der Bilanz in laufender Rechnung resultierenden Devisenzuflüsse durch die Reparierung von Auslandsanlagen der Kreditinstitute verstärkt wurden, während sie vordem umgekehrt in hohem Maße durch Geldexporte absorbiert worden waren. Daneben spielte eine Rolle, daß die Auslandszahlungen des Bundes, die in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres infolge von — zum Teil einmaligen — Sonderleistungen zeitweise ungewöhnlich hoch waren, zurückgingen.

Auf Einzelheiten dieser Entwicklung wurde, soweit sie das Jahr 1959 betreffen, bereits im vergangenen Monat an dieser Stelle¹⁾ ausführlich eingegangen. An Hand des nunmehr verfügbaren statistischen Materials soll die dort gegebene Analyse für das erste Quartal von 1960 fortgeführt werden. Die betreffenden Daten sind in zusammengefaßter Form in der nachstehenden Übersicht enthalten. Danach stand dem Überschuß in laufender Rechnung in Höhe von 1,7 Mrd DM ein Defizit in der Bilanz des Kapitalverkehrs von reichlich 1,5 Mrd DM gegenüber. Im gesamten Leistungs- und Kapitalverkehr ergab sich somit für das erste Vierteljahr von 1960 ein Überschuß von rd. 170 Mio DM. Die Gründe

¹⁾ Vgl.: Die Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahre 1959, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1960, S. 3 ff.

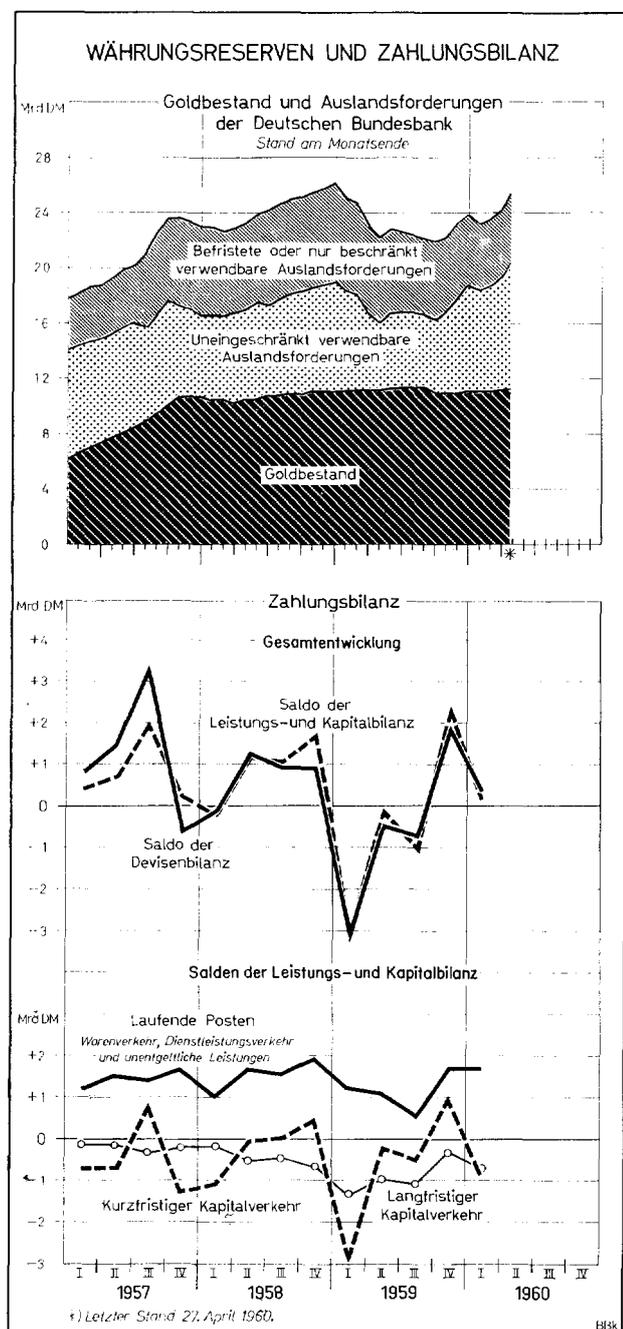
dafür, daß die gleichzeitige Zunahme der Gold- und Devisenbestände der Bundesbank mit, wie erwähnt, 364 Mio DM um knapp 200 Mio DM höher war als der Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz, sind im einzelnen nicht bekannt. Abgesehen von etwaigen Fehlern und Lücken bei der Erfassung der Einzelangaben zum Leistungs- und Kapitalverkehr dürfte die Differenz vor allem mit Verschiebungen in den terms of payment (d. h. in den zeitlichen Unterschieden zwischen effektiven Leistungen und Zahlungen im Außenhandel) im Zusammenhang stehen. Auf die verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Entwicklungstendenzen, die zu dem

weitgehenden Ausgleich des Leistungs- und Kapitalverkehrs im ersten Quartal geführt haben — ein Bild, das sich deutlich von den extremen Ergebnissen des vorangegangenen Quartals (Überschuß von 2,4 Mrd DM) und des ersten Quartals von 1959 (Defizit von 2,9 Mrd DM) unterscheidet —, wird im folgenden näher eingegangen.

Die Bilanz in laufender Rechnung

Die Bilanz der laufenden Posten, in der die Ergebnisse des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen zusammengefaßt sind, schloß in den ersten drei Monaten von 1960, wie erwähnt, mit einem Überschuß von 1,7 Mrd DM ab. Der Aktivsaldo war damit ebenso hoch wie im vorangegangenen Quartal; er übertraf jedoch seinen entsprechenden Vorjahrsstand um 500 Mio DM. In Höhe von rd. 200 Mio DM war dieser Anstieg dadurch bedingt, daß der *Außenhandelsüberschuß* im Vergleich zur entsprechenden Zeit des Vorjahres zugenommen hat; er betrug etwas mehr als 1,4 Mrd DM gegen 1,2 Mrd DM im ersten Quartal von 1959 und knapp 1,4 Mrd DM im Durchschnitt der folgenden Quartale.

Ausschlaggebend hierfür war der steile Anstieg der deutschen *Ausfuhr*, die im März mit annähernd 4,4 Mrd DM einen neuen Höchststand erreichte. Im gesamten ersten Quartal d. J. stellte sich die Ausfuhr auf 11,4 Mrd DM; die Zunahme gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres betrug 2,5 Mrd DM oder 28,2 vH gegen 1,8 Mrd DM oder 18,4 vH im vierten Quartal von 1959. In den letzten Monaten hat das Wachstum der Ausfuhr weitgehend dem Zugang an Auslandsaufträgen, der im vergangenen Jahr bei der Industrie zu verzeichnen war, entsprochen. An dem Anstieg der Exporte waren alle Industriezweige beteiligt. Von besonderer Bedeutung war wiederum die Ausfuhr der Eisen- und Stahlindustrie, die schon in den vorangegangenen Monaten eine besonders starke Steigerung aufgewiesen hatte; im ersten Quartal von 1960 war sie mit rd. 1,3 Mrd DM dem Werte nach doppelt so groß wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch der Fahrzeugbau hat seine Auslandslieferungen wesentlich vergrößern können. Die Fahrzeugexporte (einschl. der Exporte von Gebrauchtwagen) waren im ersten Quartal mit fast 1,6 Mrd DM um ein Drittel höher als vor einem Jahr, während die entsprechende Zuwachsrate für das vierte Quartal von 1959 21 vH und für das Jahr 1959 insgesamt rd. 15 vH betragen hatte. Stark beeinflusst wurde das Ausfuhrergebnis ferner dadurch, daß sich in der wichtigsten Exportindustrie der Bundesrepublik, nämlich dem Maschinenbau, die Ausfuhr, die wegen der hier besonders langen



Wichtige Posten der Zahlungsbilanz *) +)

in Mio DM

Zeit	I. Devisenbilanz (Zugang bzw. Abgang an Gold und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank; Zug.: +) ¹⁾	II. Leistungs- und Kapitalbilanz													III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁷⁾ (I./II)	
		Saldo der laufenden Posten						Saldo des Kapitalverkehrs (eigene Leistungen: -, fremde Leistungen: +)								Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz
		Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs				Saldo der unentgeltlichen Leistungen	Langfristig ⁶⁾			Kurzfristig						
		Ins-gesamt	Ins-gesamt	Handelsbilanz ²⁾	Dienstleistungs-bilanz ³⁾		Ins-gesamt	Ins-gesamt	Privat	Öffentlich	Ins-gesamt	darunter		Ins-gesamt		
Vorauszahlungen für Verteidigungseinfuhren (Zun.: -, Abn.: +) ⁴⁾	Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken ⁵⁾															
1956	+5 087	+4 428	+5 533	+2 897	+2 636	-1 105	+ 121	- 556	+ 130	- 686	+ 677	- 236	+ 912	+4 549	+ 538	
1957	+5 121	+5 840	+7 487	+4 083	+3 404	-1 647	-2 440	- 726	+ 133	- 859	-1 714	-1 741	- 25	+3 400	+1 721	
1958	+3 188	+6 255	+7 904	+4 954	+2 950	-1 649	-2 386	-1 871	- 522	-1 349	- 515	+ 285	- 734	+3 869	- 681	
1959	-2 101	+4 630	+7 266	+5 361	+1 905	-2 636	-6 142	-3 774	-1 395	-2 379	-2 368	-1 435	-1 029	-1 512	- 589	
1958 1. Vj.	- 52	+1 054	+1 530	+ 689	+ 841	- 476	-1 241	- 193	+ 41	- 234	-1 048	- 335	- 760	- 187	+ 135	
2. "	+1 293	+1 694	+2 148	+1 453	+ 695	- 454	- 522	- 511	- 165	- 346	- 11	+ 110	- 117	+1 172	+ 121	
3. "	+ 975	+1 559	+1 945	+1 384	+ 561	- 386	- 447	- 481	- 35	- 446	+ 34	+ 264	- 201	+1 112	- 137	
4. "	+ 972	+1 948	+2 281	+1 428	+ 853	- 333	- 176	- 686	- 363	- 323	+ 510	+ 246	+ 344	+1 772	- 800	
1959 1. Vj.	-2 943	+1 213	+1 856	+1 191	+ 665	- 643	-4 109	-1 340	- 514	- 826	-2 769	-1 479	-1 335	-2 896	- 47	
2. "	- 423	+1 094	+1 705	+1 295	+ 410	- 611	-1 179	- 991	- 500	- 491	- 188	+ 62	- 353	- 85	- 338	
3. "	- 665	+ 601	+1 392	+1 212	+ 180	- 791	-1 526	-1 079	- 204	- 875	- 447	+ 90	- 381	- 925	+ 260	
4. "	+1 930	+1 722	+2 313	+1 663	+ 650	- 591	+ 672	- 364	- 177	- 187	+1 036	- 108	+1 040	+2 394	- 464	
1960 1. Vj. ¹⁰⁾	+ 364	+1 712	+2 288	+1 417	+ 871	- 576	-1 538	- 708	- 536	- 172	- 830	- 977	+ 114	+ 174	+ 190	
1959 Jan.	- 856	+ 128	+ 327	+ 157	+ 170	- 199	-1 397	- 288	- 229	- 59	-1 109	+ 84	-1 235	-1 269	+ 413	
Febr.	- 359	+ 831	+ 954	+ 612	+ 342	- 123	- 820	- 282	- 178	- 104	- 538	- 316	- 250	+ 11	- 370	
März	-1 728	+ 254	+ 575	+ 422	+ 153	- 321	-1 892	- 770	- 107	- 663	-1 122	-1 247	+ 150	-1 638	- 90	
April	- 748	+ 197	+ 378	+ 335	+ 43	- 181	- 807	- 300	- 215	- 85	- 507	- 34	- 397	- 610	- 138	
Mai	+ 553	+ 439	+ 588	+ 467	+ 121	- 149	+ 181	- 133	- 40	- 93	+ 314	+ 78	+ 177	+ 620	- 67	
Juni	- 228	+ 458	+ 739	+ 493	+ 246	- 281	- 553	- 558	- 245	- 313	+ 5	+ 18	- 133	- 95	- 133	
Juli	- 138	- 148	+ 317	+ 368	- 51	- 465	- 412	- 189	- 12	- 177	- 223	- 65	- 111	- 560	+ 422	
Aug.	- 313	+ 255	+ 447	+ 359	+ 88	- 192	- 644	- 269	- 152	- 117	- 375	+ 69	- 385	- 389	+ 76	
Sept.	- 214	+ 494	+ 628	+ 485	+ 143	- 134	- 470	- 621	- 40	- 581	+ 151	+ 86	+ 115	+ 24	- 238	
Okt.	+ 308	+ 644	+ 827	+ 567	+ 260	- 183	- 427	- 98	- 74	- 24	- 329	- 50	- 266	+ 217	+ 91	
Nov.	+ 961	+ 833	+ 963	+ 680	+ 283	- 130	+ 324	- 71	- 65	- 6	+ 395	- 34	+ 449	+1 157	- 196	
Dez.	+ 661	+ 245	+ 523	+ 416	+ 107	- 278	+ 775	- 195	- 38	- 157	+ 970	- 24	+ 857	+1 020	- 359	
1960 Jan.	- 643	+ 353	+ 536	+ 281	+ 255	- 183	-1 268	- 276	- 210	- 66	- 992	- 38	-1 007	- 915	+ 272	
Febr.	+ 289	+ 499	+ 700	+ 396	+ 304	- 201	- 235	- 255	- 229	- 26	+ 20	- 577	+ 629	+ 264	+ 25	
März ¹¹⁾	+ 718	+ 860	+1 052	+ 740	+ 312	- 192	- 35	- 177	- 97	- 80	+ 142	- 362	+ 492	+ 825	- 107	

*) Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland; die Transaktionen des Saarlandes mit dem übrigen Bundesgebiet erscheinen seitdem nicht mehr in der Zahlungsbilanz. Die durch die Eingliederung bedingte Veränderung des Standes der Auslandsforderungen und -verpflichtungen des Bundesgebietes am 6. 7. 1959 ist mangels vollständiger statistischer Unterlagen nicht berücksichtigt. — +) Vgl. auch Tab. VII, 2 und 5 im Statistischen Teil des vorliegenden Berichts. — 1) Ab Januar 1959 einschl. der Veränderungen auf den Akkreditivdeckungskonten sowie einschl. der Veränderungen des größten Teils der Verpflichtungen aus „Einlagen ausländischer Einleger“. — 2) Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob; 1957 und 1958 einschl. nachträglich gemeldeter und daher in der amtlichen Außenhandelsstatistik für diese Jahre nicht erfaßter Einfuhren der Bundesregierung. — 3) Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschl. des Saldos des Transithandels sowie einschl. sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen. — 4) Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — 5) Für die Aufgliederung in „Privat“ und „Öffentlich“ ist maßgebend, welchem der beiden Sektoren die an der jeweiligen Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. — 6) Saldo aus der Veränderung von Forderungen und Verpflichtungen (Zunahme der Forderungen und Abnahme der Verpflichtungen: —). — 7) Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — 8) Vorläufig.

Lieferfristen im vergangenen Jahr nur wenig gestiegen war und auch im Januar und Februar d. J. mit einer Zunahme von nur 12 vH weit hinter dem Anstieg der Auslandsnachfrage zurückgeblieben war, im März sprunghaft erhöhte und mit rd. 2 Mrd DM um annähernd 40 vH über ihrem Vorjahrsstand lag. Auf diese drei Industriezweige allein, die seit Jahren mehr als 40 vH der deutschen Ausfuhr stellen, entfielen von der ge-

samten Ausfuhrzunahme gegenüber dem ersten Quartal von 1959 etwa 55 vH.

Im Unterschied zur Entwicklung im vergangenen Jahr, in dem der Ausfuhranstieg lange Zeit hindurch fast ausschließlich von der Nachfrage der europäischen Länder sowie der Industrieländer in Übersee getragen wurde, hat im ersten Quartal dieses Jahres auch die Ausfuhr in die Entwicklungsländer wieder stärker zu-

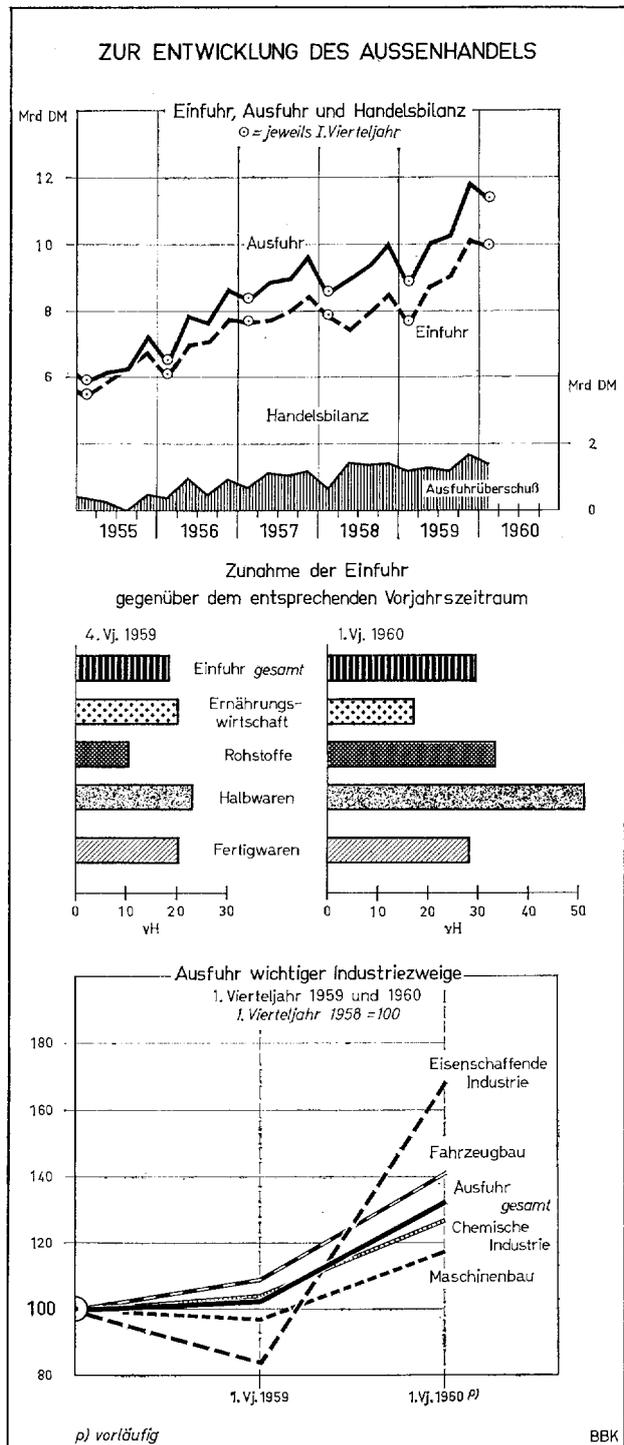
genommen. In den Monaten Januar und Februar (weitere Angaben liegen nicht vor) übertraf die Ausfuhr in diese Länder das vergleichbare Vorjahrsergebnis um 14,1 vH gegen 8,4 vH im vierten Quartal von 1959 und nur etwa 2 vH im ganzen Jahr 1959.

Die *Einfuhr* belief sich in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres zusammengenommen auf 10,0 Mrd DM gegen 7,7 Mrd DM im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Absolut betrachtet war ihre Zunahme (2,3 Mrd DM) damit zwar etwas niedriger als die der Ausfuhr (2,5 Mrd DM), jedoch lag ihre Zuwachsrate mit 29,6 vH weiter leicht über der der Ausfuhr (28,2 vH). Die Beschleunigung des Wachstumstempos gegenüber dem dritten und vierten Quartal von 1959, in dem die „Jahreszuwachsrate“ der Einfuhr 14,2 bzw. 18,7 vH betragen hatte, erklärt sich hauptsächlich aus einer überdurchschnittlichen Ausweitung der Rohstoff- und Halbwarenimporte, die in den ersten drei Monaten d. J. mit 4,2 Mrd DM um 1,2 Mrd DM oder 41 vH über das entsprechende Vorjahrsergebnis hinausgingen. Wenn hierbei auch zu berücksichtigen ist, daß die Rohstoff- und Halbwarenbezüge im ersten Quartal von 1959 auf den niedrigsten Stand seit dem Beginn der Preisbaisse (Mitte 1957) gesunken waren, so hat sich die deutsche Wirtschaft in den ersten Monaten des laufenden Jahres offensichtlich auch in stärkerem Umfang als zuvor mit Rohstoffen und Halbwaren eingedeckt, denn die Importe dieser Güter waren — bei allerdings leicht gestiegenen Durchschnittswerten — um fast 9 vH höher als im vierten Quartal des vergangenen Jahres. Neben dem größeren Bedarf für die wachsende industrielle Produktion dürfte dabei auch die Aufstockung von Lägern eine bedeutende Rolle gespielt haben. So war die Einfuhr von Textilrohstoffen, Erzen, Erdöl und Kautschuk in den ersten beiden Monaten d. J. dem Volumen nach um rd. 60 vH höher als vor einem Jahr, während die Produktion der Industrien, die für die Verarbeitung dieser Rohstoffe in Betracht kommen, im gleichen Zeitraum wesentlich schwächer zugenommen hat.

Die Fertigwarenimporte sind in letzter Zeit ebenfalls beschleunigt gewachsen. Mit 2,9 Mrd DM waren sie im Berichtszeitraum um gut 28 vH höher als im ersten Quartal von 1959. Setzt man die Importe der Bundesregierung für Verteidigungszwecke, die im Vergleich zum ersten Quartal von 1959 stark rückläufig waren, ab, so sind die „kommerziellen“ Fertigwarenimporte, ebenso wie im Jahre 1959, wieder erheblich stärker gestiegen als die gesamte Fertigwareneinfuhr, nämlich um annähernd 40 vH. Abgesehen davon, daß die Fertigwareneinfuhr im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs ebenfalls zusätzliche Impulse erhalten

hat, dürfte bei der Zunahme dieser Importe auch die Preisentwicklung eine Rolle gespielt haben. Die Durchschnittswerte der Fertigwareneinfuhr lagen nämlich zu Beginn dieses Jahres um 5 vH unter ihrem Vorjahrstand; die inländischen Erzeugerpreise der Investitions- und Verbrauchsgüter waren demgegenüber durchweg etwas höher als Anfang 1959.

Eine leichte Abschwächung des Wachstums war bei den ernährungswirtschaftlichen Importen zu verzeich-



nen. Während diese im vierten Quartal von 1959 um 20 vH höher gewesen waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres, übertrafen sie im ersten Quartal von 1960 mit 2,8 Mrd DM ihren Vorjahrsstand um 17 vH. Abgeschwächt hat sich dabei der Einfuhranstieg bei Genußmitteln sowie, in geringerem Umfang, bei tierischen Erzeugnissen, deren inländische Erzeugung in den letzten Monaten verhältnismäßig stark ausgedehnt wurde; die Einfuhr von pflanzlichen Erzeugnissen hat dagegen stärker als in den vorangegangenen Monaten zugenommen.

Der Überschuß der *Dienstleistungsbilanz* hat sich im Vergleich zum ersten Quartal von 1959 ebenfalls erhöht, während er 1959 — bei vierteljährlicher Betrachtung — ständig unter den entsprechenden Vorjahrs-ergebnissen gelegen hatte. Bei Einnahmen in Höhe von knapp 3,1 Mrd DM und Ausgaben (ohne die im cif-Wert der Einfuhr und damit bereits in der Handelsbilanz enthaltenen Fracht- und Versicherungskosten) von 2,2 Mrd DM betrug der Aktivsaldo nach ersten Berechnungen 870 Mio DM gegen rd. 670 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Für die verstärkte Aktivierung war einmal bestimmend, daß die Einnahmen von den im Bundesgebiet stationierten Truppen der NATO-Mächte in den ersten drei Monaten von 1960 mit 1,1 Mrd DM um 80 Mio DM höher waren als im ersten Vierteljahr von 1959. Zum anderen hat sich im sonstigen Dienstleistungsverkehr, der schon seit längerem passiv ist, das Defizit leicht vermindert. Die Abschwächung steht vor allem damit im Zusammenhang, daß sich auf der Eingangsseite der Dienstleistungsbilanz die Einnahmen aus Transportleistungen zugunsten des Auslands erhöht und auf der Ausgangsseite die Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen vermindert haben. Der Rückgang der Zinszahlungen ist durch den 1959 verstärkt vorgenommenen Abbau der in den Londoner Abkommen geregelten Auslandsverschuldung bedingt. Bei den sonstigen Dienstleistungskategorien haben sich dagegen keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Im dritten Teilbereich der laufenden Rechnung, nämlich in der *Bilanz der unentgeltlichen Leistungen*, blieb der Passivsaldo mit rd. 580 Mio DM um knapp 70 Mio DM hinter dem entsprechenden Vorjahrsstand zurück, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, daß das Vorjahrs-ergebnis durch die Bereitstellung von Mitteln zugunsten des EWG-Entwicklungsfonds (84 Mio DM) und die Überweisung eines Beitrags zu den Unterhaltskosten der im Bundesgebiet stationierten britischen Truppen (141 Mio DM) sowie durch Finanzhilfen an das Saarland (70 Mio DM) beeinflußt war. Schaltet man diese Sonderleistungen des Bundes aus, so war das De-

fizit im Zeitraum Januar/März 1960 um rd. 230 Mio DM höher als in der entsprechenden Zeit von 1959. Diese Zunahme der Belastungen resultierte vor allem aus der Entwicklung der individuellen Wiedergutmachungsleistungen, d. h. der Zahlungen der öffentlichen Hand zugunsten der im Ausland ansässigen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Mit etwas mehr als 450 Mio DM gingen sie um fast 190 Mio DM über ihr Vorjahrsniveau hinaus und erreichten damit einen neuen Höchststand.

Die Kapitalbilanz

Das Bild des Kapitalverkehrs mit dem Ausland war in den letzten Monaten durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Insgesamt schloß die Kapitalbilanz im ersten Quartal von 1960 jedoch mit einem hohen Defizit ab. Der Passivsaldo betrug reichlich 1,5 Mrd DM, nachdem im vorangegangenen Quartal ein Nettokapitalzufluß von rd. 670 Mio DM zu verzeichnen war. Bei einer Betrachtung der einzelnen Monate zeigt sich allerdings, daß dieses Ergebnis in erster Linie durch die Ziffer für den Monat Januar bestimmt war, in dem sich das Defizit der Kapitalbilanz auf annähernd 1,3 Mrd DM belief, während es in den beiden folgenden Monaten sehr stark — auf 235 Mio DM im Februar und 35 Mio DM im März — zurückging. Zu einem ganz wesentlichen Teil war diese Entwicklung durch die Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken bedingt. Wie schon im Berichtsteil „Geld und Kredit“ erwähnt, hatten die Kreditinstitute im Januar ihre Auslandsanlagen (im einzelnen handelt es sich dabei um Sicht- und Termineinlagen bei ausländischen Banken sowie um Geldmarktanlagen) vorübergehend stark erhöht. In den Monaten Februar und März ist diese Verbesserung jedoch mehr als rückgängig gemacht worden, so daß sich für das erste Vierteljahr von 1960 insgesamt eine Verschlechterung im Auslandsstatus der Banken im Betrage von gut 100 Mio DM ergab gegen mehr als 1 Mrd DM im letzten Quartal von 1959. Dies war vor allem auf die — ausschließlich durch die höhere Inanspruchnahme von Auslandskrediten bedingte — Zunahme der Auslandspassiva zurückzuführen. Die Kreditaufnahme der Banken wuchs in dieser Zeit um 130 Mio DM gegen 50 Mio DM im Vorquartal; demgegenüber hatte sie in den ersten neun Monaten von 1959 per Saldo um etwas mehr als 300 Mio DM abgenommen. Die Einlagen von Ausländern bei deutschen Banken haben sich, wenn man das erste Vierteljahr als Ganzes betrachtet, nur unwesentlich verändert. Die Entwicklung in den einzelnen Monaten verlief dagegen sehr unterschiedlich. So gingen die Einlagen von Ausländern im Januar um fast 300 Mio DM zurück, im

Zur Außenwirtschaftslage *)

in Mio DM

	1959							1960			
	1. Vj.			März	2. Vj.		3. Vj.	1. Vj.			
	Insgesamt	Jan.	Febr.		4. Vj.	Insgesamt ^{x)}		Jan.	Febr.	März ^{x)}	
Außenhandel											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
Alle Länder ¹⁾											
Ausfuhr (fob)	2 970	2 765	3 091	3 053	3 354	3 436	3 968	3 807	3 389	3 663	4 368
Einfuhr (cif)	2 573	2 608	2 479	2 631	2 922	3 032	3 414	3 334	3 108	3 267	3 628
Saldo ²⁾	+ 397	+ 157	+ 612	+ 422	+ 432	+ 404	+ 554	+ 473	+ 281	+ 396	+ 740
Ländergruppen ³⁾											
EWA-Länder:							
Ausfuhr	2 126	1 999	2 172	2 207	2 328	2 406	2 730	...	2 327	2 613	...
Einfuhr	1 713	1 661	1 661	1 817	2 014	2 069	2 355	...	2 143	2 306	...
Saldo ²⁾	+ 413	+ 338	+ 511	+ 390	+ 314	+ 337	+ 375	...	+ 184	+ 307	...
Dollar-Länder:							
Ausfuhr	427	387	472	422	509	534	621	...	588	523	...
Einfuhr	614	679	591	572	635	671	734	...	698	670	...
Saldo ²⁾	- 187	- 292	- 119	- 150	- 126	- 137	- 113	...	- 110	- 147	...
Sonstige Länder:							
Ausfuhr	401	364	431	409	501	479	599	...	465	518	...
Einfuhr	243	265	224	240	270	289	322	...	259	283	...
Saldo ²⁾	+ 158	+ 99	+ 207	+ 169	+ 231	+ 190	+ 277	...	+ 206	+ 235	...
Austauschrelation (terms of trade)											
1954 = 100											
Durchschnittswerte der Ausfuereinheit	103,1	103,8	103,1	102,5	102,9	102,1	102,0	...	102,5	101,5	...
Durchschnittswerte der Einfuhreinheit	93,7	95,0	94,2	92,1	91,8	91,8	91,6	...	92,0	92,6	...
Austauschrelation ⁴⁾	110,0	109,3	109,5	111,3	112,1	111,2	111,3	...	111,5	109,6	...
Goldbestand und Auslandsforderungen⁵⁾ der Deutschen Bundesbank⁶⁾											
Stand am Ende des Berichtszeitraums											
Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+16 656	+18 446	+18 091	+16 656	+16 842	+16 397	+18 779	+19 465	+18 421	+18 738	+19 465
darunter:											
Goldbestand	+11 248	+11 248	+11 248	+11 248	+11 355	+11 009	+11 077	+11 214	+11 078	+11 140	+11 214
US-\$ (einschl. can. \$)	+ 5 766	+ 7 263	+ 6 995	+ 5 766	+ 5 661	+ 5 370	+ 7 278	+ 7 729	+ 6 862	+ 7 087	+ 7 729
Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)											
Insgesamt	+ 6 350	+ 6 647	+ 6 643	+ 6 350	+ 5 741	+ 5 521	+ 5 069	+ 4 747	+ 4 784	+ 4 756	+ 4 747
darunter:											
Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU	+ 4 121	+ 4 186	+ 4 182	+ 4 121	+ 3 813	+ 3 621	+ 3 159	+ 2 978	+ 2 997	+ 2 996	+ 2 978
Schuldverschreibungen der Weltbank	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 378	+ 1 496	+ 1 496	+ 1 391	+ 1 391	+ 1 391	+ 1 391
Zweckgebundene Guthaben bei ausländischen Banken und zweckgebundene Geldmarktanlagen	+ 707	+ 971	+ 963	+ 707	+ 441	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353
Konsolidierungskredite an ausländische Zentralbanken	+ 240	+ 245	+ 241	+ 240	+ 223	+ 188	+ 175	+ 143	+ 163	+ 143	+ 143
Zahlungsbilanz											
Monatsdurchschnitte bzw. Monate											
I. Saldo der Devisenbilanz ⁷⁾ (Überschuß: +)	- 981	- 856	- 359	- 1 728	- 141	- 222	+ 643	+ 121	- 643	+ 289	+ 718
II. Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz	- 965	- 1 269	+ 11	- 1 638	- 28	- 308	+ 798	+ 58	- 915	+ 264	+ 825
1. Laufende Posten	+ 404	+ 128	+ 831	+ 254	+ 365	+ 200	+ 574	+ 571	+ 353	+ 499	+ 860
davon: Waren- und Dienstleistungsverkehr	+ 619	+ 327	+ 954	+ 575	+ 568	+ 464	+ 771	+ 763	+ 536	+ 700	+ 1 052
Unentgeltliche Leistungen (eigene Leistungen: -)	- 215	- 199	- 123	- 321	- 203	- 264	- 197	- 192	- 183	- 201	- 192
2. Kapitalverkehr (eigene Leistungen: -)	- 1 369	- 1 397	- 820	- 1 892	- 393	- 508	+ 224	- 513	- 1 268	- 235	- 35
davon: Langfristig	- 447	- 288	- 282	- 770	- 330	- 360	- 121	- 236	- 276	- 255	- 177
Kurzfristig	- 922	- 1 109	- 538	- 1 122	- 63	- 148	+ 345	- 277	- 992	+ 20	+ 142
III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler ⁷⁾ (I./II.)	- 16	+ 413	- 370	- 90	- 113	+ 86	- 155	+ 63	+ 272	+ 25	- 107

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VII, Außenwirtschaft, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes.

¹⁾ Die Angaben dieser Tabelle beziehen sich vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) auf das Bundesgebiet einschl. Saarland und Berlin (West), für die Zeit bis zum 6. 7. 1959 dagegen auf das Bundesgebiet ohne Saarland, aber einschl. Berlin (West).

²⁾ Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätskurs angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

³⁾ Einschl. Schiffsbedarf usw. — ⁴⁾ Ausführüberschuß (+), Einfuhrüberschuß (-). — ⁵⁾ Einfuhr aus Einkaufsländern, Ausfuhr nach Käuferländern. — ⁶⁾ Durchschnittswerte der Ausfuereinheit in vH der Durchschnittswerte der Einfuhreinheit. — ⁷⁾ Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und Ausländer-DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen, abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — ⁸⁾ Veränderung des Goldbestandes sowie der Auslandsforderungen und -verpflichtungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Anm. 2)). — ⁹⁾ Hauptsächlich bedingt durch Veränderungen in den terms of payment. — ^{x)} Teilweise vorläufig.

Februar blieben sie praktisch unverändert und im März nahmen sie wieder um 270 Mio DM zu. Dieser Wiederanstieg muß nun allerdings nicht aus einem entsprechend hohen Zufluß von Auslandsgeld resultieren. Manche Anhaltspunkte sprechen vielmehr dafür, daß er mit Zahlungen im Zusammenhang steht, die aus dem inneren Geldkreislauf auf DM-Konten von Ausländern geleistet wurden und bis zum Stichtag der Devisenpositionsmeldung noch nicht ins Ausland transferiert worden waren. Zeitliche Differenzen zwischen den Einzahlungen auf DM-Ausländerkonten und dem effektiven Transfer dieser Gutschriften ins Ausland haben die Entwicklung der Auslandspassiva schon häufig in stärkerem Umfang beeinflußt, so zuletzt um die Jahreswende, als die Einlagen im Dezember stark stiegen (um 500 Mio DM) und im folgenden Monat, wie gesagt, wieder um 300 Mio DM zurückgingen.

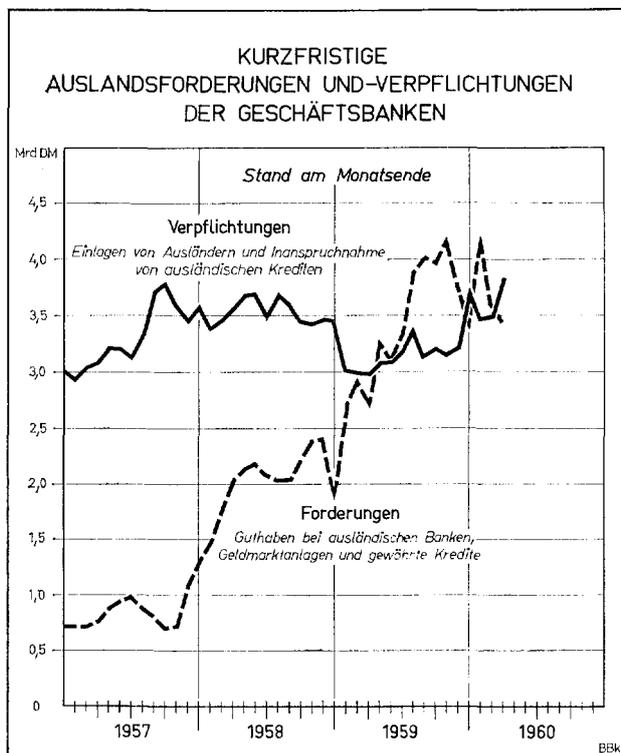
Auf der Seite der kurzfristigen Auslandsforderungen haben sich im ersten Quartal von 1960, bei gleichfalls starken Schwankungen von Monat zu Monat, keine größeren Veränderungen ergeben, da der Rückgang der Auslandsanlagen — um 160 Mio DM — weitgehend durch die gleichzeitige Ausdehnung der kurzfristigen Kredite kompensiert wurde.

Daß die Bilanz des gesamten kurzfristigen Kapitalverkehrs, wie aus der Tabelle „Wichtige Posten der Zahlungsbilanz“ zu ersehen ist, im ersten Vierteljahr von 1960 mit insgesamt 830 Mio DM passiv war, während sie im Vorvierteljahr einen Überschuß von reich-

Veränderungen in der Devisenposition der Geschäftsbanken¹⁾
in Mio DM

Positionen	1959			1960 1. Vj. P)
	Ins- gesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.	
A. Kurzfristige Auslandsforderungen (Zunahme: +)				
a) Guthaben bei ausländischen Banken	+ 537	+1 398	— 861	+ 262
b) Geldmarktanlagen	+ 718	+ 422	+ 296	— 422
Auslandsanlagen (Zunahme = Geldexport)	+1 255	+1 820	— 565	— 160
c) Kurzfristige Kredite	+ 54	+ 1	+ 53	+ 145
Kurzfristige Auslandsforderungen, insgesamt	+1 309	+1 821	— 512	— 15
B. Kurzfristige Auslandsverpflichtungen (Zunahme: +)				
a) Einlagen von ausländischen Banken	+ 229	— 139	+ 368	— 44
b) Einlagen von ausländischen Nichtbanken	+ 306	+ 195	+ 111	+ 12
Einlagen insgesamt	+ 535	+ 56	+ 479	— 32
c) Kurzfristige Kredite	— 255	— 304	+ 49	+ 131
Kurzfristige Auslandsverpflichtungen, insgesamt	+ 280	— 248	+ 528	+ 99
C. Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken (Verbesserung des Saldos zwischen Forderungen und Verpflichtungen: +, Verschlechterung: —²⁾)	+1 029	+2 069	—1 040	— 114

¹⁾ Nach Ausschaltung statistisch bedingter Zu- und Abgänge. — ²⁾ In der Zahlungsbilanz mit umgekehrtem Vorzeichen ausgewiesen; eine Verbesserung (bzw. Verschlechterung) der Devisenposition der Geschäftsbanken bedeutet eine unmittelbare oder mittelbare Abnahme (bzw. Zunahme) der zentralen Währungsreserven. — ³⁾ Vorläufig.



lich einer Milliarde DM aufgewiesen hatte, erklärt sich in erster Linie aus der Entwicklung der Vorauszahlungen des Bundes für die Einfuhr von Verteidigungsgütern, die praktisch eine Kreditgewährung an die Lieferländer darstellen. Diese Zahlungen beliefen sich in den Monaten Januar bis März auf annähernd eine Milliarde DM gegen nur wenig mehr als 100 Mio DM im vorangegangenen Quartal, jedoch nahezu 1,5 Mrd DM im Zeitraum Januar/März 1959.

Die Entwicklung des langfristigen Kapitalverkehrs war in der Berichtsperiode durch eine merkliche Belebung des Nettokapitalexports gekennzeichnet. Der Passivsaldo betrug im ersten Quartal 1960 gut 700 Mio DM gegen rd. 360 Mio DM im letzten Vierteljahr von 1959; er hat auch das bereits sehr hohe Niveau des ersten Quartals von 1959 wieder erreicht, wenn man dabei die im März 1959 erfolgte vorzeitige Rückzahlung von 630 Mio DM auf die Schulden aus der amerikanischen Nachkriegswirtschaftshilfe außer Betracht läßt. Ausschlaggebend für die verstärkte Passivierung war die Entwicklung der Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland. Die Käufe von ausländischen Wertpapier-

ren durch Inländer (Kapitalexport) haben sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres wieder beträchtlich erhöht, während gleichzeitig das ausländische Interesse am Erwerb deutscher Papiere, im ganzen genommen, stark nachgelassen hat. Wie der folgenden Zahlenübersicht zu entnehmen ist, betragen die Käufe von ausländischen Wertpapieren durch deutsche Investoren im ersten Vierteljahr von 1960 gut 360 Mio DM (netto) gegen rd. 140 Mio DM im vorangegangenen Quartal und ebenfalls 360 Mio DM im Vierteljahrsdurchschnitt von 1959. Das Interesse beschränkte sich dabei so gut wie vollständig auf die Übernahme von Dividenden-

papieren, und zwar vor allem auf Papiere niederländischer und amerikanischer Emittenten; die Käufe für deutsche Investmentfonds spielten dabei eine bedeutende Rolle.

Bei den Transaktionen in deutschen Wertpapieren fällt einmal der geringe Umfang der Nettokäufe auf und zum anderen der Wandel in der Zusammensetzung der Wertpapiertransaktionen nach festverzinslichen Papieren einerseits und Dividendenpapieren andererseits. Die Nettokäufe von inländischen Wertpapieren durch das Ausland betragen im ersten Quartal nur 20 Mio DM gegen etwas mehr als 160 Mio DM im vorangegangenen Quartal. Die Abschwächung erklärt sich hauptsächlich daraus, daß das Ausland seinen Besitz an deutschen Dividendenpapieren, den es im Jahre 1959 noch um mehr als 600 Mio DM erhöht hat, im ersten Quartal d. J. um 90 Mio DM verminderte. Gleichzeitig ist der Erwerb von festverzinslichen Werten auf 110 Mio DM gegen 50 Mio DM im Vorvierteljahr gestiegen, nachdem die Anlage in solchen Papieren in den ersten drei Quartalen von 1959 um 220 Mio DM abgebaut worden war. Worauf dies im einzelnen zurückzuführen ist, läßt sich nicht eindeutig feststellen. Es spricht einiges dafür, daß die seit Monaten praktisch stagnierenden Aktienkurse in Verbindung mit dem weiteren Anstieg der Rendite der festverzinslichen Werte eine Rolle für die Veränderungen in den Wertpapieranlagen der ausländischen Investoren gespielt haben.

Neben der Zunahme des Kapitalexports in der Form der Übernahme von ausländischen Wertpapieren, der vorwiegend Industrieländern zugute kommt, ist schließlich noch zu erwähnen, daß auch die aus den verschiedensten Quellen gespeiste Kapitalausfuhr in Entwicklungsländer nicht unerheblich zu dem Passivsaldo der Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs beigetragen hat. Von den im einzelnen statistisch erfaßten, hier in Frage kommenden Transaktionen seien lediglich die in der Berichtsperiode gewährten Kredite an Indien (40 Mio DM), an Chile (21 Mio DM) und an den Sudan (10 Mio DM) sowie die Einzahlungen des Bundes in Höhe von 29 Mio DM beim Internationalen Währungsfonds auf Grund von Ziehungen Argentiniens gesondert erwähnt. Neben diesen Leistungen, die vorwiegend von der öffentlichen Hand und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau erbracht wurden, trägt aber auch die deutsche Privatwirtschaft durch die längerfristige Kreditierung von Auslandsforderungen, die sich einer exakten Nachweisung entzieht, in wachsendem Umfang zur Finanzierung der Auslandsbezüge der Entwicklungsländer bei.

Wertpapiertransaktionen mit dem Ausland

in Mio DM

Positionen ¹⁾	1959			1960 1. Vj. ^{P)}
	Ins- gesamt	1. bis 3. Vj.	4. Vj.	
A. Transaktionen in ausländischen Wertpapieren				
1) Käufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	1 993	1 646	347	564
davon: a) Dividendenpapiere	(1 387)	(1 105)	(282)	(491)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(606)	(541)	(65)	(73)
2) Verkäufe von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	569	358	211	201
davon: a) Dividendenpapiere	(398)	(217)	(181)	(140)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(171)	(141)	(30)	(61)
Nettokäufe (—) von ausländischen Wertpapieren durch Inländer	—1 424	—1 288	— 136	— 363
davon: a) Dividendenpapiere	(— 989)	(— 888)	(— 101)	(— 351)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(— 435)	(— 400)	(— 35)	(— 12)
B. Transaktionen in inländischen Wertpapieren ²⁾				
1) Käufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	2 504	1 878	626	518
davon: a) Dividendenpapiere	(1 902)	(1 442)	(460)	(288)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(602)	(436)	(166)	(230)
2) Verkäufe von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	2 063	1 600	463	499
davon: a) Dividendenpapiere	(1 293)	(943)	(350)	(380)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(770)	(657)	(113)	(119)
Nettokäufe (+) bzw. -verkäufe (—) von inländischen Wertpapieren durch Ausländer	+ 441	+ 278	+ 163	+ 19
davon: a) Dividendenpapiere	(+ 609)	(+ 499)	(+ 110)	(— 92)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(— 168)	(— 221)	(+ 53)	(+ 111)
Saldo (A + B)	— 983	—1 010	+ 27	— 344
davon: a) Dividendenpapiere	(— 380)	(— 389)	(+ 9)	(— 443)
b) Festverzinsliche Wertpapiere	(— 603)	(— 621)	(+ 18)	(+ 99)

¹⁾ Dividendenpapiere einschl. Investmentzertifikate. — ²⁾ Einschl. deutscher Auslandsbonds. — ^{P)} Vorläufig.

Statistischer Teil

I. Bankenstatistische Gesamtrechnungen	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich der Deutschen Bundesbank	44
2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	46
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	48
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf	49
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	49
3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute	50
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten	50
5. Mindestreservenstatistik	51
B. Ausweis der Deutschen Bundesbank	52
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kredite an Nichtbanken und Kreditinstitute	54
2. Schatzwechsel- und Wertpapierbestände	60
3. Teilzahlungs- und Kleinkredite	62
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	63
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	63
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	63
7. Einlagen von Nichtbanken	64
8. Umsätze im Sparverkehr	66
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	67
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute	68
2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen	80
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	81
2. Die in den einzelnen Ländern geltenden Soll- und Habenzinsen	82
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	84
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	84
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	84
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung und Absatz von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	85
2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren	86
3. Umlauf an festverzinslichen Wertpapieren	87
4. Absatz und Umlauf von Aktien	88
5. Umlauf der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparerwertpapiere	88
6. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	88
7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	89
8. Zinssätze und Emissionskurse	89
9. Wertpapier-Absatz nach Käufergruppen	90
10. Investment-Gesellschaften	90
11. Renditen festverzinslicher Wertpapiere	92
12. Index der Aktienkurse und Aktienrendite	92
13. Index der Börsenumsätze	92
14. Durchschnittskurse tarifbesteuertester festverzinslicher Wertpapiere	93
15. Bausparkassen	94
16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen	95
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	96
2. Umlauf an öffentlichen Anleihen, verzinslichen Schatzanweisungen und Kassenobligationen	96
3. Umlauf an Schatzwechseln, unverzinslichen Schatzanweisungen und sonstigen Geldmarktpapieren	97
4. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	98
5. Die Verschuldung des Bundes	99
6. Die Verschuldung der Länder	99
7. Ausgleichsforderungen	100
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz nach Ländergruppen bzw. Ländern	101
2. Zur Entwicklung der Zahlungsbilanz	103
3. Goldbestand und Auslandsforderungen der Deutschen Bundesbank	104
4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland	104
5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	105
6. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU	105
VIII. Produktion und Märkte	
1. Index der industriellen Produktion	106
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	106
3. Arbeitsmarkt	107
4. Angaben über Steinkohlenbergbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft	107
5. Einzelhandelsumsätze	107
6. Großhandels- und Erzeugerpreise	108
7. Verbraucherpreise und Löhne	108
8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts	109
9. Masseneinkommen	109
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	110
X. Zinssätze im Ausland	
1. Diskontsätze	112
2. Geldmarktsätze	112

inschließlich der Deutschen Bundesbank *)

DM

Die Angaben dieser Tabelle wurden im Zusammenhang mit einer neuen Abgrenzung der „Auslandsaktiva“ und „-passiva“ einer Revision unterzogen...

Aktiva

Table with columns: banken, Deutsche Bundesbank, inländische öffentliche Stellen, inländische Wirtschaftsunternehmen und Private, Auslandsaktiva, Bestand, vorübergehend an öffentliche Stellen abgeben, in Form von Mobilisierungstiteln... Includes monthly data from Dec. 1951 to März 1960.

Passiva

Table with columns: Termineinlagen inländischer Nichtbanken, Bei inländischen Nichtbanken längerfristig aufgenommenen Gelder und Darlehen, inländische Wirtschaftsunternehmen und Private, Umlauf an Bankschuldschreibungen, Auslands-passiva, Kapital und Rücklagen gemäß § 11 KWG, Sonstige Passiva. Includes monthly data from Dec. 1951 to März 1960.

dahin die Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken gegenüber ausländischen Nichtbanken fast ausnahmslos zusammen mit den Forderungen und Verbindlichkeiten Bankensystems (inschließlich der Bundesbank) zugeordnet worden. Die Globalpositionen „Auslandsaktiva und -passiva“ umfassen neben den Forderungen und Verbindlichkeiten von Ausländern befindlichen Bargeldbestände sowie der Bestände an Bankschuldschreibungen in ausländischem Besitz...

2. Zur Entwicklung der Bankenliquidität und der
berechnet auf der Basis von Durchschnitten

Mio

Zeit	Mittelzuflüsse (+) bzw. -abflüsse (-) bei den Kreditinstituten auf Grund									
	Bargeld- umlauf	Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank *)								Netto- Devisen- ankäufe bzw. -verkäufe der Deutschen Bundesbank
		insgesamt	deutsche öffentliche Stellen *)				andere inländische Einleger *) (Wirtschafts- unter- nehmen und Private)	ausländische Einleger		
			insgesamt	Bund (ohne Sonder- vermögen), Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen *)			insgesamt	darunter Dienst- stellen ehemaliger Besatzungs- mächte	
				insgesamt	darunter ERP- Sonder- vermögen					
nach Jahren										
1957	-1 531	- 561	- 193	- 561	+ 368	+ 39	- 329	- 39	+ 46	+ 8 062
1958	-1 482	-2 081	-2 258	-1 816	+ 442	+ 201	+ 58	+ 119	+ 134	+ 5 503
1959	- 937	-2 877	-3 185	-3 249	+ 64	+ 71	+ 308	-	-	+ 3 388
nach Vierteljahren										
1957 1. Vi.	+ 584	- 838	- 863	-1 154	+ 291	+ 25	+ 39	- 14	- 19	+ 1 588
2. "	- 648	- 111	+ 55	- 4	+ 59	+ 27	- 22	- 144	- 151	+ 2 174
3. "	- 464	+ 167	+ 474	+ 576	- 102	- 58	- 13	+ 294	-	+ 3 812
4. "	-1 003	+ 221	+ 141	+ 21	+ 120	+ 45	- 333	+ 413	+ 394	+ 4 88
1958 1. Vi.	+ 316	- 903	- 886	- 878	- 8	- 80	- 2	- 15	- 0	+ 677
2. "	- 285	- 123	- 215	- 106	- 109	+ 2	- 3	+ 95	+ 108	+ 1 896
3. "	- 364	- 382	- 453	- 371	- 82	- 174	+ 2	+ 69	+ 44	+ 1 566
4. "	-1 149	- 673	- 704	- 461	- 243	+ 51	+ 61	- 30	- 18	+ 1 364
1959 1. Vi.	+ 491	-1 129	-1 170	-1 187	+ 17	- 189	+ 41	-	-	- 315
2. "	- 227	+ 196	+ 92	+ 134	- 42	- 83	+ 104	-	-	+ 521
3. "	- 210	-1 457	-1 560	-1 323	- 237	- 185	+ 103	-	-	+ 834
4. "	- 991	- 487	- 547	- 873	+ 326	+ 528	+ 60	-	-	+ 2 348
1960 1. Vi.	+ 572	-2 137	-2 297	-2 048	- 249	- 232	+ 160	-	-	+ 1 530
nach Monaten										
1957 Jan.	+ 935	- 368	- 370	- 680	+ 310	+ 10	- 14	+ 16	+ 14	+ 391
Febr.	- 98	- 127	- 187	- 97	+ 90	+ 15	+ 49	+ 11	+ 13	+ 529
März	- 253	- 343	- 306	- 377	+ 71	+ 20	+ 4	- 41	- 46	+ 668
April	- 448	+ 164	+ 210	+ 362	- 152	+ 5	- 23	- 23	- 12	+ 719
Mai	+ 26	+ 29	+ 38	- 150	+ 112	+ 12	+ 6	+ 61	+ 45	+ 713
Juni	- 226	- 304	- 117	- 216	+ 99	+ 10	- 5	- 182	- 184	+ 742
Juli	- 111	+ 211	+ 315	+ 408	- 93	- 14	+ 31	- 135	- 135	+ 824
Aug.	- 149	+ 555	+ 575	+ 545	+ 30	- 30	- 4	- 16	-	+ 1 405
Sept.	- 204	- 599	- 416	- 377	- 39	- 14	- 40	- 143	-	+ 1 583
Okt.	- 48	- 97	- 155	- 132	- 23	- 19	- 218	+ 276	+ 260	+ 663
Nov.	- 143	+ 279	+ 312	+ 150	+ 162	+ 48	- 124	+ 91	+ 75	- 9
Dez.	- 812	+ 39	- 16	+ 3	- 19	+ 16	+ 9	+ 46	+ 59	- 166
1958 Jan.	+ 793	- 420	- 401	- 338	- 63	- 55	- 16	- 3	- 58	+ 107
Febr.	- 101	+ 57	+ 80	+ 132	- 52	- 1	+ 20	- 43	+ 5	+ 240
März	- 376	- 540	- 565	- 672	+ 107	- 24	- 6	+ 31	+ 53	+ 330
April	- 119	+ 718	+ 581	+ 611	- 30	- 22	+ 19	+ 118	+ 111	+ 490
Mai	- 104	+ 38	+ 39	+ 103	- 64	+ 48	- 11	+ 10	+ 17	+ 631
Juni	- 62	- 879	- 835	- 820	- 15	- 24	- 11	- 33	- 20	+ 775
Juli	- 170	+ 24	- 29	+ 66	- 95	- 213	+ 7	+ 46	+ 24	+ 567
Aug.	- 93	+ 200	+ 187	+ 201	- 14	+ 26	+ 0	+ 13	+ 1	+ 620
Sept.	- 101	- 606	- 611	- 638	+ 27	+ 13	- 5	+ 10	+ 19	+ 379
Okt.	- 94	- 64	- 97	- 106	+ 9	- 30	+ 19	+ 14	- 0	+ 522
Nov.	- 288	- 59	- 55	+ 6	- 61	+ 29	+ 25	- 29	- 21	+ 388
Dez.	- 767	- 550	- 552	- 361	- 191	+ 52	+ 17	- 15	+ 3	+ 454
1959 Jan.	+ 959	- 840	- 860	- 890	+ 30	- 276	+ 20	-	-	- 488
Febr.	+ 52	- 332	- 336	- 112	+ 224	+ 38	+ 4	-	-	- 75
März	- 520	+ 43	+ 26	- 185	+ 211	+ 49	+ 17	-	-	+ 248
April	+ 125	+ 903	+ 859	+ 835	+ 24	- 100	+ 44	-	-	- 54
Mai	- 368	- 212	- 246	- 179	- 67	+ 44	+ 34	-	-	+ 381
Juni	+ 16	- 495	- 521	- 522	+ 1	- 27	+ 26	-	-	+ 194
Juli*)	- 252	- 414	- 449	- 193	- 256	- 239	+ 35	-	-	+ 553
Aug.	+ 9	- 42	- 69	- 112	+ 43	+ 46	+ 27	-	-	- 104
Sept.	+ 33	-1 001	-1 042	-1 018	- 24	+ 8	+ 41	-	-	+ 385
Okt.	- 108	- 208	- 239	- 480	+ 241	+ 198	+ 31	-	-	+ 453
Nov.	- 63	- 25	- 55	- 90	+ 35	+ 172	+ 30	-	-	+ 809
Dez.	- 820	- 254	- 253	- 303	+ 50	+ 158	- 1	-	-	+ 1 086
1960 Jan.	+ 845	-1 181	-1 255	-1 049	- 206	- 257	+ 74	-	-	- 153
Febr.	+ 97	- 82	- 122	- 114	- 8	- 29	+ 40	-	-	+ 309
März	- 370	- 874	- 920	- 885	- 35	+ 54	+ 46	-	-	+ 1 374

*) Seit Oktober 1959 werden in dieser Übersicht die bis dahin getrennt ausgewiesenen Zentralbankeinlagen von Nichtbanken einerseits und die Zentralbankkredite an Nicht-Positionen ergab sich daraus, daß nicht immer zu unterscheiden ist, ob die Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte, die bei der Berechnung der Liquiditäts- der Bundesbank geleistet wurden. Zur Sonderbehandlung der Auslandszahlungen der zentralen öffentlichen Haushalte vgl. die Bemerkungen im Monatsbericht für Januar 1957 sondern auf Durchschnitte aus den vier Bankwochenstichtagen der einzelnen Monate basiert, da die Erfahrung gezeigt hat, daß diese die Liquiditätsveränderungen besser bzw. Jahresschlußmonate. — *) Die Veränderungen der betreffenden Positionen sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Mittelzufluß (+) bzw. -abfluß (-) *) Saldo aus Guthaben und aufgenommenen Kassenkrediten (ohne die im Rahmen der Offenmarktoperationen angekauften Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisung-reservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter, da sich diese seit der Einführung der fakultativen zentralen Mindestreserverhaltung am unternehmen und Privaten. — *) Schwebende Verrechnungen; Sonderkredite an den Bund für Beteiligung an internationalen Einrichtungen sowie Positionen, die den vorge-papiere. — *) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreservenguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. dazu Anm. 4). — *) Ab Juli 1959 einschl.

Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute^{x)}aus den vier Bankwochenstichtagen der Monate^{o)}

DM

Das Gliederungsschema dieser Tabelle sowie die Berechnungsbasis der in ihr enthaltenen Zahlen wurden geändert; die Angaben sind daher mit den vor Oktober 1959 veröffentlichten Zahlen nur bedingt vergleichbar. Nähere Erläuterungen enthält die Anmerkung zur Tabellenüberschrift.

Sonstige Faktoren, netto ^{o)}			Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe der Deutschen Bundesbank			Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank		Zentralbankkredite an Kreditinstitute (Refinanzierungskredite)		zum Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank im Durchschnitt des Zeitraums ^{o)}	Zeit
insgesamt	darunter Zentralbankkredite an Kreditanstalt für Wiederaufbau	Gesamtwirkung der vorgenannten Faktoren auf die Bankenliquidität	insgesamt	Geldmarkttitel des Bundes aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen der Bbk. (Mobilisierungstitel)	sonstige Titel ⁷⁾	gesamt ^{o)}	zum Vergleich: Veränderung des Mindestreserve-Solls	Veränderung	Stand im Durchschnitt des Zeitraums		
nach Jahren											
+ 22	- 17	+ 5 992	- 3 119	- 3 352	+ 233	+ 1 694	+ 1 757	- 1 179	1 999,0	5 309,1	1957
+ 423	- 14	+ 2 363	- 809	- 581	- 228	+ 927	+ 964	- 627	1 187,9	6 471,0	1958
+ 40	- 17	- 386	+ 1 437	+ 1 412	+ 25	+ 1 344	+ 1 089	+ 293	971,8	7 239,2	1959
nach Vierteljahren											
+ 5	- 27	+ 1 339	- 1 080	- 1 109	+ 29	- 212	+ 143	- 471	2 225,6	4 436,2	1. Vi. 1957
- 103	+ 3	+ 1 312	- 920	- 889	- 31	+ 851	+ 882	+ 459	2 498,3	5 026,1	2. "
+ 100	+ 5	+ 3 615	- 1 869	- 1 858	- 11	+ 581	+ 639	- 1 165	1 892,0	5 605,6	3. "
+ 20	+ 2	- 274	+ 750	+ 504	+ 246	+ 474	+ 93	- 2	1 380,2	6 168,4	4. "
+ 225	- 16	+ 315	- 611	- 570	- 41	- 211	+ 199	+ 85	1 412,6	6 170,4	1. Vi. 1958
+ 204	- 4	+ 1 692	- 1 190	- 1 153	- 37	+ 327	+ 275	- 175	1 395,9	6 324,3	2. "
- 31	+ 4	+ 789	- 295	- 299	+ 4	+ 68	+ 224	- 426	1 111,1	6 460,5	3. "
+ 25	+ 2	- 433	+ 1 287	+ 1 441	- 154	+ 743	+ 266	- 111	831,9	6 928,9	4. "
+ 155	- 7	- 798	+ 674	+ 679	- 5	- 82	+ 185	+ 42	883,0	6 899,3	1. Vi. 1959
+ 38	- 5	+ 528	- 445	- 571	+ 126	- 19	+ 36	- 102	806,2	7 027,0	2. "
- 107	- 8	- 940	+ 644	+ 672	- 28	- 17	- 116	+ 279	869,5	7 068,8	3. "
- 46	+ 3	+ 824	+ 564	+ 632	- 68	+ 1 462	+ 984	+ 74	1 328,5	7 961,5	4. "
+ 33	+ 3	- 2	+ 824	+ 686	+ 138	+ 2 026	+ 2 501	+ 1 204	1 827,1	9 499,9	1. Vi. 1960
nach Monaten											
- 106	- 27	+ 852	- 733	- 707	- 26	- 313	+ 117	- 432	2 322,0	4 365,4	Jan. 1957
+ 213	- 2	+ 517	- 200	- 288	+ 88	+ 58	- 12	- 259	2 068,5	4 444,8	Febr.
- 102	+ 2	- 30	- 147	- 114	- 33	+ 43	+ 38	+ 220	2 286,4	4 498,5	März
- 107	+ 8	+ 328	- 369	- 320	- 49	- 31	+ 88	+ 10	2 287,9	4 446,3	April
+ 64	+ 12	+ 832	- 230	- 279	+ 49	+ 779	+ 719	+ 177	2 471,1	5 257,4	Mai
- 60	- 17	+ 152	- 321	- 290	- 31	+ 103	+ 75	+ 272	2 735,9	5 374,6	Juni
- 6	- 2	+ 918	- 631	- 608	- 23	- 84	+ 64	- 371	2 351,8	5 290,6	Juli
+ 40	- 4	+ 1 851	- 990	- 971	- 19	+ 277	+ 139	- 584	1 767,2	5 569,1	Aug.
+ 66	+ 11	+ 846	- 248	- 279	+ 31	+ 388	+ 436	- 210	1 557,0	5 957,2	Sept.
- 30	- 17	+ 488	- 236	- 256	+ 20	+ 105	+ 97	- 147	1 410,0	6 061,7	Okt.
+ 29	- 3	+ 156	+ 30	- 65	+ 95	- 49	- 24	- 235	1 175,1	6 012,9	Nov.
+ 21	+ 22	- 918	+ 956	+ 825	+ 131	+ 418	+ 20	+ 380	1 555,4	6 430,7	Dez.
+ 110	- 28	+ 590	- 657	- 438	- 219	- 298	+ 195	- 231	1 324,5	6 132,6	Jan. 1958
+ 149	+ 10	+ 345	- 268	- 267	- 1	+ 26	- 19	- 51	1 273,2	6 158,5	Febr.
- 34	+ 2	- 620	+ 314	+ 135	+ 179	+ 61	+ 23	+ 367	1 640,2	6 220,0	März
+ 27	- 11	+ 1 116	- 768	- 687	- 81	+ 107	+ 118	- 241	1 399,2	6 326,9	April
+ 151	+ 1	+ 716	- 509	- 412	- 97	+ 131	+ 82	- 76	1 323,4	6 278,5	Mai
+ 26	+ 6	- 140	+ 87	- 54	+ 141	+ 89	+ 75	+ 142	1 465,1	6 367,4	Juni
- 74	+ 17	+ 347	- 160	- 54	- 106	+ 30	+ 66	- 157	1 308,6	6 397,6	Juli
+ 88	- 5	+ 815	- 340	- 387	+ 47	+ 151	+ 110	- 324	984,7	6 548,4	Aug.
- 45	- 8	- 373	+ 205	+ 142	+ 63	- 113	+ 48	+ 55	1 040,1	6 435,4	Sept.
- 3	- 8	+ 361	+ 137	+ 229	- 92	+ 252	+ 108	- 246	794,0	6 687,8	Okt.
+ 128	- 3	+ 169	+ 84	+ 176	- 92	+ 233	+ 96	- 20	773,5	6 920,5	Nov.
- 100	+ 13	- 963	+ 1 066	+ 1 036	+ 30	+ 258	+ 62	+ 155	928,1	7 178,3	Dez.
- 78	- 24	- 447	+ 171	+ 247	- 76	- 364	+ 147	- 88	840,7	6 814,5	Jan. 1959
+ 73	+ 7	- 282	+ 257	+ 274	- 17	- 28	+ 1	- 3	837,9	6 786,9	Febr.
+ 160	+ 10	- 69	+ 246	+ 158	+ 88	+ 310	+ 37	+ 133	970,4	7 096,4	März
+ 18	- 3	+ 992	- 958	- 912	- 46	- 230	- 173	- 264	706,3	6 865,8	April
+ 4	- 10	- 195	+ 330	+ 212	+ 118	+ 273	+ 131	+ 138	844,2	7 138,3	Mai
+ 16	+ 8	- 269	+ 183	+ 129	+ 54	- 62	+ 78	+ 24	868,2	7 076,8	Juni
- 111	- 3	- 224	+ 427	+ 508	- 81	+ 71	+ 49	- 132	765,7	7 170,2	Juli ^{o)}
+ 76	+ 7	- 61	+ 55	+ 24	- 79	- 215	- 242	- 99	666,4	6 954,7	Aug.
- 72	- 12	- 655	+ 272	+ 140	+ 132	+ 127	+ 77	+ 510	1 176,4	7 081,6	Sept.
+ 22	+ 9	+ 159	- 109	- 67	- 42	+ 176	+ 106	+ 126	1 302,1	7 257,3	Okt.
+ 114	- 2	+ 835	- 138	- 256	+ 118	+ 828	+ 830	+ 131	1 433,0	8 084,7	Nov.
- 182	- 4	- 170	+ 811	+ 955	- 144	+ 458	+ 48	- 183	1 250,3	8 542,6	Dez.
+ 93	- 3	- 396	+ 516	+ 666	- 150	+ 333	+ 956	+ 213	1 463,7	8 875,6	Jan. 1960
+ 80	- 1	+ 404	- 322	- 322	- 0	+ 180	+ 28	+ 98	1 562,3	9 055,7	Febr.
- 140	+ 7	- 10	+ 630	+ 342	+ 288	+ 513	+ 517	+ 893	2 455,2	10 568,5	März

banken andererseits zu einer „Netto-Position inländischer Nichtbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank“ zusammengefaßt. Die Notwendigkeit einer Saldierung beider Ströme von den übrigen Zahlungen der betreffenden Haushalte getrennt werden müssen, zu Lasten von Zentralbankguthaben oder durch Inanspruchnahme von Kassenkrediten S. 8. — Im übrigen wurden die in der Tabelle wiedergegebenen Veränderungszahlen nicht mehr, wie bisher, anhand von Monatsendständen der einzelnen Positionen ermittelt, widerspiegeln als die oft Zufallsschwankungen unterliegenden Monatsendstände. —^{o)} Bei längeren Zeiträumen: Durchschnitte aus den vier Bankwochenstichtagen der Quartals für die Kreditinstitute verbunden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank. —¹⁾ gen sowie ohne Ankaufszusagen für Schatzwechsel). —²⁾ Bis Juli 1957 einschl. der in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben. —³⁾ Ab Mai 1958 einschl. der Mindest-1. Mai 1958 von den übrigen Zentralbankeinlagen der Bundespost nicht mehr trennen lassen. —⁴⁾ Bis Ende Juni 1958 einschl. der Einlagen von ausländischen Wirtschaftsnannten Faktoren nicht eindeutig zugerechnet werden können. —⁵⁾ Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, Vorratsstellenwechsel und Privatdiskonten sowie Wert-Saarland; die durch die Eingliederung bedingten Veränderungen wurden ausgeschaltet.

3. Zentralbankkredite an Kreditinstitute*)

Mio DM

Zeit	Kreditinstitute (ohne KfW) *)				Kreditanstalt für Wiederaufbau		
	insgesamt 1)	Wechsel- kredite 2)	Lombard- kredite	vorübergehend angekaufte Ausgleichs- forderungen 3)	insgesamt	Kassen- kredite	Wertpapiere
1950 Dez.	5 201,9	4 235,4	360,6	605,9	368,7	368,7	—
1951 -	5 717,5	4 757,2	290,8	669,5	454,0	454,0	—
1952 -	4 128,4	3 389,0	253,5	485,9	468,4	268,5	199,9
1953 -	3 351,1	2 739,1	245,2	366,8	225,6	202,6	23,0
1954 -	3 339,0	2 837,7	265,1	236,2	207,3	195,2	12,1
1955 -	4 683,0	4 130,9	340,5	211,6	145,0	139,5	5,5
1956 -	3 127,1	2 723,7	220,7	182,7	58,6	46,6	12,0
1957 -	1 676,6	1 463,0	52,8	160,8	67,8	66,8	1,0
1958 -	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 -	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1958 Jan.	1 328,3	1 139,6	28,9	159,8	10,2	10,2	—
Febr.	1 257,9	1 016,1	82,2	159,6	37,9	37,9	—
März	1 509,2	1 324,7	30,0	154,5	25,1	25,1	—
April	1 451,2	1 242,4	56,5	152,3	12,8	12,8	—
Mai	1 144,4	969,7	23,5	151,2	13,2	13,2	—
Juni	1 594,7	1 397,9	46,5	150,3	12,4	12,4	—
Juli	1 086,5	914,3	23,0	149,2	24,6	24,6	—
Aug.	1 110,8	941,8	20,8	148,2	33,0	33,0	—
Sept.	865,7	701,2	22,4	142,1	30,9	30,9	—
Okt.	708,1	543,8	24,3	140,0	16,2	16,2	—
Nov.	969,9	805,2	25,8	138,9	10,8	10,8	—
Dez.	960,3	769,6	63,9	126,8	3,8	3,8	—
1959 Jan.	990,6	860,7	23,7	106,2	0,2	0,2	—
Febr.	820,2	635,4	78,7	106,1	15,1	15,1	—
März	701,0	563,9	31,0	106,1	19,4	19,4	—
April	769,3	634,4	29,0	105,9	26,4	26,4	—
Mai	915,0	785,7	23,4	105,9	9,6	9,6	—
Juni	812,8	677,3	31,7	103,8	0,3	0,3	—
Juli *)	640,7	522,1	14,8	103,8	12,0	12,0	—
Aug.	682,2	555,6	22,9	103,7	21,3	21,3	—
Sept.	1 352,4	1 223,9	25,7	102,8	0,1	0,1	—
Okt.	1 182,3	1 061,3	18,3	102,7	23,0	23,0	—
Nov.	1 284,1	1 153,1	28,3	102,7	13,2	13,2	—
Dez.	1 285,7	949,2	234,4	102,1	20,3	20,3	—
1960 Jan.	1 626,6	1 495,7	28,8	102,1	2,7	2,7	—
Febr.	1 456,6	1 319,4	45,0	92,2	3,1	3,1	—
März	2 110,4	1 988,0	31,2	91,2	13,2	13,2	—

*) Ab Juli 1959 einschließlich Zentralbankkredite an saarländische Kreditinstitute. — 1) Einschließlich angekaufter Auslandswechsel und Exporttratten, aber ohne auf dem offenen Markt angekaufte Geldmarkttitel. — 2) Mit Rückkaufverpflichtung der Kreditinstitute.

4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten*)

Mio DM

Zeit	Nichtbanken								Kredit- institute 3) *)
	insgesamt		öffentliche Stellen 1)		ERP- Sonder- vermögen 1) 2)	Dienst- stellen der ehem. Besatzungs- mächte 7)	sonstige Einleger 8)		
	mit zeitweilig in Ausgleichsfor- derungen angelegte(n) Beträge(n) 4)	ohne	Bund (ohne Sonder- vermögen) Länder und Lasten- ausgleichs- behörden	sonstige öffentliche Stellen 5)					
1950 Dez.	3 693,3	3 446,0	594,3	396,7	965,0	907,6	829,7	1 887,7	
1951 -	3 997,3	2 990,0	1 191,8	223,0	1 312,8	997,3	272,4	2 675,0	
1952 -	3 957,8	2 194,1	1 906,1	207,2	825,9	753,4	265,2	2 922,6	
1953 -	4 935,3	1 704,2	3 181,4	373,2	496,7	639,3	244,7	3 286,9	
1954 -	6 266,5	1 529,9	4 684,7	400,6	352,8	523,4	305,0	4 005,9	
1955 -	7 003,5	3 420,7	5 949,7	274,3	272,2	265,5	241,8	4 502,2	
1956 -	7 682,3	4 459,3	6 711,8	339,8	192,5	143,8	294,4	5 258,5	
1957 -	5 097,3	4 017,1	4 017,1	431,4	167,8	140,6	340,4	7 108,9	
1958 -	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1	
1959 -	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8	
1958 Jan.	5 146,3	4 170,3	4 170,3	271,0	190,2	70,8	444,0	5 453,4	
Febr.	4 671,3	3 702,2	3 702,2	205,8	218,1	146,3	398,9	5 438,4	
März	4 669,5	3 660,8	3 660,8	235,9	299,2	114,4	359,2	5 814,7	
April	3 966,9	3 307,4	3 307,4	32,8	248,5	92,5	285,7	5 921,2	
Mai	4 397,1	3 265,5	3 265,5	488,0	206,1	54,9	382,6	5 455,3	
Juni	5 220,0	3 870,3	3 870,3	603,9	326,7	70,5	348,6	5 989,5	
Juli	4 644,4	3 371,2	3 371,2	516,9	422,7	49,1	284,5	5 785,6	
Aug.	4 449,6	3 035,7	3 035,7	627,8	410,7	57,8	317,6	6 107,3	
Sept.	5 000,4	3 631,6	3 631,6	567,0	450,2	42,8	308,8	5 773,6	
Okt.	4 681,9	3 489,2	3 489,2	432,2	417,7	58,1	284,7	5 609,7	
Nov.	4 704,8	3 401,4	3 401,4	505,2	396,6	61,0	340,6	6 590,2	
Dez.	4 968,2	3 614,0	3 614,0	610,3	361,2	46,8	335,9	8 243,1	
1959 Jan.	5 279,1	4 224,4	4 224,4	251,6	612,4	— 7)	190,7	6 289,1	
Febr.	5 087,3	3 971,4	3 971,4	339,9	580,4	—	195,6	6 160,9	
März	3 088,8	1 550,8	1 550,8	735,9	585,4	—	216,7	6 310,6	
April	1 876,7	784,3	784,3	287,9	619,8	—	184,7	6 032,6	
Mai	2 835,7	1 300,6	1 300,6	749,6	582,4	—	203,1	6 691,8	
Juni	2 918,8	1 345,2	1 345,2	571,7	780,1	—	221,8	6 599,5	
Juli *)	2 501,0	831,4	831,4	606,2	850,9	—	212,5	6 261,6	
Aug.	2 382,7	736,1	736,1	622,0	805,9	—	218,7	6 380,3	
Sept.	2 887,0	1 225,9	1 225,9	676,9	767,1	—	217,1	6 459,2	
Okt.	2 046,9	1 031,8	1 031,8	280,9	516,6	—	217,6	6 204,4	
Nov.	2 391,8	954,2	954,2	818,0	388,8	—	230,8	7 519,0	
Dez.	2 260,8	1 161,3	1 161,3	677,3	200,4	—	221,8	9 343,8	
1960 Jan.	3 282,1	1 840,8	1 840,8	620,2	609,5	—	211,6	7 895,7	
Febr.	3 143,5	1 506,0	1 506,0	870,1	549,7	—	217,7	8 395,9	
März	3 411,0	1 752,9	1 752,9	864,4	569,0	—	224,7	9 428,1	

*) Ab Juli 1959 einschließlich der bei der Landeszentralbank im Saarland unterhaltenen Einlagen. — 1) Einschließlich der zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Beträge. — 2) Bis 31. Juli 1957 nur „Gegenwertmittel“. — 3) Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter. — 4) Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank am 1. August 1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen. — 5) Ab Mai 1958 einschließlich der Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 6) in Tab. I, 2. — 6) Ab Mai 1958 ohne die Mindestreserveguthaben der Bundespost für die Postscheck- und Postsparkassenämter; vgl. Anm. 5) in Tab. I, 2. — 7) Ab Januar 1959 dem „Auslandsgeschäft“ zugerechnet. — 8) Die bis Dezember 1958 hierin enthaltenen sonstigen ausländischen Einleger werden nunmehr im „Auslandsgeschäft“ erfaßt.

und Kreditinstitute *)
Wertpapierbestände *)
DM

Nichtbanken entfallen auf						Kredite an Kreditinstitute							Monats- ende
und Private		Öffentliche Stellen				Kurzfristige Kredite					Mittel- fristige Kredite ³⁾	Lang- fristige Kredite ⁴⁾	
Mittel- fristige Kredite ²⁾	Lang- fristige Kredite ¹⁾	Kurzfristige Kredite			Mittel- fristige Kredite ³⁾	Lang- fristige Kredite ⁴⁾	insgesamt	Debitoren		Wechsel- kredite			
		insgesamt	Debitoren (Kassen- kredite)	Wechsel- kredite (ohne Schatz- wechsel)				insgesamt	darunter Akzept- kredite				
Girozentralen													
465.0	3 883.7	34.6	28.1	6.5	142.4	2 363.9	790.8	261.3	2.1	529.5	77.8	862.7	Dez. 1955
513.3	4 269.0 ⁸⁾	36.7	30.1	6.6	166.0	2 790.1 ⁸⁾	546.8	219.5	—	327.3	66.3	928.7 ⁸⁾	Dez. 1956
624.6	5 169.8	39.9	33.4	6.5	215.5	3 286.9	318.4	129.8	0.6	188.6	76.6	1 114.9	Dez. 1957
733.4	6 395.3	40.7	35.7	5.0	165.3	4 144.9	377.6	130.7	0.1	246.9	143.7	1 222.1	Dez. 1958
965.7	7 395.5	26.4	21.7	4.7	176.9	4 613.2	445.3	159.0	0.0	286.3	145.3	1 413.6	Nov. 1959
1 028.2	7 412.5	30.5	26.1	4.4	179.3	4 655.3	563.8	144.5	0.1	419.3	140.0	1 402.8	Dez. 1959
1 029.9	7 554.8	30.5	26.1	4.4	179.3	4 748.8	563.8	144.5	0.1	419.3	157.7	1 416.4	Dez. 1959
1 024.0	7 640.1	41.7	37.0	4.7	187.3	4 807.1	532.7	146.1	0.0	386.6	138.4	1 432.2	Jan. 1960
1 011.8	7 718.5	29.0	22.9	6.1	195.3	4 815.5	493.5	138.0	0.0	355.5	137.0	1 420.0	Febr.
Sparkassen													
1 385.6	7 928.7	68.9	62.8	6.1	137.5	1 351.2	90.8	15.6	—	75.2	41.3	300.5	Dez. 1955
1 403.1	9 654.5	108.4	103.0	5.4	173.6	1 811.9	94.2	18.6	—	75.6	35.3	319.7	Dez. 1956
1 470.7	10 984.6	80.6	74.9	5.7	341.0	2 143.9	110.1	18.1	—	92.0	40.7	426.7	Dez. 1957
1 548.1	12 820.9	75.9	70.8	5.1	363.4	2 763.6	156.2	25.0	—	131.2	34.6	653.7	Dez. 1958
1 923.0	15 433.6	54.7	50.7	4.0	380.9	3 386.1	203.9	28.3	—	175.6	44.4	908.8	Nov. 1959
1 958.9	15 784.2	67.7	63.2	4.5	387.1	3 479.4	201.2	31.3	—	169.9	43.3	909.2	Dez. 1959
2 000.3	16 381.4	67.8	63.3	4.5	387.6	3 549.6	201.2	31.3	—	169.9	43.3	909.3	Dez. 1959
1 998.2	16 564.6	62.1	57.8	4.3	409.1	3 606.3	195.0	31.7	—	163.3	49.5	908.9	Jan. 1960
2 015.7	16 788.9	52.6	48.2	4.4	391.1	3 668.8	186.5	31.4	0.1	155.1	49.4	917.8	Febr.
Zentralkassen +)													
30.2	164.2	0.4	0.4	—	0.8	0.5	588.0	306.4	7.3	281.6	45.2	344.2	Dez. 1955
28.4	197.6	1.1	1.1	—	0.1	0.5	561.4	309.8	7.3	251.6	39.8	424.5	Dez. 1956
53.3	220.2	0.9	0.9	—	0.6	0.9	420.6	231.8	0.2	188.8	36.5	146.0	Dez. 1957
51.5	252.8	1.8	1.8	—	0.6	0.9	336.2	200.8	—	135.4	28.7	673.0	Dez. 1958
80.1	304.8	1.8	1.8	—	0.3	0.9	330.8	198.7	—	132.1	27.2	784.1	Nov. 1959
76.8	300.0	1.8	1.8	0.0	0.3	0.9	372.1	240.7	—	131.4	26.1	783.4	Dez. 1959
76.9	392.6	1.8	1.8	0.0	0.3	0.9	374.3	240.9	—	133.4	26.2	785.2	Dez. 1959
75.4	390.5	1.5	1.5	0.0	0.3	0.9	389.7	226.1	—	163.6	29.4	803.2	Jan. 1960
78.9	396.2	0.7	0.7	0.0	0.3	0.7	403.5	236.0	0.1	167.5	28.0	817.4	Febr.
Gewerbliche Zentralkassen													
8.6	8.7	0.2	0.2	—	—	0.1	307.7	125.4	—	182.3	7.5	163.2	Dez. 1955
12.1	12.1	0.5	0.5	—	0.1	0.0	279.5	124.0	—	155.5	8.8	198.4	Dez. 1956
15.7	13.0	0.4	0.4	—	0.6	0.1	227.3	110.3	—	117.0	3.3	241.3	Dez. 1957
10.7	18.9	0.5	0.5	—	0.5	0.1	162.7	88.3	—	74.4	3.3	286.2	Dez. 1958
10.5	21.4	0.6	0.6	—	0.2	0.1	175.3	90.4	—	84.9	2.0	332.0	Nov. 1959
13.4	21.5	0.6	0.6	0.0	0.2	0.1	187.2	108.3	—	78.9	2.4	332.1	Dez. 1959
10.0	21.7	0.6	0.6	0.0	0.2	0.1	205.8	99.6	—	106.2	2.8	337.6	Jan. 1960
12.8	22.1	0.6	0.6	0.0	0.2	0.1	212.6	107.4	—	105.2	3.0	343.2	Febr.
Ländliche Zentralkassen													
21.6	155.4	0.2	0.2	—	0.8	0.4	280.3	181.0	7.3	99.3	37.7	182.1	Dez. 1955
16.3	185.5	0.6	0.6	—	0.8	0.5	281.9	185.8	7.3	96.1	31.0	226.1	Dez. 1956
37.6	207.2	0.5	0.5	—	0.0	0.8	193.3	121.5	0.2	71.8	33.2	304.7	Dez. 1957
40.8	233.9	1.3	1.3	—	0.1	0.8	173.5	112.5	—	61.0	25.4	386.8	Dez. 1958
69.6	283.4	1.2	1.2	—	0.1	0.8	155.5	108.3	—	47.2	25.2	452.1	Nov. 1959
63.4	278.5	1.2	1.2	—	0.1	0.8	184.9	132.4	—	52.5	23.7	451.3	Dez. 1959
63.5	371.1	1.2	1.2	—	0.1	0.8	187.1	132.6	—	54.5	23.8	453.1	Dez. 1959
65.4	368.8	0.9	0.9	—	0.1	0.8	183.9	126.5	—	57.4	26.6	465.6	Jan. 1960
66.1	374.1	0.1	0.1	—	0.1	0.6	190.9	128.6	0.1	62.3	25.0	474.2	Febr.
Kreditgenossenschaften +)													
424.0	875.4	2.1	1.5	0.6	4.2	21.7	21.5	5.0	—	16.5	2.5	0.3	Dez. 1955
462.7	1 085.9	3.2	2.5	0.7	3.6	38.3	8.2	5.5	—	2.7	3.5	0.5	Dez. 1956
493.5	1 336.6	4.5	3.6	0.9	9.3	48.2	9.3	6.8	—	2.5	1.3	1.2	Dez. 1957
561.7	1 637.1	5.1	4.2	0.9	11.5	62.7	12.9	8.8	—	4.1	1.0	1.4	Dez. 1958
719.6	2 067.9	5.3	4.5	0.8	8.2	71.1	12.4	6.7	—	5.7	0.6	2.4	Nov. 1959
737.3	2 106.4	5.2	4.5	0.7	8.2	71.5	13.9	7.4	—	6.5	0.6	2.4	Dez. 1959
789.9	2 132.3	5.3	4.6	0.7	8.2	71.6	14.0	7.4	—	6.6	0.6	2.4	Dez. 1959
792.2	2 175.5	5.4	4.6	0.8	8.2	72.3	13.9	7.6	—	6.3	0.6	2.4	Jan. 1960
802.1	2 217.4	5.0	4.2	0.8	10.2	71.6	13.5	7.4	—	6.1	0.6	2.4	Febr.
Gewerbliche Kreditgenossenschaften													
214.5	525.2	2.1	1.5	0.6	4.2	21.7	21.5	5.0	—	16.5	2.5	0.3	Dez. 1955
237.5	640.9	3.2	2.5	0.7	3.6	38.3	8.2	5.5	—	2.7	3.5	0.5	Dez. 1956
255.7	750.1	4.5	3.6	0.9	9.3	48.2	9.3	6.8	—	2.5	1.3	1.2	Dez. 1957
296.8	891.9	5.1	4.2	0.9	11.5	62.7	12.9	8.8	—	4.1	1.0	1.4	Dez. 1958
393.3	1 115.6	5.3	4.5	0.8	8.2	71.1	12.4	6.7	—	5.7	0.6	2.4	Nov. 1959
405.0	1 137.8	5.2	4.5	0.7	8.2	71.5	13.9	7.4	—	6.5	0.6	2.4	Dez. 1959
435.9	1 156.4	5.3	4.6	0.7	8.2	71.6	14.0	7.4	—	6.6	0.6	2.4	Dez. 1959
436.8	1 180.1	5.4	4.6	0.8	8.2	72.3	13.9	7.6	—	6.3	0.6	2.4	Jan. 1960
444.6	1 202.1	5.0	4.2	0.8	10.2	71.5	13.5	7.4	—	6.1	0.6	2.4	Febr.
Ländliche Kreditgenossenschaften 5)													
209.5	350.2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1955
225.2	445.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1956
237.8	586.5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1957
264.9	745.2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1958
326.3	952.3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Nov. 1959
332.3	968.6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1959
354.0	975.9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Dez. 1959
355.4	995.4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Jan. 1960
357.4	1 015.4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Febr.

bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten (langfristige Kredite an Nichtbanken rd. 560 Mio DM, langfristige Kredite an Wirtschaftsunternehmen Berichtspflicht für die ländlichen Kreditgenossenschaften. Während bis einschließlich Dezember 1954 diejenigen ländlichen Kreditgenossenschaften berichtspflichtig waren, die zum 8) S. Anmerkung 48) erste Seite der Tabelle III A 1. — +) Gewerbliche und ländliche.

noch: 1. Kredite an Nichtbanken
(ohne Schatzwechsel- und
Mio

Monats- ende	Zahl der berich- tenden Institute)	Kredite an Nichtbanken							von den Krediten an Wirtschaftsunternehmen				
		Kurzfristige Kredite					Mittel- fristige Kredite)	Lang- fristige Kredite)	Kurzfristige Kredite				
		insgesamt	Debitoren			Wechsel- kredite (ohne Schatz- wechsel)			insgesamt	Debitoren			Wechsel- kredite
insgesamt	Akzept- kredite		Konto- korrent- und sonstige Kredite	insgesamt	Akzept- kredite		Konto- korrent- und sonstige Kredite						
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
1955 Dez.	48	30.3	30.0	—	30.0	0.3	211.6	10 667.7	26.4	26.1	—	26.1	0.3
1956 Dez.	49	33.9	33.7	—	33.7	0.2	239.4	13 004.8	22.9	22.7	—	22.7	0.2
1957 Dez.	47	28.3	28.1	—	28.1	0.2	204.9	15 354.8	23.8	23.6	—	23.6	0.2
1958 Dez.	47	51.7	51.5	—	51.5	0.2	178.0	18 894.6	33.1	32.9	—	32.9	0.2
1959 Nov.	47	46.1	45.1	—	45.1	1.0	205.3	22 020.6	41.0	40.0	—	40.0	1.0
1959 Dez.	47	53.4	52.4	—	52.4	1.0	188.4	22 414.9	50.4	49.4	—	49.4	1.0
1960 Jan. ⁷⁾	47	51.7	50.7	—	50.7	1.0	208.3	22 578.9	47.4	46.4	—	46.4	1.0
1960 Febr.	47	57.0	55.8	—	55.8	1.2	202.9	22 806.3	54.5	53.3	—	53.3	1.2
Private Hypothekenbanken ⁹⁾													
1955 Dez.	30	17.3	17.0	—	17.0	0.3	59.3	4 423.3	15.6	15.3	—	15.3	0.3
1956 Dez.	30	11.4	11.2	—	11.2	0.2	67.8	5 408.4	10.7	10.5	—	10.5	0.2
1957 Dez.	29	15.4	15.2	—	15.2	0.2	81.9	6 574.2	11.3	11.1	—	11.1	0.2
1958 Dez.	29	34.5	34.5	—	34.5	0.0	75.3	8 645.3	19.7	19.7	—	19.7	0.0
1959 Nov.	29	26.1	25.9	—	25.9	0.2	77.1	10 225.1	23.2	23.0	—	23.0	0.2
1959 Dez.	29	31.9	31.7	—	31.7	0.2	78.5	10 440.3	29.1	28.9	—	28.9	0.2
1960 Jan. ⁷⁾	29	28.4	28.1	—	28.1	0.3	77.5	10 515.8	24.4	24.1	—	24.1	0.3
1960 Febr.	29	35.1	34.9	—	34.9	0.2	80.6	10 602.9	32.8	32.6	—	32.6	0.2
Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
1955 Dez.	18	13.0	13.0	—	13.0	—	152.3	6 244.4	10.8	10.8	—	10.8	—
1956 Dez.	19	12.5	12.5	—	12.5	—	161.6	7 596.4	12.2	12.2	—	12.2	—
1957 Dez.	18	12.9	12.9	—	12.9	0.0	123.0	8 780.6	12.5	12.5	—	12.5	0.0
1958 Dez.	18	17.2	17.0	—	17.0	0.2	102.7	10 249.3	13.4	13.2	—	13.2	0.2
1959 Nov.	18	20.0	19.2	—	19.2	0.8	128.2	11 795.5	17.8	17.0	—	17.0	0.8
1959 Dez.	18	21.5	20.7	—	20.7	0.8	109.9	11 974.6	21.3	20.5	—	20.5	0.8
1960 Jan. ⁷⁾	18	23.3	22.5	—	22.5	0.8	130.8	12 063.1	23.1	22.3	—	22.3	0.8
1960 Febr.	18	21.9	20.9	—	20.9	1.0	122.3	12 203.4	21.7	20.7	—	20.7	1.0
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
1955 Dez.	23	1 004.8	273.3	21.6	251.7	731.5	314.1	5 085.6	877.6	146.1	21.6	124.5	731.5
1956 Dez.	23	1 144.8	348.7	9.1	339.6	796.1	783.5	5 925.7	932.5	160.6	9.1	151.5	771.9
1957 Dez.	23	1 598.6	528.0	16.4	511.6	1 070.6	443.8	6 015.8	1 212.8	185.5	16.4	169.1	1 027.3
1958 Dez.	23	1 224.7	381.2	21.3	359.9	843.5	458.8	6 045.5	939.7	111.0	21.3	89.7	828.7
1959 Nov.	24	1 363.7	423.3	35.6	387.7	940.4	690.3	7 341.2	1 070.0	137.3	35.6	101.7	932.7
1959 Dez.	24	1 218.3	265.1	43.3	221.8	953.2	738.3	7 417.0	1 090.7	145.1	43.3	101.8	945.6
1959 Dez. ⁷⁾	25	1 248.7	267.2	43.3	223.9	981.5	738.3	7 487.3	1 121.1	147.2	43.3	103.9	973.9
1960 Jan. ⁷⁾	25	1 370.1	366.0	29.8	336.2	1 004.1	747.7	7 554.0	1 171.8	175.3	29.8	145.5	996.5
1960 Febr.	25	1 521.3	521.0	25.9	495.1	1 000.3	740.6	7 664.8	1 202.4	202.1	25.9	176.2	1 000.3
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG ⁴⁾													
1955 Dez.	3	22.5	22.5	—	22.5	—	16.1	2 853.1	22.4	22.4	—	22.4	—
1956 Dez.	3	18.2	18.2	—	18.2	—	26.0	3 391.5	17.0	17.0	—	17.0	—
1957 Dez.	3	20.6	20.6	—	20.6	—	24.4	3 279.4	20.5	20.5	—	20.5	—
1958 Dez.	3	0.2	0.2	—	0.2	—	21.7	2 905.2	0.2	0.2	—	0.2	—
1959 Nov.	3	0.3	0.3	—	0.3	—	84.1	3 367.8	0.2	0.2	—	0.2	—
1959 Dez.	3	0.3	0.3	—	0.3	—	85.8	3 417.8	0.2	0.2	—	0.2	—
1960 Jan. ⁷⁾	3	0.2	0.2	—	0.2	—	87.3	3 426.0	0.2	0.2	—	0.2	—
1960 Febr.	3	0.1	0.1	—	0.1	—	88.1	3 465.3	0.1	0.1	—	0.1	—
Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben ⁴⁾													
1955 Dez.	20	982.3	250.8	21.6	229.2	731.5	298.0	2 232.5	855.2	123.7	21.6	102.1	731.5
1956 Dez.	20	1 126.6	330.5	9.1	321.4	796.1	757.5	2 534.2	915.5	143.6	9.1	134.5	771.9
1957 Dez.	20	1 578.0	507.4	16.4	491.0	1 070.6	419.4	2 736.4	1 192.3	165.0	16.4	148.6	1 027.3
1958 Dez.	20	1 224.5	381.0	21.3	359.7	843.5	437.1	3 140.3	939.5	110.8	21.3	89.5	828.7
1959 Nov.	21	1 363.3	422.9	35.6	387.3	940.4	606.3	3 973.4	1 069.7	137.0	35.6	101.4	932.7
1959 Dez.	21	1 218.0	264.8	43.3	221.5	953.2	652.5	3 999.2	1 090.5	144.9	43.3	101.6	945.6
1959 Dez. ⁷⁾	22	1 248.4	266.9	43.3	223.6	981.5	652.5	4 069.5	1 120.9	147.0	43.3	103.7	973.9
1960 Jan. ⁷⁾	22	1 369.9	365.8	29.8	336.0	1 004.1	660.4	4 128.0	1 171.6	175.1	29.8	145.3	996.5
1960 Febr.	22	1 521.2	520.9	25.9	495.0	1 000.3	652.5	4 199.5	1 202.3	202.0	25.9	176.1	1 000.3
Teilzahlungskreditinstitute ⁵⁾													
1955 Dez.	137	868.3	288.4	0.0	288.4	579.9	632.2	6.7	868.3	288.4	0.0	288.4	579.9
1956 Dez.	139	971.1	328.2	0.0	328.2	642.9	695.1	6.6	971.1	328.2	0.0	328.2	642.9
1957 Dez.	162	1 000.6	376.5	0.0	376.5	624.1	805.4	5.8	1 000.6	376.5	0.0	376.5	624.1
1958 Dez.	174	1 095.2	386.1	0.0	386.1	709.1	1 085.5	5.8	1 095.2	386.1	0.0	386.1	709.1
1959 Nov.	192	1 286.6	340.4	0.6	339.8	946.2	1 232.1	6.2	1 286.6	340.4	0.6	339.8	946.2
1959 Dez.	192	1 313.1	385.8	0.6	385.2	927.3	1 321.6	6.4	1 313.1	385.8	0.6	385.2	927.3
1959 Dez. ⁷⁾	195	1 336.5	386.3	0.6	385.7	950.2	1 336.7	6.4	1 336.5	386.3	0.6	385.7	950.2
1960 Jan. ⁷⁾	204	1 343.1	403.3	0.5	402.8	939.8	1 330.9	6.4	1 343.1	403.3	0.5	402.8	939.8
1960 Febr.	212	1 347.2	385.1	0.4	384.7	962.1	1 339.0	6.0	1 347.2	385.1	0.4	384.7	962.1
Postscheck- und Postsparkassenämter ⁶⁾													
1955 Dez.	14	—	—	—	—	—	1.4	697.6	—	—	—	—	—
1956 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	808.6	—	—	—	—	—
1957 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	990.7	—	—	—	—	—
1958 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	1 261.2	—	—	—	—	—
1959 Nov.	14	—	—	—	—	—	—	1 423.1	—	—	—	—	—
1959 Dez.	14	—	—	—	—	—	—	1 422.5	—	—	—	—	—
1959 Dez. ⁷⁾	15	—	—	—	—	—	—	1 465.3	—	—	—	—	—
1960 Jan. ⁷⁾	15	—	—	—	—	—	—	1 558.3	—	—	—	—	—
1960 Febr.	15	—	—	—	—	—	—	1 557.7	—	—	—	—	—

Anmerkungen ⁷⁾, ⁸⁾ und ⁹⁾ bis ⁴⁾ s. erste Seite der Tabelle III, A. 1. — ⁵⁾ Die Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private enthalten auch Einkaufskredite an Händler und geringe Geldanlage angekaufte Wechsel. — ⁷⁾ S. Anmerkung ¹⁸⁾ erste Seite der Tabelle III, A. 1. — ⁹⁾ Einschließlich Schiffspfandbriefbanken. — ⁴⁾ Untergruppe der „Kreditinstitute mit

und Kreditinstitute *)
Wertpapierbestände *)
DM

Nichtbanken entfallen auf						Kredite an Kreditinstitute						Monats- ende	
und Private		Öffentliche Stellen				Kurzfristige Kredite					Lang- fristige Kredite 4)		
Mittel- fristige Kredite 3)	Lang- fristige Kredite 4)	Kurzfristige Kredite		Wechsel- kredite (ohne Schatz- wechsel)	Mittel- fristige Kredite 5)	Lang- fristige Kredite 4)	insgesamt	Debitoren		Wechsel- kredite			Mittel- fristige Kredite 3)
		insgesamt	Debitoren (Kassen- kredite)					insgesamt	insgesamt	darunter Akzept- kredite			
Hypothekenbanken und Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
194.9	9 187.0	3.9	3.9	—	16.7	1 480.7	3.3	3.2	—	0.1	25.8	129.0	Dez. 1955
212.6	11 333.7	1.0	1.0	—	16.8	1 681.1	4.0	4.0	—	0.0	23.2	149.5	Dez. 1956
188.2	13 322.3	4.5	4.5	—	16.7	2 032.5	8.1	8.1	—	0.0	35.2	171.1	Dez. 1957
151.9	15 810.0	18.6	18.6	—	26.1	3 084.6	9.6	9.6	—	0.0	30.8	227.0	Dez. 1958
192.5	18 498.9	5.1	5.1	—	12.8	3 521.7	11.2	11.2	—	—	56.7	258.0	Nov. 1959
174.9	18 850.2	3.0	3.0	—	13.5	3 564.7	5.7	5.7	—	—	57.9	305.1	Dez. 1959
194.8	18 999.9	4.3	4.3	—	13.5	3 579.0	12.2	11.7	—	0.5	56.5	308.9	Jan. 1960
188.2	19 213.4	2.5	2.5	—	14.7	3 592.9	7.8	7.3	—	0.5	56.3	308.6	Febr.
Private Hypothekenbanken 6)													
56.0	3 634.2	1.7	1.7	—	3.3	789.1	3.3	3.2	—	0.1	2.8	41.8	Dez. 1955
64.3	4 546.0	0.7	0.7	—	3.5	862.4	3.4	3.4	—	0.0	2.3	44.7	Dez. 1956
72.7	5 452.2	4.1	4.1	—	9.2	1 122.0	2.8	2.8	—	0.0	9.2	44.2	Dez. 1957
64.1	6 796.2	14.8	14.8	—	11.2	1 849.1	5.1	5.1	—	—	9.5	51.0	Dez. 1958
72.8	8 141.7	2.9	2.9	—	4.3	2 083.4	7.2	7.2	—	—	10.7	30.9	Nov. 1959
73.3	8 325.3	2.8	2.8	—	5.2	2 115.0	4.3	4.3	—	—	12.3	30.4	Dez. 1959
72.3	8 397.5	4.0	4.0	—	5.2	2 118.3	3.6	3.1	—	0.5	11.0	30.8	Jan. 1960
74.3	8 482.4	2.3	2.3	—	6.3	2 120.5	6.7	6.2	—	0.5	10.8	33.8	Febr.
Öffentl.-rechtl. Grundkreditanstalten													
138.9	5 552.8	2.2	2.2	—	13.4	691.6	0.0	0.0	—	—	23.0	87.2	Dez. 1955
148.3	6 777.7	0.3	0.3	—	13.3	818.7	0.6	0.6	—	—	—	104.8	Dez. 1956
115.5	7 870.1	0.4	0.4	—	7.5	910.5	5.3	5.3	—	—	26.0	126.9	Dez. 1957
87.8	9 013.8	3.8	3.8	—	14.9	1 235.5	4.5	4.5	—	0.0	21.3	176.0	Dez. 1958
119.7	10 357.2	2.2	2.2	—	8.5	1 438.3	4.0	4.0	—	—	46.0	227.1	Nov. 1959
101.6	10 525.0	0.2	0.2	—	8.3	1 449.6	1.4	1.4	—	—	45.6	274.7	Dez. 1959
122.5	10 602.4	0.2	0.2	—	8.3	1 460.7	8.7	8.7	—	0.0	45.5	278.1	Jan. 1960
113.9	10 731.0	0.2	0.2	—	8.4	1 472.4	1.1	1.1	—	0.0	45.5	274.8	Febr.
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben													
291.7	3 832.4	127.2	127.2	—	22.4	1 253.2	553.1	132.3	2.0	420.8	320.4	7 530.8	Dez. 1955
761.6	4 337.5	212.3	188.1	24.2	21.9	1 588.2	447.2	183.5	0.6	263.7	268.9	8 887.4	Dez. 1956
406.7	4 806.0	385.8	342.5	43.3	37.1	1 209.8	393.8	200.7	—	193.1	339.2	10 074.8	Dez. 1957
398.4	5 063.0	285.0	270.2	14.8	60.4	982.5	184.6	64.2	—	120.4	190.9	10 600.1	Dez. 1958
524.9	4 996.6	293.7	286.0	7.7	165.4	2 344.6	298.4	75.3	—	223.1	176.2	11 421.8	Nov. 1959
572.6	4 975.8	127.6	120.0	7.6	165.7	2 441.2	353.0	66.3	—	286.7	172.9	11 531.4	Dez. 1959
572.6	5 046.1	127.6	120.0	7.6	165.7	2 441.2	353.0	66.3	—	286.7	172.9	11 537.9	Dez. 1959
580.0	5 112.2	198.3	190.7	7.6	167.7	2 441.8	320.6	46.0	—	274.6	185.1	11 535.7	Jan. 1960
582.3	5 144.3	318.9	318.9	0.0	158.3	2 520.5	380.2	57.0	—	323.2	179.6	11 664.7	Febr.
Kreditanstalt für Wiederaufbau, Finanzierungs-Aktiengesellschaft und Berliner Industriebank AG +)													
15.1	2 498.5	0.1	0.1	—	1.0	354.6	142.9	—	—	142.9	2.8	3 199.0	Dez. 1955
25.1	2 710.2	1.2	1.2	—	0.9	681.3	73.9	0.5	—	73.4	0.8	3 311.6	Dez. 1956
24.3	2 863.5	0.1	0.1	—	0.1	415.9	63.2	0.6	—	62.6	0.6	3 343.7	Dez. 1957
11.2	2 703.5	0.0	0.0	—	10.5	201.7	20.7	0.0	—	20.7	—	3 356.1	Dez. 1958
11.6	2 365.0	0.1	0.1	—	72.5	1 002.8	13.3	0.0	—	13.3	—	3 220.8	Nov. 1959
13.3	2 318.4	0.1	0.1	—	72.5	1 099.4	8.6	0.0	—	8.6	—	3 312.9	Dez. 1959
13.1	2 325.1	0.0	0.0	—	74.2	1 100.9	8.6	0.0	—	8.6	5.6	3 241.9	Jan. 1960
13.8	2 336.7	0.0	0.0	—	74.3	1 128.6	8.8	0.2	—	8.6	11.2	3 294.4	Febr.
Sonstige Kreditinstitute mit Sonderaufgaben +)													
276.6	1 333.9	127.1	127.1	—	21.4	898.6	410.2	132.3	2.0	277.9	317.6	4 331.8	Dez. 1955
736.5	1 627.3	211.1	186.9	24.2	21.0	906.9	373.3	183.0	0.6	190.3	268.1	5 575.8	Dez. 1956
382.4	1 942.5	385.7	342.4	43.3	37.0	793.9	330.6	200.1	—	130.5	338.6	6 731.1	Dez. 1957
387.2	2 359.5	285.0	270.2	14.8	49.9	780.8	163.9	64.2	—	99.7	190.9	7 244.0	Dez. 1958
513.4	2 631.6	293.6	285.9	7.7	92.9	1 341.8	285.1	75.3	—	209.8	176.2	8 201.0	Nov. 1959
559.3	2 657.4	127.5	119.9	7.6	93.2	1 341.8	344.4	66.3	—	278.1	172.9	8 218.5	Dez. 1959
559.3	2 727.7	127.5	119.9	7.6	93.2	1 341.8	344.4	66.3	—	278.1	172.9	8 225.0	Dez. 1959
566.9	2 787.1	198.3	190.7	7.6	93.5	1 340.9	312.0	46.0	—	266.0	179.5	8 293.8	Jan. 1960
568.5	2 807.6	318.9	318.9	0.0	84.0	1 391.9	371.4	56.9	—	314.5	168.5	8 370.2	Febr.
Teilzahlungskreditinstitute 5)													
632.2	6.7	—	—	—	—	—	2.8	0.4	—	2.4	1.2	1.0	Dez. 1955
695.1	6.6	—	—	—	—	—	2.6	0.2	—	2.4	0.3	1.0	Dez. 1956
805.4	6.2	—	—	—	—	—	2.1	0.6	—	1.5	0.1	0.8	Dez. 1957
1 085.5	5.8	—	—	—	—	—	6.3	5.4	—	0.9	0.0	0.4	Dez. 1958
1 232.1	6.2	—	—	—	—	—	7.0	0.1	—	6.9	0.0	0.7	Nov. 1959
1 321.6	6.4	—	—	—	—	—	4.9	0.1	—	4.8	—	0.3	Dez. 1959
1 336.7	6.4	—	—	—	—	—	5.0	0.1	—	4.9	—	0.3	Dez. 1959
1 330.9	6.4	—	—	—	—	—	6.8	0.1	—	6.7	—	0.3	Jan. 1960
1 339.0	6.0	—	—	—	—	—	8.5	0.1	—	8.4	—	0.6	Febr.
Postcheck- und Postsparkassenämter 6)													
1.4	71.0	—	—	—	—	626.6	45.7	—	—	45.7	6.1	48.6	Dez. 1955
—	77.0	—	—	—	—	731.6	111.5	—	—	111.5	0.7	57.4	Dez. 1956
—	99.9	—	—	—	—	890.8	11.5	—	—	11.5	0.7	76.3	Dez. 1957
—	132.2	—	—	—	—	1 129.0	48.7	—	—	48.7	—	63.5	Dez. 1958
—	142.1	—	—	—	—	1 281.0	70.0	—	—	70.0	—	46.4	Nov. 1959
—	141.6	—	—	—	—	1 280.9	165.5	—	—	165.5	—	45.5	Dez. 1959
—	141.6	—	—	—	—	1 323.7	165.5	—	—	165.5	—	45.5	Dez. 1959
—	140.9	—	—	—	—	1 417.4	98.1	—	—	98.1	—	42.6	Jan. 1960
—	137.9	—	—	—	—	1 419.8	50.4	—	—	50.4	—	46.3	Febr.

Beträge „Sonstige Kredite“. — Weitere Angaben über Teilzahlungskredite s. Tabelle III, A 3. — 5) Quelle: Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Wechselkredite: Zur Sonderaufgaben.

3. Teilzahlungs- und Kleinkredite

a) Teilzahlungskredite¹⁾ nach Bankengruppen

Mio DM

Jahres- oder Monatsende	Alle Bankengruppen	Teilzahlungskreditinstitute	Kreditinstitute (ohne Teilzahlungskreditinstitute)	Kreditbanken				Girozentralen	Sparkassen	Gewerbliche Kreditgenossenschaften	Ländliche Kreditgenossenschaften	Übrige Bankengruppen ³⁾
				insgesamt	darunter							
					Großbanken ²⁾	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers					
1953	1 500,3	765,1	735,2	331,1	62,8	144,5	23,3	66,0	384,7	45,1	6,5	1,8
1954	1 913,6	991,8	921,8	273,9	73,6	176,7	23,6	85,6	489,9	58,8	9,3	4,2
1955	2 629,7	1 439,0	1 190,7	347,9	102,0	213,7	32,2	131,4	627,3	68,6	14,5	0,8
1956	2 869,2	1 611,7	1 257,5	380,0	124,6	224,4	31,1	147,6	640,2	73,2	15,4	1,1
1957	2 957,6	1 739,0	1 218,6	399,2	131,5	230,1	37,5	122,4	593,1	86,4	17,0	0,4
1958	3 314,9	2 049,4	1 265,5	422,1	125,3	249,5	47,0	125,2	584,2	112,4	21,4	0,2
1959 Febr.	3 285,1	2 021,3	1 263,8	435,0	135,4	248,1	48,9	123,0	574,7	109,1	21,8	0,2
März	3 346,6	2 059,6	1 287,0	446,2	134,6	254,0	51,1	128,1	580,1	109,5	22,9	0,2
April	3 431,0	2 111,8	1 319,2	454,4	134,1	261,7	55,7	133,8	593,6	114,3	22,8	0,2
Mai	3 514,7	2 162,3	1 352,4	478,0	149,6	267,7	57,8	134,9	598,6	116,8	23,7	0,4
Juni	3 542,5	2 182,9	1 359,6	471,3	130,5	279,3	60,3	134,4	609,8	119,8	24,0	0,3
Juli	3 618,0	2 221,0	1 397,0	490,5	133,0	297,4	58,9	136,7	622,4	121,7	25,5	0,4
Aug.	3 637,5	2 234,6	1 402,9	487,3	136,9	296,8	52,0	137,3	617,7	134,8	25,4	0,4
Sept.	3 662,9	2 244,7	1 418,2	502,2	141,1	309,0	51,0	140,2	614,4	134,7	26,3	0,4
Okt.	3 727,5	2 295,8	1 431,7	512,2	140,5	320,9	50,7	137,1	622,6	132,2	27,1	0,4
Nov.	3 796,7	2 371,3	1 425,4	497,8	134,5	311,7	51,4	139,8	625,6	134,0	27,8	0,4
Dez.	3 973,7	2 502,0	1 471,7	511,4	141,7	318,8	50,8	143,9	639,8	146,5	29,6	0,4
Dez. ⁴⁾	4 027,8	2 539,4	1 488,4	512,6				143,9	649,2	151,0	31,1	0,4
1960 Jan. ⁴⁾	4 003,8	2 528,4	1 475,0	504,1	139,9	313,9	50,0	145,5	650,3	144,4	30,2	0,4
Febr.	4 020,4	2 534,1	1 486,7	511,8	141,5	317,9	52,2	147,7	649,3	144,3	33,1	0,4

¹⁾ Kurz- und mittelfristig. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — ⁴⁾ Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen.

b) Verwendung und Höhe der Teilzahlungskredite¹⁾ von Teilzahlungskreditinstituten²⁾

Zeit	Neu in Anspruch genommene Teilzahlungskredite insgesamt	Zur Beschaffung von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern mit aussch. gewerbl. Verwendungszweck			Zur Beschaffung von sonstigen Gebrauchsgütern							Nachrichtlich: An Händlerfirmen gewährte Einkaufskredite
		Maschinen zur Erstellung von Wirtschaftsgütern ³⁾	Lastkraftwagen, Zugmaschinen, Anhänger	handwerkliche und berufliche Einrichtungen	Bekleidung, Textilhausrat	Fahrräder, Nähmaschinen, Schreibmaschinen	hauswirtschaftl. Maschinen und Geräte ³⁾	Möbel	Personenkraftwagen und Motorräder	Rundfunkgeräte	sonstiges	
Mio DM												
1958 3. Vi.	701,0	45,9	77,7	25,7	120,1	13,2	72,0	93,5	181,8	44,8	26,3	102,1
4. "	907,6	41,1	72,9	30,7	243,9	12,7	89,9	137,0	163,6	80,9	34,9	156,4
1959 1. Vj.	673,8	33,0	69,6	30,8	107,2	9,5	62,5	91,3	174,0	64,7	31,2	192,2
2. "	871,6	45,9	91,3	33,7	148,9	13,7	76,4	102,0	265,1	53,1	41,5	199,8
3. "	803,1	46,5	77,9	35,3	120,8	13,2	78,4	105,2	225,8	52,3	47,7	152,5
4. "	1 023,9	49,6	85,4	36,8	225,2	12,2	86,1	136,7	223,9	93,8	74,2	168,5
Durchschnittlicher Kreditbetrag in DM												
1958 3. Vi.	562	8 584	10 181	2 781	175	438	359	820	2 352	647	544	4 789
4. "	460	5 549	9 992	2 946	198	411	368	778	2 599	634	468	4 491
1959 1. Vj.	620	8 350	9 892	4 132	185	485	370	913	2 606	704	754	4 672
2. "	608	9 401	10 791	3 484	186	461	380	832	2 386	644	666	4 786
3. "	639	10 001	11 074	3 926	187	480	387	879	2 454	618	750	4 673
4. "	571	11 380	11 019	3 669	221	465	377	865	2 558	688	647	4 686

¹⁾ Ohne Saarland. — ²⁾ Abweichend von der übrigen Kreditstatistik (auch der Tabelle a)) wird in dieser Tabelle nicht der Stand der ausstehenden Kredite zugrunde gelegt, sondern der Gesamtbetrag der im jeweiligen Zeitabschnitt neu in Anspruch genommenen Teilzahlungskredite. — ³⁾ Z. B. Textil-, landwirtschaftliche Maschinen. — ⁴⁾ Z. B. Öfen, Staubsauger, Waschmaschinen usw.

c) Kleinkredite¹⁾ nach Bankengruppen

Mio DM

Monatsende	Alle Bankengruppen	Kreditbanken					Girozentralen	Sparkassen	Kreditgenossenschaften			Übrige Bankengruppen ³⁾
		insgesamt	Großbanken ²⁾	Staats-, Regional- und Lokalbanken	Privatbankiers	Spezial-, Haus- und Branchenbanken			insgesamt	gewerbliche Kreditgenossenschaften	ländliche Kreditgenossenschaften	
1959 Aug.	675,4	217,6	177,6	32,1	7,4	0,5	1,5	318,3	138,0	120,1	17,9	0,0
Sept.	752,0	244,2	196,7	38,2	8,8	0,5	1,5	352,5	153,8	134,3	19,5	0,0
Okt.	799,3	265,3	212,9	42,6	9,3	0,5	1,7	370,4	161,8	142,6	19,2	0,0
Nov.	834,9	282,8	226,9	46,0	9,3	0,6	1,7	384,5	165,8	146,6	19,2	0,0
Dez.	868,4	298,2	238,3	49,9	9,4	0,6	1,8	399,3	169,0	151,0	18,0	0,0
Dez. ⁴⁾	886,8	301,3					1,8	410,9	172,7	153,5	19,2	0,0
1960 Jan. ⁴⁾	892,3	307,3	245,4	51,7	9,6	0,6	1,7	411,3	171,9	150,9	21,0	0,0
Febr.	909,7	318,2	254,2	53,5	9,8	0,7	1,8	416,1	173,7	151,5	22,2	0,0

¹⁾ Als Kleinkredite gelten alle mittelfristigen Darlehen mit vereinbarter Tilgung, deren ursprünglicher Auszahlungsbetrag 2 000,— DM nicht übersteigt. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ Zentralkassen, Kreditinstitute mit Sonderaufgaben. — ⁴⁾ Beginnend mit Januar 1960 einschließlich Saarland. Die Zahlenreihen wurden im Dezember 1959 verknüpft (1. Dezember-Termin: ohne Saarland, 2. Dezember-Termin: einschließlich Saarland), soweit möglich und erforderlich auch bei den einzelnen Bankengruppen.

2. Zahl der Kreditinstitute und Gliederung der monatlich berichtenden Kreditinstitute nach Größenklassen *)

Stand Ende Dezember 1959

Bankengruppen	Gesamtzahl der Kreditinstitute	davon berichten im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen	Die im Rahmen der monatlichen bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstitute verteilen sich nach ihrer Bilanzsumme ¹⁾ auf folgende Größenklassen:										
			unter 500 Tsd DM	500 Tsd DM bis unter 1 Mio DM	1 Mio DM bis unter 5 Mio DM	5 Mio DM bis unter 10 Mio DM	10 Mio DM bis unter 25 Mio DM	25 Mio DM bis unter 50 Mio DM	50 Mio DM bis unter 100 Mio DM	100 Mio DM bis unter 500 Mio DM	500 Mio DM bis unter 1 Mrd DM	1 Mrd DM und mehr	
Kreditbanken	350	328	17	25	72	44	48	42	28	37	6	9	
Großbanken ²⁾	6	6	—	—	—	—	—	—	—	2	1	3	
Staats-, Regional- und Lokalbanken	81	79	—	—	10	5	13	15	9	17	4	6	
Privatbankiers	230	210	17	25	54	35	31	19	17	11	1	—	
Spezial-, Haus- und Branchebanken	33	33	—	—	8	4	4	8	2	7	—	—	
Girozentralen	11	11	—	—	—	—	—	—	—	—	2	9	
Sparkassen	854	853	—	1	45	106	265	202	149	70	14	1	
Zentralkassen	17	17	—	—	—	—	—	—	1	15	1	—	
Gewerbliche Zentralkassen	5	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	
Ländliche Zentralkassen	12	12	—	—	—	—	—	—	1	10	1	—	
Kreditgenossenschaften	11 479	2 192	10	23	1 564	351	190	36	16	2	—	—	
Gewerbliche Kreditgenossenschaften	750	746	10	12	311	200	163	34	14	2	—	—	
Ländliche Kreditgenossenschaften	10 729	1 446	—	11	1 253	151	27	2	2	—	—	—	
Hypothekenbanken und Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	47	47	—	—	—	3	6	3	5	9	13	8	
Private Hypothekenbanken	29	29	—	—	—	3	1	2	2	8	11	2	
Öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten	18	18	—	—	—	—	5	1	3	1	2	6	
Kreditinstitute mit Sonderaufgaben	24	24	1	—	1	2	3	—	3	3	3	8	
Teilzahlungskreditinstitute	234	192	22	22	69	23	27	18	6	5	—	—	
Sonstige Kreditinstitute	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postscheck- und Postsparkassenämter	14	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
insgesamt ³⁾	13 077	3 678	50	71	1 751	529	539	301	208	141	39	35	
					Mio DM								
nachrichtlich: Bilanzsumme ^{4) 5)}	210 670 ⁶⁾	206 553,8	15,1	55,5	4 575,3	3 717,8	8 585,9	10 628,0	14 232,5	30 029,9	26 751,3	102 579,3	

*) Ohne Saarland. — ¹⁾ In der Zwischenbilanz ausgewiesene Bilanzsumme zuzüglich Indossamentsverbindlichkeiten aus rediskontierten Wechseln und den Kreditnehmern abgerechnete eigene Ziehungen im Umlauf. — ²⁾ Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG, Commerzbank AG und deren Berliner Tochterinstitute. — ³⁾ In den kursiv gedruckten Zahlen sind die Postscheck- und Postsparkassenämter nicht enthalten. — ⁴⁾ Geschätzt.

IV. Zinssätze

1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank *)

a) Diskont- und Lombardsätze
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskontsatz 1)	Lombardsatz	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli	5	6	1
1. Dez.			3
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2	
14. Juli	4	5	
1950 27. Okt.	6 2/3)	7	
1. Nov.			1
1951 1. Jan.			3
1952 29. Mai	5 4)	6	
21. Aug.	4 1/2	5 1/2	
1953 8. Jan.	4	5	
11. Juni	3 1/2	4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März	4 1/2	5 1/2	
19. Mai	5 1/2 5)	6 1/2	
6. Sept.	5	6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	
19. Sept.	4	5	
1958 17. Jan.	3 1/2	4 1/2	
27. Juni	3	4	
1959 10. Jan.	2 3/4	3 3/4	
4. Sept.	3	4	
23. Okt.	4	5	

*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
1) Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. 2) und 4)). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) (vgl. auch Anm. 5)). — 2) Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugssatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — 3) Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 %/o, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 %/o festgesetzt. — 4) Seit 29. Mai 1952 bestand nur noch die in Anmerkung 2) erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbaus bestimmten Kredite, die bis zu ihrer Abwicklung mit 4 %/o abgerechnet wurden. — 5) Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt
% p. a.

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
1957 3. Jan.	4 1/2	4 5/8	5 1/2	5 3/4	6	6 1/4	4 5/8	4 3/4
4. Jan.	4 3/8	4 1/2	5 3/8	5 5/8	5 7/8	6 1/8	4 1/2	4 5/8
11. Jan.	4 1/8	4 1/4	5 1/8	5 3/8	5 7/8	6 1/8	4 1/4	4 5/8
30. Jan.	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
4. März	4 1/4	4 3/8	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/2	4 1/2
7. März	4 1/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 3/8
18. März	4 1/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 1/2
15. April	4 1/4	4 3/8	5 1/4	5 1/2	5 3/4	6	4 1/2	4 3/8
5. Juli	4 1/8	4 1/4	5	5 1/4	5 1/2	5 3/4	4 1/4	4 3/8
12. Aug.	4	4 1/8	4 3/4	5	5 1/4	5 1/2	4 1/8	4 1/4
22. Aug.	3 7/8	4	4 5/8	4 3/4	5	5 1/4	4	4 1/8
22. Aug.	3 3/4	3 7/8	4 1/2	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 7/8	4
24. Aug.	3 3/4	3 7/8	4 1/2	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 3/4	3 7/8
27. Aug.	3 2/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 3/4	3 7/8
2. Sept.	3 7/8	4	4 1/8	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 3/4	3 7/8
6. Sept.	3 5/8	4 1/8	4 1/8	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 3/4	3 7/8
19. Sept.	3 5/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 7/8	5 1/8	3 3/4	3 7/8
27. Sept.	3 2/4	3 7/8	4 1/4	4 3/4	4 3/4	5	3 7/8	4
3. Okt.	3 5/8	3 3/4	4 1/8	4 3/8	4 7/8	5	3 7/8	4
18. Okt.	3 1/2	3 3/8	4	4 1/4	4 1/2	4 7/8	3 3/4	4 7/8
24. Okt.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 3/8	3 1/2
9. Nov.	3 1/4	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 1/4	3 3/8
29. Nov.	3 3/8	3 1/2	3 7/8	4 1/8	4 1/2	4 3/4	3 1/2	3 3/8
4. Dez.	3 1/2	3 5/8	4	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 5/8	3 3/4
27. Dez.	3 3/8	3 3/4	4 1/8	4 1/4	4 1/2	4 3/4	3 3/4	3 7/8
1958 2. Jan.	3 3/8	3 1/2	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	3 1/2	3 5/8
6. Jan.	3 1/4	3 3/8	3 5/8	3 7/8	4 1/8	4 1/2	3 3/8	3 1/2
17. Jan.	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/4	4 1/8	4 3/8	3 1/4	3 3/8
15. April	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/4	3 7/8	4 1/8	3 1/4	3 3/8
30. Mai	3 1/8	3 1/4	3 1/2	3 3/4	3 3/8	3 3/4	3 1/4	3 3/8
27. Juni	2 5/8	2 3/4	2 7/8	3 1/8	3 1/2	4	2 3/4	2 7/8
11. Juli	2 1/2	2 3/8	2 5/8	2 7/8	3 1/8	3 1/2	2 5/8	2 3/4
11. Aug.	2 1/2	2 1/2	2 3/4	3	3 1/8	3 3/8	2 1/2	2 5/8
28. Okt.	2 1/4	2 3/8	2 5/8	2 7/8	3	3 1/4	2 3/8	2 1/2
1959 10. Jan.	2 1/8	2 1/4	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3 1/8	2 1/4	2 5/8
9. April	2	2 1/8	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3	2 1/8	2 1/4
15. April	1 7/8	2	2 1/4	2 5/8	2 7/8	3	2 1/8	2 1/4
4. Sept.	2 3/8	2 1/2	2 3/4	3	3 1/4	3 1/2	2 1/2	2 5/8
23. Sept.	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3	3 1/4	3 1/2	2 5/8	2 3/4
30. Sept.	2 5/8	2 3/4	3	3 1/8	3 3/8	3 5/8	2 3/4	2 7/8
16. Okt.	2 1/2	2 5/8	2 7/8	3 1/8	3 3/8	3 5/8	2 5/8	2 3/4
23. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 7/8	4 1/8	4 1/4	4 1/2	3 3/8	3 3/4
28. Okt.	3 1/2	3 3/8	3 7/8	4 1/8	4 1/4	4 1/2	3 3/8	3 3/4
21. Dez.	3 3/8	3 3/4	4	4 1/4	4 3/8	4 1/2	3 3/4	3 7/8
1960 29. Febr.	3 3/4	3 7/8	4 1/8	4 3/8	4 1/2	4 5/8	3 7/8	4 1/8
3. März	3 7/8	4	4 1/4	4 1/2	4 5/8	4 3/4	4	4 1/8

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 23. Oktober 1959, Habenzinsen (ohne Spareinlagen)

	Baden-Württemberg ²⁾		Bayern ²⁾		Berlin ²⁾		Bremen ²⁾		Hamburg ³⁾	
Sollzinsen in % p. a.										
D = Diskontsatz, zur Zeit 4 L = Lombardsatz, zur Zeit 5										
Kreditkosten										
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
a) zugesagte Kredite ⁴⁾										
Zinsen	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2
Kreditprovision										
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	L + 1/2 % 1/4 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/4 % p. T.	11	L + 1/2 % 1/4 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/4 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/4 % p. T.	10
Überziehungsprovision										
2. Akzeptkredite (Normalbedingungen)										
Zinsen	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
Akzeptprovision										
3. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von 20 000,— DM und höher										
Zinsen	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1 % p. M.	6 7/10	D + 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % - 1 % 1/4 % p. M.	6 - 6 1/2	D + 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2
Diskontprovision										
b) Abschnitte von 5 000,— DM bis unter 20 000,— DM										
Zinsen	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1 % p. M.	6 7/10	D + 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1/2 % - 1 % 1/4 % p. M.	6 - 6 1/2	D + 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2
Diskontprovision										
c) Abschnitte von 1 000,— DM bis unter 5 000,— DM										
Zinsen	D + 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/4 % p. M.	7	D + 1 % 1/4 % p. M.	7	D + 1/2 % - 1 % 1/4 % p. M.	6 1/2 - 7	D + 1 % 1/4 % p. M.	7
Diskontprovision										
d) Abschnitte unter 1 000,— DM										
Zinsen	D + 1 % 1/4 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % - 1 % 1/4 % p. M.	7 1/2 - 8	D + 1 % 1/4 % p. M.	8
Diskontprovision										
4. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Kreditprovision										
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/4 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag		1/2 % d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Mindestdiskontspesen	2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM		2,— DM	
7. Domizilprovision	1/4 % p. M. mind. —.50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt		1/2 % p. M.		nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.										
Einlagenzinssätze										
1. für täglich fällige Gelder										
a) in provisionsfreier Rechnung	1/2		1/2		1/2		1/2		1/2 ⁸⁾	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1		1		1		1		1	
2. Spareinlagen										
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁹⁾										
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	3 3/4		3 3/4		3 3/4		3 3/4		3 3/4	
2) von 12 Monaten und darüber	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
3. für Kündigungsgelder										
mit einer Kündigungsfrist von										
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
d) 12 Monaten und darüber	4		4		4		4		4	
4. Festgelder										
mit einer Laufzeit von										
a) 30 bis 89 Tagen	2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4		2 1/4	
b) 90 bis 179 Tagen	2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4		2 3/4	
c) 180 bis 359 Tagen	3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4		3 1/4	
d) 360 Tagen und darüber	4		4		4		4		4	
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾	1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionssätzen. Sondersätze oder Ver- in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Der errechnete Gesamtzinssatz stimmt — von der Zubilligung von Minder- so liegen die Kosten für den zugesagten Kredit unter dem angegebenen Satz, während die Kosten für den in Anspruch genommenen Kredit über diesen Satz hinausgehen können. Gemäß Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem Kredit vom Höchst-Sollsaldo berechnet werden. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter 1 000,— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — die Kündigung erst nach Ablauf einer Sperrfrist von 6 Monaten zugelassen werden. Diese Sperrfrist beginnt am Tage der Einzahlung. — ⁵⁾ Gemäß Beschluß des Sonderausschusses Ban- 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchstsätze für Habenzinsen

geltenden Soll- und Habenzinsen¹⁾

der Kreditinstitute seit 20. November 1959, Zinsen für Spareinlagen seit 1. Januar 1960

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Saarland		Schleswig-Holstein ²⁾	
Sollzinsen in % p. a.											
D = Diskontsatz, zur Zeit 4						L = Lombardsatz, zur Zeit 5					
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2
L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10	L + 1/2 % 1/6 % p. T.	10
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	7 1/2
D + 1/2 % 1/6 % p. M.	6	L + 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6	D + 1 % 1/6 % p. M.	6 1/2
D + 1/2 % 1/6 % p. M.	6 1/2	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	6 - 6 1/2	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	6 1/2	D + 1 % 1/6 % p. M.	6 1/2
D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	D + 1 % 1/6 % p. M.	7
D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/6 % p. M.	7 1/2 ³⁾	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/6 % p. M.	7 ⁵⁾	D + 1 % 1/6 % p. M.	8 ⁶⁾
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	8 1/2	keine Festsetzung	
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/6 % pro Semester		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942					
2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM 1/2 %/100 mind. —,50 DM		2.— DM nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾ in % p. a.											
1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2	1/2
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4	3 3/4
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4	2 3/4
3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4	3 1/4
4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

günstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. —²⁾ Normalsätze, Überschreitungen konditionen abgesehen — mit den effektiven Kreditkosten nur dann überein, wenn der zugesagte Kredit voll in Anspruch genommen wird. Wird die Kreditzusage nur teilweise ausgenutzt, § 2 des Sollzinsabkommens dürfen nämlich die Zinsen nur für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1.— DM bis 2.— DM in Ansatz zu bringen. —³⁾ Auch für Wechsel auf Nebenplätze. —⁴⁾ Diese Höchstsätze gelten gegenüber⁵⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10 000.— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. —⁶⁾ Bei Hereinnahme von Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist darf kenauaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer Bilanzsumme bis zu höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe Sondertabelle in: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1955, S. 84.

2. Tilgung und Netto-Absatz von festverzinslichen Wertpapieren¹⁾

Mio DM Nominalwert

Zeit	Neugeschäft nach der Währungsreform							insgesamt	darunter Kassenobligationen	Umtausch- und Altsparrerpapiere	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt
	davon										
	Schuldverschreibungen inländischer Emittenten										
Pfandbriefe (einschl. Schiffspfandbriefe)	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialinstituten	Industrieobligationen (einschl. Wandschuldverschreibungen)	Anleihen der öffentlichen Hand	Sonstige Schuldverschreibungen	Anleihen ausländischer Emittenten					
Tilgung											
1948 2. Halbjahr	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1949	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1950	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1951	0.2	0.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1952	0.5	0.1	—	0.8	7.4	—	—	—	—	—	—
1953	0.3	0.8	—	—	36.2	—	—	—	—	—	—
1954	0.7	1.2	30.0	3.0	46.5	0.5	—	—	—	—	—
1955	2.0	5.6	0.1	34.5	32.0	0.4	—	—	—	—	—
1956	11.5	20.4	53.3	31.1	299.2	0.4	—	—	—	—	—
1957	21.8	32.1	53.3	53.2	586.4	0.3	—	—	—	—	—
1958	60.3	100.4	93.6	102.0	259.8	0.4	—	—	—	—	—
1959	231.5	223.2	109.4	305.8	603.2	3.8	—	—	—	—	—
1957 Dez.	5.2	20.1	—	4.0	10.0	0.1	—	—	—	—	—
1958 Jan.	1.9	1.7	53.2	9.5	14.7	0.1	—	—	—	—	—
Febr.	1.2	2.0	0.0	1.3	27.0	—	—	—	—	—	—
März	4.0	0.9	—	2.5	10.0	—	—	—	—	—	—
April	0.6	1.5	0.0	5.4	26.8	—	—	—	—	—	—
Mai	0.4	0.3	—	0.0	43.8	—	—	—	—	—	—
Juni	0.7	3.0	0.1	0.5	42.9	0.1	—	—	—	—	—
Juli	1.6	10.6	0.0	8.2	10.2	0.0	—	—	—	—	—
Aug.	0.2	0.6	—	1.1	1.3	—	—	—	—	—	—
Sept.	4.4	45.5	0.0	2.1	37.8	—	—	—	—	—	—
Okt.	1.5	10.5	0.0	59.3	31.4	—	—	—	—	—	—
Nov.	1.1	0.4	—	1.5	3.6	—	—	—	—	—	—
Dez.	42.7	23.4	40.3	10.6	10.3	0.2	—	—	—	—	—
1959 Jan.	13.4	17.6	55.6	31.2	6.3	—	—	—	—	—	—
Febr.	4.1	7.3	0.2	3.5	0.4	—	—	—	—	—	—
März	21.6	31.9	0.0	—	33.2	—	—	—	—	—	—
April	20.3	25.1	0.1	3.0	8.6	—	—	—	—	—	—
Mai	7.2	5.8	0.5	31.1	3.5	—	—	—	—	—	—
Juni	25.8	41.2	8.5	23.2	401.0	—	—	—	—	—	—
Saarland ³⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1948 — Mitte 1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	34.7	0.6	0.1	33.1	113.1	0.1	—	—	—	—	—
Aug.	2.2	1.1	1.1	5.4	0.2	0.0	—	—	—	—	—
Sept.	12.1	42.8	0.4	40.4	0.0	—	—	—	—	—	—
Okt.	31.5	22.2	0.2	45.8	0.1	—	—	—	—	—	—
Nov.	12.4	0.3	0.3	19.1	39.0	3.5	—	—	—	—	—
Dez.	46.2	26.3	42.4	70.0	7.8	0.2	—	—	—	—	—
1960 Jan.	16.4	13.6	45.8	60.0	27.5	—	—	—	—	—	—
Febr.	8.0	18.1	0.2	79.1	1.8	—	—	—	—	—	—
März	8.8	10.6	1.9	3.2	27.7	—	—	—	—	—	—
Netto-Absatz⁴⁾											
1948 2. Halbjahr	6.3	2.3	—	10.0	—	—	—	—	—	—	—
1949	201.1	33.0	19.9	95.7	420.4	—	—	—	—	—	—
1950	210.7	99.2	96.2	53.2	217.1	0.1	—	—	—	—	—
1951	467.8	158.9	1.9	61.7	56.9	—	—	—	—	—	—
1952	627.6	161.2	219.8	129.5	410.8	—	—	—	—	—	—
1953	1 043.1	428.6	224.6	396.2	738.3	33.8	—	—	—	—	—
1954	2 238.1	1 000.2	34.9	788.5	343.7	3.7	—	—	—	—	—
1955	1 379.7	1 020.5	257.6	397.5	551.2	—	—	—	—	—	—
1956	1 026.7	595.7	—	532.6	32.8	—	—	—	—	—	—
1957	1 139.3	1 093.1	211.9	877.9	104.5	9.7	21.0	—	—	—	—
1958	1 558.5	2 237.2	328.5	1 549.9	1 742.9	1.6	92.0	102.0	—	—	—
1959	2 818.5	2 140.5	720.7	612.9	1 937.0	—	344.6	8 571.2	1 295.2	—	—
1957 Dez.	107.1	105.4	22.7	48.5	74.1	9.9	—	—	—	—	—
1958 Jan.	184.6	165.4	—	96.4	157.1	—	—	—	—	—	—
Febr.	156.9	292.8	6.3	200.7	59.8	—	—	—	—	—	—
März	131.8	246.7	22.5	191.4	62.5	—	—	—	—	—	—
April	109.4	252.8	148.1	55.5	224.6	—	—	—	—	—	—
Mai	80.7	80.7	7.0	306.0	312.6	—	—	—	—	—	—
Juni	71.0	110.4	2.5	158.1	57.5	—	—	—	—	—	—
Juli	137.6	296.3	44.8	136.4	236.2	—	—	—	—	—	—
Aug.	117.3	248.0	97.1	118.9	25.1	—	—	—	—	—	—
Sept.	126.3	159.7	12.9	32.9	—	—	—	—	—	—	—
Okt.	158.2	149.5	69.9	50.7	595.0	0.0	50.0	—	—	—	—
Nov.	157.7	124.5	—	73.5	32.8	—	—	—	—	—	—
Dez.	126.8	124.5	—	129.4	—	—	—	—	—	—	—
1959 Jan.	422.4	378.8	6.0	148.8	430.1	—	12.0	—	—	—	—
Febr.	224.8	225.9	1.0	96.5	151.0	—	0.0	—	—	—	—
März	151.7	144.3	131.7	3.8	29.2	—	—	—	—	—	—
April	195.4	220.9	52.2	116.8	433.8	—	—	—	—	—	—
Mai	157.7	214.0	81.7	224.9	387.0	—	—	—	—	—	—
Juni	208.6	145.0	9.6	26.8	—	—	—	—	—	—	—
Saarland ³⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1948 — Mitte 1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Juli	106.2	77.6	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aug.	293.6	202.3	134.6	—	30.3	—	—	—	—	—	—
Sept.	215.3	99.4	54.6	—	119.6	—	—	—	—	—	—
Okt.	199.0	70.4	109.0	—	40.4	—	—	—	—	—	—
Nov.	159.8	65.5	4.4	—	45.8	—	—	—	—	—	—
Dez.	232.0	157.4	62.4	—	30.9	—	—	—	—	—	—
1960 Jan.	252.0	139.0	73.5	—	38.7	—	—	—	—	—	—
Jan.	213.3	82.1	46.8	—	36.3	—	—	—	—	—	—
Febr.	195.8	89.9	35.6	—	79.1	—	—	—	—	—	—
März	183.2	44.5	127.3	—	0.6	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Bis 1953 ohne Berlin; die Emissionen Berliner Emittenten von 1948 bis 1953 sind in die Jahresergebnisse für 1954 einbezogen worden. Das Saarland ist erst ab Juli 1959 in den Monatsergebnissen enthalten. Die Jahreszahlen für 1959 schließen auch die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948 bis Juni 1959 ein. — ²⁾ Statistisch erfasst erst ab Januar 1957. — ³⁾ Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM. — ⁴⁾ Bruttoabsatz minus Tilgung; negatives Vorzeichen bedeutet Überhang der Tilgung über den im Berichtszeitraum neu abgesetzten (bzw. im Altgeschäft nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz oder auf Grund von anderen Entschädigungsgesetzen anerkannten) Betrag.

4. Absatz und Umlauf von Aktien 1)

Mio DM Nominalwert

Table with columns for Zeit, Absatz (insgesamt, gegen Bar-einzahlung, auf Grund der Einbringung von Forderungen, Aufstockungsaktien) and Umlauf am Jahres- bzw. Monatsende (insgesamt, auf Grund von Geldeinlagen, Sacheinlagen, Umgestelltes RM-Kapital).

1) Bis 1953 ohne Berlin; die Emissionen Berliner Emittenten von 1948 bis 1953 sind in die Jahresergebnisse für 1954 einbezogen worden. Das Saarland ist erst ab Juli 1959 in den Monatsergebnissen enthalten. Die Jahreszahlen für 1959 schließen auch die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948 bis Juni 1959 ein. — 2) Einschließlich Umgründungen. — 3) Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM.

5. Umlauf 1) der Wertpapiere aus dem Altgeschäft und der Altsparewertpapiere

in Mio DM Nominalwert

Table with columns for Stand am Jahres- bzw. Monatsende, Wertpapiere aus dem Altgeschäft (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten), Altsparewertpapiere (Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten), Öffentliche Anleihen (aus dem Altgeschäft, Altspare), Industriobligationen aus dem Altgeschäft, Wertpapiere aus dem Altgeschäft und Altsparewertpapiere insgesamt, Nachrichtliche: Unter das Londoner Schuldenabkommen fallende deutsche Auslandsanleihen (Anleihen des Bundes, Anleihen der Länder und Gemeinden, Private Anleihen).

1) Im Umlauf sind nur Anleihen enthalten, die nach dem Wertpapierbereinigungsgesetz, dem Altsparegesetz und dem Allgemeinen Kriegsfolgesgesetz bedient werden. — 2) Ab Juli 1959 einschließlich Saarland.

6. Wertpapier-Absatz 1): Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse 2)

Table with columns for Zeit, Festverzinsliche Wertpapiere (insgesamt, darunter: Schuldverschreibungen inländischer Emittenten (Pfandbriefe und Kommunalobligationen, Industrieobligationen, Anleihen der öffentlichen Hand), Anleihen ausländischer Emittenten), Aktien (insgesamt).

1) Bis Juni 1959 ohne, ab Juli 1959 einschließlich Saarland. In den Jahresergebnissen für 1959 sind die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948 bis 1959 enthalten. — 2) Gewogene Durchschnittskurse, aus den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. — 3) Einschl. Schiffspfandbriefe. — 4) Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM.

7. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien aufgeteilt nach Wirtschaftsgruppen der Emittenten Mio DM Nominalwert

Wirtschaftsgruppe der Emittenten	Industrie-Obligationen						Aktien					
	1948, 2. Hj. bis 1956	1957	1958	1959 ¹⁾	1960 Januar bis März	seit der Währungsreform insgesamt	1948, 2. Hj. bis 1956	1957	1958	1959 ¹⁾	1960 Januar bis März	seit der Währungsreform insgesamt
1) Land- und Forstwirtschaft, Binnen- und Hochseefischerei	—	—	—	—	—	—	1.8	1.0	0.9	—	—	3.7
2) Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	542.1	112.6	391.0	260.0	10.0	1 315.7	364.6	330.1	53.6	96.4	24.4	869.1
3) Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	446.7	272.5	217.5	100.0	—	1 036.7	213.4	62.0	82.8	178.7	253.1	790.0
4) Energiewirtschaft und Versorgungsbetriebe	709.8	324.2	317.0	288.9	13.7	1 653.6	645.5	230.8	83.6	127.2	134.1	1 221.2
5) Stahl- und Eisenbau, Maschinen-, Fahrzeug-, Schiffbau, Eisen-, Stahl- und Blechwarengewerbe, Feinmechanik, Optik und Elektrotechnik	303.2	34.8	125.6	50.0	—	513.6	972.0	301.9	127.5	141.9	105.2	1 648.5
6) Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kohlenwertstoff- und Gummiindustrie, Kunststoffe	382.7	165.0	464.5	171.0	—	1 183.2	958.8	464.3	318.1	435.2	81.0	2 257.4
7) Nahrungs-, Genuß- und Futtermittelgewerbe	7.1	4.0	—	—	—	11.1	111.0	41.3	46.0	41.1	14.6	254.0
8) Sonstige verarbeitende Gewerbe (Feinkeramik, Glas, Sägerei, Holz, Papier, Leder, Textil, Bekleidung)	75.5	—	42.6	—	—	118.1	188.0	32.1	17.4	29.0	12.2	278.7
9) Bau- und Bauhilfsgewerbe	37.2	—	3.7	3.8	3.8	48.5	26.9	1.4	4.8	1.5	3.6	38.2
10) Wohnungs- und Grundstückswesen	—	—	—	—	—	—	127.5	17.1	16.7	29.3	2.9	193.5
11) Sonstige Dienstleistungen	—	—	—	—	—	—	30.4	14.8	4.8	4.9	0.1	55.0
12) Handel-, Geld- und Versicherungswesen	20.0	18.0	15.0	45.0	—	98.0 ²⁾	837.7	113.8	273.4	221.0	29.0	1 474.9
13) Verkehrswirtschaft	10.0	—	75.0	—	—	85.0	148.8	21.1	108.2	76.1	12.0	366.2
14) Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	—	—	—	—	—	—	4.6	—	1.7	0.7	1.1	8.1
insgesamt	2 534.3	931.1	1 651.9	918.7	27.5	6 063.5	4 631.0	1 631.7	1 139.5	1 383.0	673.3	9 458.5

¹⁾ Einschließlich Saarland von 1948 bis 1959 (Frankenbeträge umgerechnet im Verhältnis 100 Franken = 0,8507 DM). — ²⁾ Schuldverschreibungen von Handelsunternehmen.

8. Zinssätze und Emissionskurse

Wertpapierart / Emissionskurs	Zinssätze (%)							Zusammen	Zinssätze (%)							Zusammen
	3 1/2 bis unter 4	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 und höher		3 1/2 bis unter 4	4 bis unter 4 1/2	4 1/2 bis unter 5	5 bis unter 5 1/2	5 1/2 bis unter 6	6 bis unter 6 1/2	6 1/2 und höher	
abgesetzte, tarifbesteuerte Wertpapiere (Mio DM Nominalwert)																
D) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten																
1) Pfandbriefe ¹⁾ und Kommunalobligationen																
davon zum Emissionskurs unter 94																
von 94 bis unter 95	—	—	—	36.2	38.7	169.9	2.3	247.1	—	—	—	13.3	4.3	279.1	15.1	311.8
95 - " - 96	—	—	—	2.6	13.7	0.9	—	—	—	—	3.7	0.7	—	—	—	
96 - " - 97	—	—	—	0.1	0.3	0.7	—	—	—	—	5.0	0.5	3.1	—	—	
97 - " - 98	—	—	—	11.4	2.8	43.5	—	—	—	—	0.4	0.2	33.0	—	—	
98 - " - 99	—	—	—	—	0.0	107.0	0.3	—	—	—	0.1	—	197.8	—	—	
99 - " - 100	—	—	—	—	0.1	13.7	—	—	—	—	0.3	0.8	24.6	—	—	
100 - " - 101	—	—	—	—	—	0.9	0.0	—	—	—	2.7	—	11.5	5.1	—	
101 - " - 102	—	—	—	22.0	4.0	1.3	2.0	—	—	—	1.1	2.1	8.0	7.6	—	
102 - " - 103	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.1	2.4	—	
103 und höher	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
2) Industrie-Obligationen (einschl. Wandelschuldverschreibungen)																
davon zum Emissionskurs unter 97																
von 97 bis unter 98	—	—	—	—	3.8	—	—	3.8	—	—	—	—	—	—	—	
98 - " - 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99 - " - 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
100	—	—	—	—	3.8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
3) Anleihen der öffentlichen Hand																
davon zum Emissionskurs unter 97																
von 97 bis unter 98	—	—	3.4 ²⁾	—	0.6	—	—	4.0	—	—	—	—	—	53.4	—	53.4
98 - " - 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99 - " - 100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4) Schuldverschreibungen v. Spezialkreditinstituten und sonstige																
davon zum Emissionskurs unter 95																
von 95 bis unter 96	—	—	120.0 ²⁾	1.3 ²⁾	—	7.9	—	129.2	—	—	15.0 ²⁾	16.0 ²⁾	—	4.8	—	35.8
96 - " - 97	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
97 - " - 98	—	—	—	—	—	5.9	—	—	—	—	—	—	—	3.2	—	
98 - " - 99	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.0	—	
99 - " - 100	—	—	20.0	1.3	—	2.0	—	—	—	—	15.0	16.0	—	0.6	—	
100 und höher	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
II) Anleihen ausländischer Emittenten																
davon zum Emissionskurs unter 99																
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.0	—	—	12.0
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.0	—	—	—
Zusammen	—	—	123.4	37.5	73.1	177.8	2.3	384.1	—	—	15.0	29.3	16.3	337.3	15.1	413.0

¹⁾ Einschl. Schiffspfandbriefe. — ²⁾ Kassensobligationen.

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere																	
	insgesamt						darunter:											
	Inländische Erwerber						Pfandbriefe ²⁾ und Kommunal-Obligationen				Schuldverschreibungen inländischer Industrie-Obligationen							
							Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber				Inländische Erwerber			
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private	Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	
	Mio DM ⁴⁾																	
1958 ^{x)}	432,0	2 599,0	322,1	506,5	109,7	3 969,3	313,2	1 598,8	74,4	62,9	5,5	2 054,9	13,9	204,0	105,8	249,0	51,7	624,6
1959	1 135,2	6 747,0	970,0	968,8	192,2	10 013,2	850,1	3 880,5	246,3	16,7	4,7	5 413,7	48,9	310,0	168,6	304,6	55,9	888,0
1959 Juni	83,4	312,2	59,2	30,2	0,8	485,8	67,6	295,5	42,2	15,2	0,1	420,6	0,4	13,5	16,0	15,0	0,7	45,7
Saarland																		
1948 - Mitte 1959	33,9	63,2	70,0	16,0	0,7	183,8	33,9	63,2	70,0	16,0	0,7	183,8	—	—	—	—	—	—
Juli	120,4	736,3	31,4	22,4	0,1	910,6	118,4	359,4	30,9	22,4	0,1	531,2	—	—	—	—	—	2,8
Aug.	68,4	458,0	73,5	92,2	15,6	708,7	38,7	246,3	16,3	16,7	0,0	318,0	0,8	38,0	25,7	50,0	10,5	125,0
Sept.	41,9	364,5	18,4	18,9	0,5	442,2	40,8	257,9	11,6	14,0	0,0	324,3	—	—	—	—	—	—
Okt.	45,2	387,7	20,7	14,6	0,0	468,2	42,2	202,2	20,0	14,6	0,0	279,0	—	—	—	—	—	—
Nov.	49,4	519,2	85,6	122,2	58,7	835,1	30,3	323,7	18,8	29,3	0,0	402,1	0,1	14,6	3,4	13,3	7,3	38,7
Dez.	187,4	372,3	79,3	50,9	6,3	696,2	185,1	195,1	56,0	27,3	0,0	463,5	0,6	18,9	5,4	3,4	0,5	28,8
1960 Jan.	107,7	536,9	119,2	122,4	86,5	972,7	58,9	225,4	18,9	22,1	0,1	325,4	0,1	20,6	0,2	0,9	0,0	21,8
Febr.	57,3	282,9	32,0	26,6	14,1	412,9	29,8	236,1	23,4	18,5	4,0	311,8	—	—	—	—	—	—
März	83,5	265,3	16,0	18,8	—	383,6	59,6	158,4	10,2	18,8	0,1	247,1	3,8	—	—	—	—	3,8
	%)																	
	vH ⁵⁾																	
1958 ^{x)}	11	65	8	13	3	100	15	78	4	3	0	100	2	33	17	40	8	100
1959	11	67	10	10	2	100	16	72	8	4	0	100	6	35	19	34	6	97
1959 Juni	17	65	12	6	0	99	16	70	10	4	0	100	1	30	35	33	1	91
Saarland																		
1948 - Mitte 1959	19	34	38	9	0	100	19	34	38	9	0	100	—	—	—	—	—	—
Juli	13	81	3	3	0	100	22	68	6	4	0	100	—	100	—	—	—	100
Aug.	10	65	10	13	2	100	12	78	5	5	0	100	1	30	21	40	8	100
Sept.	10	82	4	4	0	100	13	79	4	4	0	100	—	—	—	—	—	—
Okt.	10	83	4	3	0	100	15	73	7	5	0	100	—	—	—	—	—	—
Nov.	6	62	10	15	7	99	8	80	5	7	0	100	0	38	9	34	19	77
Dez.	27	54	11	7	1	100	40	42	12	6	0	100	2	65	19	12	2	92
1960 Jan.	11	55	12	13	9	98	18	69	6	7	0	100	0	95	1	4	0	92
Febr.	14	69	8	6	3	100	10	76	7	6	1	100	—	—	—	—	—	—
März	22	69	4	5	0	100	24	64	4	8	0	100	100	—	—	—	—	100

¹⁾ Bis Juni 1959 ohne, ab Juli 1959 einschließlich Saarland; in den Jahreszahlen für 1959 sind die Emissionen Saarländischer Emittenten von 1948—1959 enthalten. — ²⁾ Soweit auf Konsortium; Weiterverkäufe bleiben unberücksichtigt. Aufteilung bei Aktien zum Teil geschätzt. — ³⁾ Einschließlich Schiffspfandbriefe. — ⁴⁾ Differenzen in den Summen durch Runden satzes. — ^{x)} 2. Halbjahr.

10. Investment-

Gesellschaft	Fonds	Inventarwert ¹⁾									Anzahl der				
		1956	1957	1958	1959	1959			1960			1956	1957	1958	
						Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März				
		Tsd DM-									Stück				
Allfonds Gesellschaft für Investmentanlagen mbH München	Allfonds	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 259	24 491	—	—	—
Allgemeine Deutsche Investment-GmbH München-Düsseldorf	Adifonds Adiropa Fondak Fondis Fondra	11 476 22 436 3 315	31 239 30 269 5 449	119 376 54 452 26 793	209 378 121 431 38 304	124 365 174 451 110 560 36 600	127 757 190 835 114 981 38 215	135 179 209 378 121 431 38 304	133 596 213 728 120 133 38 094	130 848 212 178 117 200 45 045	4 174 213 416 117 278 46 490	— 40 763 201 533 18 001	— 317 863 ²⁾ 262 722 28 577	— 786 353 306 986 202 129 ⁴⁾	
Anlage-Gesellschaft für Französische Aktienwerte mbH Düsseldorf	Agefra-Fonds	—	—	—	120 423	84 773	100 731	120 423	113 755	116 454	112 234	—	—	—	
Anlage-Gesellschaft mbH für englische und holländische Aktienwerte, Düsseldorf	Anglo-Dutch-Fonds	—	—	—	—	—	—	—	16 254	16 498	16 925	—	—	—	
Deutsche Gesellschaft für Wertpapier-sparen mbH Frankfurt (Main)	Investa Intervest	—	84 163	255 084	497 564	449 844	459 612	497 564	503 418	486 492	494 028	—	817 820	1 607 789	
Deutscher Investment-Trust, Gesellschaft für Wertpapier-anlagen mbH Frankfurt (Main)	Concentra Industria Thesaurus Transatlanta	51 767	128 970	292 842	504 382	436 609	469 678	504 382	508 389	476 937	478 495	537 000	1 304 000	1 970 000	
Deutsche Kapital-anlagegesellschaft mbH, Düsseldorf	Dekafonds I	8 563	17 830	58 414	136 769	119 637	125 015	136 769	139 669	133 953	135 833	85 792	161 929	354 956	
Europa und Übersee Kapitalanlage-gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Atlantic-fonds Europa-fonds I	—	—	—	—	—	—	—	80 625	80 739	81 188	—	—	—	
Union-Investment-Gesellschaft mbH Frankfurt (Main)	Unifonds Lscafonds	9 112 1 415	17 096 2 130	65 497 4 998	126 121 7 777	115 379 6 496	116 810 6 404	126 121 7 777	127 011 9 649	124 925 9 956	124 846 9 932	201 549 13 609	384 558 23 831	1 000 123 45 629	
Zusammen		108 084	317 146	1 049 349	2 266 478	1 997 294	2 102 658	2 266 478	2 443 262	2 409 103	2 425 441				

¹⁾ Jeweils Stand Ende des Jahres bzw. Monats. — ²⁾ Durchschnitt im Monat. — ³⁾ Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vorjahrsstand infolge Ausgabe von je zwei Gratisanteilen Gratisanteil an die bisherigen Besitzer von: a) Fondra-Zertifikaten (im Juni 1958); b) Fondis-Zertifikaten (im April 1959); c) Investa-Zertifikaten (im Mai 1959); d) Concentra-Zertifikaten (im Februar 1960).

nach Käufergruppen ²⁾)

noch: Festverzinsliche Wertpapiere															Aktien					Zeit
darunter:																				
Anleihen der öffentlichen Hand					Anleihen ausländischer Emittenten					Inländische Erwerber										
Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes	Inländische Erwerber				Ausländische Erwerber	Summe des aufteilbaren Absatzes			
Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private			Öffentliche Stellen	Kreditinstitute	sonstige Wirtschaftsunternehmen	Private					
Mio DM ⁴⁾)																				
79.4	639.3	91.3	124.3	79.1	963.4	0.7	30.6	9.9	31.6	19.2	92.0	129.6	161.1	79.7	37.8	152.6	560.9	1958 *)		
120.1	1.872.1	221.3	251.4	75.3	2.540.2	4.1	152.2	75.0	76.9	36.4	344.6	187.9	408.3	233.1	162.9	317.2	1.309.4	1959		
1.4	—	—	—	—	1.4	—	—	—	—	—	—	18.8	35.2	0.5	1.7	10.7	66.8	1959		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.3	6.3	79.0	2.1	39.3	125.0	Saarland		
—	241.9	—	—	—	241.9	—	—	—	—	—	—	14.0	35.0	52.6	74.3	173.5	349.4	1948 - Mitte 1959		
9.0	138.1	31.4	25.4	6.1	210.0	—	—	—	—	—	—	21.0	41.9	9.3	9.9	10.4	92.5	Juli		
—	10.5	—	—	—	10.5	—	—	—	—	—	—	30.5	22.8	12.4	1.9	40.1	107.7	Aus.		
—	183.8	—	—	—	183.8	—	—	—	—	—	—	4.6	104.7	3.0	4.6	8.7	125.6	Sept.		
16.1	149.6	54.4	67.7	43.7	331.5	—	—	—	—	—	—	—	10.6	0.5	4.5	1.8	17.4	Oktober		
—	88.0	—	—	—	88.0	—	—	—	—	—	—	57.6	6.5	38.3	24.2	11.4	138.0	Nov.		
27.9	222.9	95.2	89.9	78.9	514.8	0.1	10.1	0.8	1.5	5.5	18.0	15.7	125.9	42.9	60.6	2.8	247.9	Dez.		
12.4	20.4	7.1	7.1	6.4	53.4	0.1	6.8	0.5	1.0	3.6	12.0	6.8	11.6	10.1	78.5	4.2	111.2	Jan. 1960		
—	3.4	—	—	—	3.4	—	—	—	—	—	—	71.6	162.5	65.7	9.2	4.0	313.0	Febr.		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März		
vH ⁵⁾)																				
8	66	10	13	3	100	1	33	11	34	21	100	72	29	14	7	28	100	1958 *)		
5	73	9	10	3	100	1	44	22	22	11	100	14	31	18	13	24	95	1959		
100	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	28	53	1	2	16	100	1959		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	5	63	2	23	99	Saarland		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	4	10	15	21	50	99	1948 - Mitte 1959		
4	66	15	12	3	100	—	—	—	—	—	—	23	45	10	11	11	99	Juli		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	28	21	12	2	37	100	Aus.		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	83	2	4	7	81	Sept.		
5	45	16	21	13	100	—	—	—	—	—	—	—	61	3	26	10	97	Oktober		
—	100	—	—	—	100	—	—	—	—	—	—	42	5	28	17	8	98	Nov.		
5	43	19	18	15	100	1	56	4	8	31	55	6	51	17	25	1	100	Dez.		
23	38	13	14	12	100	1	56	4	8	31	100	6	10	9	71	4	99	Jan. 1960		
—	100	—	—	—	85	—	—	—	—	—	—	23	52	21	3	1	100	Febr.		
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	März		

teilbar. Erfährt wird nur der erste Verkauf (bei Bankschuldverschreibungen in der Regel der Verkauf durch das Emissionsinstitut selbst, bei Anleihen der Verkauf durch das Emissionsinstitut der Zahlen. — ⁵⁾) Aus den in Tsd DM gemeldeten Originalzahlen errechnet. Summe des aufteilbaren Absatzes = 100 vH. — ⁶⁾) Summe des aufteilbaren Absatzes in vH des Gesamtabsatzes.

Gesellschaften

ausgegebenen Anteile ¹⁾)							Ausgabe-Preis pro Anteil									
1959	1959			1960			1956 ¹⁾)	1957 ¹⁾)	1958 ¹⁾)	1959 ¹⁾)	1959 ²⁾)			1960 ²⁾)		
	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März					Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Stück							DM									
—	—	—	—	—	207 500	249 500	—	—	—	—	—	—	—	—	100,60	100,90
794 400	816 994	807 238	794 400	781 367	776 906	770 022	—	—	107,90	176,90	153,63	162,65	171,71	176,83	178,66	174,27
1 652 702 ⁴⁾)	766 178	1 602 939 ⁴⁾)	1 652 702	1 677 310	1 682 208	1 683 619	294,50	102,90 ³⁾)	158,30	131,90 ⁴⁾)	229,61	—	128,95	131,72	133,26	130,58
831 900 ⁴⁾)	839 888	839 255	831 900	817 210	809 842	808 278	116,50	120,60	185,—	151,80 ⁴⁾)	131,67	141,03	147,23	151,89	152,72	149,44
204 642	211 575	213 072	204 642	202 451	479 975 ⁵⁾)	493 637	191,75	198,50	138,— ⁴⁾)	194,50	176,61	184,61	191,43	194,76	98,61 ⁴⁾)	97,34
1 081 800	830 450	930 400	1 081 800	1 133 000	1 114 350	1 083 723	—	—	—	116,60	104,03	110,35	111,98	109,75	109,79	107,42
—	—	—	—	172 929	180 065	181 840	—	—	—	—	—	—	—	99,80	97,89	97,21
3 779 531 ⁴⁾)	3 687 353	3 734 504	3 779 531	3 799 825	3 805 266	3 809 468	—	106,90	164,40	136,90 ⁴⁾)	122,81	127,10	132,71	137,47	137,40	133,97
908 569	892 758	894 905	908 569	942 072	944 547	943 147	—	—	—	96,00	90,16	91,67	94,21	95,25	92,17	90,57
4 208 805 ⁴⁾)	4 113 939	4 144 590	4 208 805	4 207 797	4 226 433	4 231 346	100,25	103,—	154,20	124,30 ⁴⁾)	106,82	113,93	120,47	125,04	121,92	116,07
785 494	798 539	790 166	785 494	778 833	1 607 771 ⁴⁾)	1 639 173	—	—	—	161,30	139,43	148,04	155,69	161,17	—	75,52
671 779	698 198	689 637	671 779	659 232	648 712	644 343	—	—	98,20	167,10	143,35	153,76	162,52	167,62	167,29	163,13
—	—	—	—	1 548 973	1 722 537	1 765 253	—	—	—	—	—	—	—	49,85	49,23	48,44
1 057 035 ⁵⁾)	1 019 843	1 031 577	1 057 035	1 072 841	1 086 047	1 098 669	103,20	114,20	170,60	134,00 ⁶⁾)	117,94	124,30	130,22	134,24	131,64	127,24
—	—	—	—	2 139 000	2 172 900	2 207 500	—	—	—	—	—	—	—	40,85	39,88	39,07
373 600	380 500	380 500	373 600	373 600	360 100	362 700	—	—	—	155,60	133,74	142,55	149,21	156,11	152,53	142,21
1 165 524	1 138 926	1 150 502	1 165 524	1 166 735	1 160 916	1 158 728	47,50	46,70	68,80	113,70	103,53	105,36	110,57	113,93	115,08	112,55
68 673	57 405	58 394	68 673	90 894	92 993	93 489	109,20	93,90	116,20	120,10	118,87	117,80	119,24	117,53	112,74	111,59

an die bisherigen Besitzer von Fondak-Zertifikaten (Ende Januar 1957). — ⁴⁾) Außergewöhnliche Änderung gegenüber Vormonats- bzw. Vorjahrsstand infolge Ausgabe von je einem Zertifikaten (im Juni 1959); e) Dekafonds-I-Zertifikaten (im Juni 1959); f) Fondak-Zertifikaten (im November 1959); g) Fondra-Zertifikaten (am 1. Februar 1960); h) Industria-

16. Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen *) 1)

(ohne Sterbekassen, Krankenversicherungsunternehmen und die kleineren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen)

Mio DM

Jahres- bzw. Vierteljahres- ende	Zahl der erfaßten Institute	Vermögens- anlagen insgesamt	Hypotheken- Grundschuld- und Rentenschuld- forderungen	Schuldschein- forderungen und Darlehen	Wert- papiere	Beteili- gungen	Darlehen und Voraus- zahlungen auf Ver- sicherungs- scheine	Grund- stücke	Ausgleichs- forderungen
Alle erfaßten Versicherungsunternehmen 2)									
1953	452	8 717,6	1 244,0	1 594,1	766,9	49,3	154,5	782,8	4 126,0
1954	471	10 307,9	1 545,8	2 190,5	1 201,6	78,2	174,5	951,0	4 166,3
1955	476	11 830,3	1 847,4	2 686,6	1 604,9	107,3	197,0	1 158,2	4 228,9
1956	477	13 417,7	2 210,7	3 375,1	1 938,9	169,8	225,2	1 401,1	4 096,9
1957	479	15 484,2	2 671,5	4 190,7	2 439,9	275,9	258,4	1 590,8	4 057,0
1958	478	17 863,4	3 065,6	4 777,7	3 380,9	309,7	270,8	1 836,0	4 222,7
1959 ts)	ca. 472	20 772,4	3 353,2	5 963,6	4 572,8	348,1	288,3	2 101,6	4 144,8
1958 3. Vj.	422	17 074,2	2 942,0	4 526,1	3 138,2	297,3	266,7	1 727,8	4 176,1
4. "	422	17 771,8	3 051,6	4 758,8	3 354,2	306,7	270,8	1 830,3	4 199,4
1959 1. Vj.	422	18 489,3	3 105,0	4 977,8	3 781,1	293,7	274,2	1 829,1	4 228,4
2. "	425	19 268,9	3 171,9	5 333,6	4 068,4	310,7	279,3	1 904,3	4 200,7
3. "	423	20 029,4	3 258,2	5 614,5	4 346,2	323,2	285,5	1 992,6	4 209,2
4. "	422	20 752,6	3 352,2	5 962,1	4 576,4	348,1	288,3	2 099,8	4 125,7
Lebensversicherungsunternehmen									
1953	93	4 927,9	1 008,4	996,7	317,5	9,3	152,6	472,6	1 970,8
1954	92	5 790,6	1 251,0	1 405,3	453,6	26,1	171,5	544,7	1 938,4
1955	94	6 774,5	1 494,0	1 844,7	619,7	36,6	191,9	657,4	1 930,2
1956	96	7 794,7	1 784,8	2 318,0	715,8	49,6	220,1	803,5	1 902,9
1957	95	9 062,7	2 166,2	2 851,2	969,6	62,7	245,6	907,5	1 859,9
1958	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1959	91	12 268,6	2 709,4	4 228,5	1 799,8	88,9	271,3	1 222,5	1 948,2
1958 3. Vj.	93	9 981,6	2 386,2	3 058,5	1 238,2	81,5	253,3	993,2	1 970,7
4. "	93	10 485,8	2 462,1	3 283,1	1 345,7	89,1	256,0	1 061,4	1 988,4
1959 1. Vj.	93	10 920,0	2 506,1	3 470,7	1 510,9	73,9	258,9	1 054,5	2 045,0
2. "	93	11 294,1	2 555,1	3 674,3	1 608,0	75,3	263,4	1 101,1	2 016,9
3. "	91	11 719,5	2 624,7	3 910,5	1 687,8	79,4	269,0	1 158,6	1 989,5
4. "	91	12 268,6	2 709,4	4 228,5	1 799,8	88,9	271,3	1 222,5	1 948,2
Pensionskassen 3)									
1953	226	2 098,7	132,5	337,7	106,1 4)	— 4)	—	33,8	1 488,6
1954	243	2 439,8	182,7	502,2	139,2 4)	— 4)	—	49,3	1 566,4
1955	241	2 661,3	233,4	532,5	166,2 4)	— 4)	—	72,8	1 656,4
1956	238	2 885,0	284,6	686,1	231,2 4)	— 4)	—	105,3	1 577,8
1957	241	3 250,5	344,7	885,4	231,3	3,5	0,0	125,2	1 660,4
1958	244	3 572,9	420,4	988,6	315,9	5,6	0,0	139,1	1 703,3
1959 ts)	ca. 240	3 972,0	452,3	1 148,0	481,8	5,6	0,0	165,3	1 719,0
1958 3. Vj.	188	3 419,2	381,0	957,1	273,2	2,7	0,0	127,7	1 677,5
4. "	188	3 481,3	406,4	969,7	289,2	2,6	0,0	133,4	1 680,0
1959 1. Vj.	188	3 520,3	412,4	978,1	320,6	2,6	0,0	140,1	1 666,5
2. "	191	3 711,5	428,3	1 084,3	372,5	5,6	0,0	151,0	1 669,8
3. "	191	3 862,7	442,5	1 127,1	426,5	5,6	0,0	155,2	1 705,8
4. "	190	3 952,2	451,3	1 146,5	485,4	5,6	0,0	163,5	1 699,9
Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen 5)									
1953	105	1 310,5	86,0	158,4	252,5	19,8	1,9	239,1	552,8
1954	107	1 574,6	94,9	170,0	432,6	22,9	3,0	312,4	538,8
1955	111	1 825,2	99,5	190,1	590,4	36,7	5,1	376,9	526,5
1956	111	2 079,0	120,4	244,9	710,4	70,0	5,1	423,9	504,3
1957	111	2 373,7	137,9	305,2	891,9	115,7	12,8	476,9	433,3
1958	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959	111	3 390,2	169,4	417,0	1 645,0	145,1	17,0	612,6	384,1
1958 3. Vj.	111	2 760,9	154,1	350,8	1 179,8	119,9	13,4	514,8	428,1
4. "	111	2 860,0	161,2	347,7	1 239,3	121,5	14,8	539,7	435,8
1959 1. Vj.	111	3 060,1	164,9	369,7	1 430,5	123,1	15,3	535,5	421,1
2. "	111	3 230,0	166,6	411,3	1 536,3	127,0	15,9	553,4	419,5
3. "	111	3 339,6	169,2	405,9	1 614,5	133,8	16,5	579,8	419,9
4. "	111	3 390,2	169,4	417,0	1 645,0	145,1	17,0	612,6	384,1
Rückversicherungsunternehmen									
1953	28	380,5	17,1	101,3	90,8	20,2	—	37,3	113,8
1954	29	502,9	17,2	113,0	176,2	29,2	—	44,6	122,7
1955	30	569,3	20,5	119,3	228,6	34,0	—	51,1	115,8
1956	32	659,0	20,9	126,1	281,5	50,2	—	68,4	111,9
1957	32	797,3	22,7	148,9	347,1	94,0	—	81,2	103,4
1958	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1959	30	1 141,6	22,1	170,1	646,2	108,5	—	101,2	93,5
1958 3. Vj.	30	912,5	20,7	159,7	447,0	93,2	—	92,1	99,8
4. "	30	944,7	21,9	158,3	480,0	93,5	—	95,8	95,2
1959 1. Vj.	30	988,9	21,6	159,3	519,1	94,1	—	99,0	95,8
2. "	30	1 033,3	21,9	163,7	551,6	102,8	—	98,8	94,5
3. "	30	1 107,6	21,8	171,0	617,4	104,4	—	99,0	94,0
4. "	30	1 141,6	22,1	170,1	646,2	108,5	—	101,2	93,5

Quelle: Geschäftsberichte und Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen. — *) Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen. — 1) Ohne Saarland. — 2) Alle Lebensversicherungsunternehmen, alle Pensionskassen (bei den Vierteljahresendständen jedoch nur die größeren Kassen), die größeren Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen und alle Rückversicherungsunternehmen. — 3) Die Jahresendstände sind bei allen Pensionskassen erfaßt, die Vierteljahresendstände nur bei den größeren Pensionskassen, auf die rd. 99 vH der Vermögensanlagen aller Pensionskassen entfallen. — 4) Bis 1956 sind die Beteiligungen in den Wertpapierbeständen enthalten. — 5) Nur die größeren Unternehmen, auf die rd. 95 vH der Vermögensanlagen aller aufsichtspflichtigen Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen entfallen. — ts) Teilweise geschätzt.

5. Die Verschuldung des Bundes ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen Mio DM

Stand am Monatsende	Inländische Neuverschuldung seit der Währungsreform								Verpflichtungen aus				Auslandsverschuldung ⁶⁾
	Gesamt ¹⁾	Kredite der Deutschen Bundesbank		Kredite		Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen ⁴⁾	Kassenobligationen	Anleihen ¹⁾ und Prämien-Schatzanweisungen	Ausgleichsforderungen ⁵⁾		4% Ab-lösungs-schuld von 1957 ⁶⁾	
		für den Gesamthausalt ²⁾	für Einzahlungen an internationale Einrichtungen ³⁾	der Kreditanstalt für Wiederaufbau	des Lastenausgleichsfonds					Gesamt	davon für Zwecke der Offenmarktpolitik umgewandelt in		
									Schatzwechsel	Unverzinsl. Schatzanweisungen			
1950 Dez.	1 077.1	578.4	—	—	—	498.7	—	—	—	6 212.7	—	—	—
1951 Dez.	1 339.8	—	—	—	—	608.2	—	—	33.8	6 880.4	—	—	—
1952 Dez.	1 238.2	—	183.0	—	—	110.6	—	—	183.6	7 821.5	—	—	—
1953 Dez.	1 474.6	—	183.0	—	—	78.7	—	—	538.0	7 867.8	—	—	—
1954 Dez.	1 536.2	—	390.7	—	—	65.0	—	—	538.5	8 005.1	—	—	7 745.6
1955 Dez.	1 061.1	—	390.7	—	—	—	138.0	—	532.4	8 129.3	264.0	784.3	8 078.9
1956 Dez.	888.3	—	390.8	—	—	—	94.0	—	403.5	8 081.9	366.2	1 062.9	8 055.8
1957 März	792.8	—	390.8	—	—	—	—	—	402.0	10 693.8	328.3	2 309.3	8 075.6
1957 Juni	792.3	—	390.8	—	—	—	—	—	401.5	10 693.4	313.8	3 135.1	8 060.5
1957 Sept.	792.0	—	390.8	—	—	—	—	—	401.2	10 689.1	609.0	4 638.8	7 971.9
1957 Dez.	390.8	—	390.8	—	—	—	—	—	0	10 698.2	292.5	3 949.1	7 981.5
1958 März	483.2	—	483.2	—	—	—	—	—	—	10 618.4	294.2	5 237.7	7 993.3
1958 Juni	609.2	—	609.2	—	—	—	—	—	—	10 714.3	299.1	5 906.6	7 981.1
1958 Sept.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 767.0	494.5	6 181.1	7 791.7
1958 Dez.	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 856.0	364.4	4 050.1	7 798.0
1959 März	661.7	—	661.7	—	—	—	—	—	—	10 924.0	427.3	4 452.2	7 781.4
1959 April	720.3	58.6	661.7	—	—	—	—	—	—	10 924.0	577.7	4 995.1	—
1959 Mai	1 069.9	408.2	661.7	—	—	—	—	—	—	10 924.0	460.3	4 799.5	—
1959 Juni	1 197.6	535.9	661.7	—	—	—	—	—	—	10 967.0	359.8	4 672.8	6 869.2
1959 Juli	2 067.6	610.8	661.7	325.0	160.0	—	143.1	167.0	—	10 967.0	362.9	4 291.6	—
1959 Aug.	2 302.7	688.7	675.6	325.0	260.0	40.0	146.4	167.0	—	10 968.0	402.2	4 224.6	—
1959 Sept.	2 427.7	57.0 ⁷⁾	1 175.2	325.0	110.0	425.5	167.5	167.5	—	11 057.0	341.6	4 019.8	6 677.7
1959 Okt.	2 693.4	60.0 ⁷⁾	1 181.3	325.0	80.0	547.5	167.5	332.1	—	11 058.0	819.0	4 504.5	—
1959 Nov.	2 822.0	70.3 ⁷⁾	1 181.3	325.0	80.0	353.7	167.5	345.0	299.2	11 058.0	472.0	4 122.3	—
1959 Dez.	2 722.8	244.9	1 210.7	325.0	—	65.2	230.6	347.5	298.9	11 061.0	439.3	2 606.2	6 695.2
1960 Jan.	3 030.5	77.0 ⁷⁾	1 210.7	325.0	—	23.2	251.6	347.5	795.5	11 061.0	653.1	2 923.4	—
1960 Febr.	3 329.0	342.5	1 225.4	325.0	—	25.3	268.2	347.5	795.1	11 061.0	525.9	2 973.2	—
1960 März	3 675.0	148.6	1 247.5	325.0	30.0	22.1	756.1	350.9	794.8	11 109.0	417.7	2 929.0	—

¹⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 2 ohne die vorzeitig zurückgekauften Anleihestücke. — ²⁾ Buchkredite gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 1 a des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. — ³⁾ Zinslose Darlehen gemäß § 20 Abs. 1 Ziff. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank. — ⁴⁾ Einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — ⁵⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 7. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Berichtigung der Umstellungsrechnungen, durch Tilgungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ⁶⁾ Gemäß Angaben der Bundesschuldenverwaltung. — ⁷⁾ Vorschuß für Ersparnisicherungsgesetz; im Ausweis der Deutschen Bundesbank mit dem Kassenbestand des Bundes saldiert.

6. Die Verschuldung der Länder ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen Mio DM

Stand am Monatsende	Inlandsverschuldung										Auslandsverschuldung	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)	
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾	Neuverschuldung seit der Währungsreform							Anleihen ³⁾			Übrige Kreditmarktschulden ⁴⁾
			Gesamt	Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuergutscheine ²⁾	Verzinsl. Schatzanweisungen u. Kassenobligationen					
1950 Dez.	12 738.8	12 107.2	631.6	168.6	260.2	—	2.8	50.0	—	—	150.8	—	—
1951 Dez.	13 154.3	12 375.0	779.3	168.0	137.8	—	44.9	163.6	15.0	—	250.0	—	—
1952 Dez.	13 537.1	12 481.0	1 056.1	50.3	66.3	—	102.4	162.0	229.3	5.8	440.3	—	—
1953 Dez.	13 993.0	12 563.2	1 429.8	41.6	24.3	—	128.3	147.6	255.0	313.0	520.0	—	—
1954 Dez.	14 299.5	12 540.1	1 759.4	60.8	16.8	—	89.2	193.5	250.1	619.0	530.0	178.8	14 478.3
1955 Dez.	14 743.4	12 564.3	2 179.1	205.8	30.6	—	149.5	141.1	237.4	744.7	670.0	179.2	14 922.6
1956 März	14 683.3	12 597.5	2 085.8	—	6.5	—	319.4	136.2	49.2	894.5	680.0	192.1	14 875.4
1956 Juni	14 674.1	12 594.1	2 140.0	11.3	6.4	—	374.3	123.0	47.0	858.0	720.0	202.4	14 876.5
1956 Sept.	14 725.1	12 515.9	2 209.2	44.1	6.3	—	381.0	114.2	45.0	868.6	750.0	199.8	14 924.9
1956 Dez.	14 867.5	12 486.9	2 380.6	101.8	—	—	409.7	138.0	29.3	931.8	770.0	183.6	15 051.1
1957 März	12 523.4	9 934.8	2 588.6	24.7	25.0	—	460.7	160.7	29.3	1 058.2	830.0	204.5	12 727.9
1957 Juni	12 688.2	9 903.5	2 784.7	34.5	—	—	592.9	198.1	56.1	1 039.1	870.0	187.4	12 875.6
1957 Sept.	12 798.2	9 880.7	2 917.5	61.5	—	—	614.9	209.9	56.1	1 045.1	930.0	183.2	12 981.4
1957 Dez.	13 060.2	9 835.3	3 224.9	83.8	—	—	661.3	236.5	55.4	1 137.9	1 050.0	183.1	13 243.3
1958 März	13 552.0	9 839.0	3 713.0	46.0	—	—	597.3	251.7	55.4	1 327.6	1 435.0	180.6	13 732.6
1958 Juni	13 305.8	9 675.0	3 630.8	52.0	—	—	461.9	248.1	35.9	1 242.9	1 590.0	180.3	13 486.1
1958 Sept.	13 539.1	9 675.0	3 864.1	30.0	—	—	397.2	233.8	35.9	1 447.2	1 720.0	179.6	13 718.7
1958 Dez.	13 803.5	9 614.0	4 189.5	69.1	—	—	311.1	234.5	32.0	1 512.8	2 030.0	179.3	13 982.8
1959 März	13 972.1	9 614.0	4 358.1	4.0	—	—	308.9	261.7	30.4	1 573.1	2 180.0	165.7	14 137.8
1959 Juni	14 173.4	9 559.0	4 614.4	15.8	—	—	250.4	269.3	30.3	1 768.6	2 280.0	165.7	14 339.1
1959 Sept.	14 144.7	9 559.0	4 585.7	3.7	—	—	189.1	277.9	40.3	1 764.7	2 310.0	165.4	14 310.1
1959 Dez.	14 034.9	9 499.0	4 535.9	—	—	—	163.7	256.0	53.2	1 683.0	2 380.0	164.8	14 199.7
1960 März	...	9 499.0	...	—	—	—	158.2	261.7	53.2	1 659.1

¹⁾ Vgl. hierzu Tab. VI, 7. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Tilgungen, durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Einschließlich Berliner Schuldverschreibungen. — ³⁾ Im Gegensatz zu den Angaben in Tab. VI, 2 ohne die im eigenen Bestand der Emittenten befindlichen Anleihestücke. — ⁴⁾ Zum überwiegenden Teil bei Banken und in gewissem Umfang bei Versicherungen aufgenommene Direktkredite. Beträge teilweise geschätzt.

7. Ausgleichsforderungen *)

Mio DM

	Alle Gläubiger	Deutsche Bundesbank	Kredit- institute ¹⁾	Versicherungs- unternehmen	Bausparkassen	Fonds zum Ankauf von Ausgleichs- forderungen ²⁾
I. Die bisherige Entwicklung						
1. Zugeteilte Ausgleichsforderungen ³⁾	21 487	8 675 ⁴⁾	7 570	5 176	66	—
2. Bestandsminderungen						
a) lineare und vorzeitige Tilgungen	795	—	488	303	4	—
b) Rückkäufe der Schuldner ⁵⁾	84	—	83	1	—	—
3. Saldo 1 -/. 2	20 608	8 675	6 999	4 872	62	—
4. Gläubigerwechsel						
a) Verkäufe an den Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen	—	—	./. 213	./. 46	./. 5	+ 264
b) vorübergehende Verkäufe an die Deutsche Bundesbank (abzüglich Rückkäufe)	—	+ 91	./. 91	—	—	—
c) Saldo der Käufe und Verkäufe zwischen anderen Gläubigergruppen	—	—	+ 211	./. 209	./. 2	—
5. Bestand Ende März 1960	20 608	8 766 ⁶⁾	6 906	4 617	55	264
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 347	3 347 ⁶⁾	—	—	—	—
II. Der Bestand Ende März 1960 gegliedert nach Zinstypen und Schuldnern						
1. Gliederung nach Zinstypen						
a) unverzinsliche Ausgleichsforderungen	65	—	57	—	—	8
b) 3 %/eige	14 560	8 219	6 199	—	—	142
c) 3 1/2 %/eige	4 926	—	213	4 606	55	52
d) 4 1/2 %/eige	499	—	437	—	—	62
e) 3 %/eige Sonderausgleichsforderungen	11	—	—	11	—	—
f) unverzinsliche Schuldverschreibung ⁷⁾	547	547	—	—	—	—
2. Gliederung nach Schuldnern						
a) Bund	11 109	8 675	477	1 900	—	57
b) Länder	9 499	91	6 429	2 717	55	207
3. Gesamt (1a bis 1f = 2a + 2b)	20 608	8 766 ⁶⁾	6 906	4 617	55	264
<i>nachrichtlich:</i>						
<i>davon in Geldmarkttitel umgewandelt</i>	3 347	3 347 ⁶⁾	—	—	—	—
<p>^{*)} Die Zahlen beruhen im wesentlichen auf einer Sondererhebung zum 31. 10. 1957, deren Ergebnisse soweit möglich auf den derzeitigen Stand fortgeschrieben wurden. — ¹⁾ Einschließlich Postscheck- und Postsparkassenämter, sowie im Gegensatz zur Monatlichen Bilanzstatistik einschließlich der kleineren ländlichen Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme Ende 1953 weniger als 500 000.— DM betrug. — ²⁾ Gemäß § 8 ff. des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956. — ³⁾ Einschließlich der Ausgleichsforderungen, die den Instituten nach dem Stand ihrer Umstellungsrechnungen noch zuzuteilen sind. — ⁴⁾ Einschließlich unverzinslicher Schuldverschreibung; vgl. Anm. ⁷⁾. — ⁵⁾ Rückkäufe durch einige Länder überwiegend zur Finanzierung von Investitionsprogrammen. — ⁶⁾ Der im Ausweis der Deutschen Bundesbank vom 31. 3. 1960 (Tabelle II B) ausgewiesene Bestand von 5 419 Mio DM ergibt sich aus der Differenz zwischen dem unter I. 5. und II. 3. angegebenen Betrag von 8 766 Mio DM und dem für Zwecke der Offenmarktpolitik in Geldmarkttitel umgewandelten Teil der Ausgleichsforderungen in Höhe von 3 347 Mio DM. — ⁷⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibung des Bundes wegen Geldausstattung Berlins.</p>						

3. Goldbestand und Auslandsforderungen¹⁾ der Deutschen Bundesbank^{o)}

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende ²⁾	Goldbestand und uneingeschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)			Befristete oder nur beschränkt verwendbare Auslandsforderungen (netto)				
	Insgesamt	darunter		Insgesamt	darunter			
		Goldbestand	US- \$ (einschl. can. \$)		Bilaterale Forderungen aus früheren Krediten an die EZU (bis Ende 1958: Kredite an die EZU)	Schuld- verschrei- bungen der Weltbank	Zweck- gebundene Guthaben bei aus- ländischen Banken und zweck- gebundene Geldmarkt- anlagen	Konsoli- dierungs- kredite an aus- ländische Zentral- banken
1952	+ 2 750	+ 587	+ 2 088	+ 1 885	+ 1 061	—	—	—
1953	+ 5 330	+ 1 367	+ 3 545	+ 2 828	+ 1 782	—	—	+ 146
1954	+ 8 274	+ 2 628	+ 5 453	+ 2 656	+ 2 054	—	—	+ 304
1955	+ 9 958	+ 3 862	+ 5 789	+ 2 824	+ 2 187	—	—	+ 403
1956	+ 14 169	+ 6 275	+ 7 332	+ 3 700	+ 2 890	+ 73	+ 240	+ 384
1957	+ 16 587	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 403	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 265
1958	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 175
1959	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 281
1956 Juni	+ 11 811	+ 4 635	+ 6 648	+ 3 128	+ 2 502	—	—	+ 354
1956 Sept.	+ 13 201	+ 5 436	+ 7 253	+ 3 445	+ 2 579	+ 73	+ 238	+ 403
1956 Dez.	+ 14 169	+ 6 275	+ 7 332	+ 3 700	+ 2 890	+ 73	+ 240	+ 383
1957 März	+ 14 903	+ 7 379	+ 6 833	+ 3 810	+ 3 218	+ 73	+ 70	+ 352
1957 Juni	+ 16 011	+ 8 523	+ 6 646	+ 4 160	+ 3 571	+ 73	+ 171	+ 327
1957 Sept.	+ 17 576	+ 10 077	+ 6 690	+ 5 978	+ 4 028	+ 493	+ 953	+ 384
1957 Dez.	+ 16 587	+ 10 674	+ 6 148	+ 6 403	+ 4 242	+ 808	+ 1 032	+ 349
1958 März	+ 16 674	+ 10 333	+ 6 245	+ 6 264	+ 4 202	+ 808	+ 897	+ 303
1958 Juni	+ 17 348	+ 10 814	+ 6 101	+ 6 883	+ 4 447	+ 1 123	+ 915	+ 283
1958 Sept.	+ 18 283	+ 10 907	+ 7 265	+ 6 923	+ 4 287	+ 1 323	+ 1 002	+ 265
1958 Dez.	+ 18 990	+ 11 085	+ 7 442	+ 7 188	+ 4 597	+ 1 239	+ 971	+ 245
1959 Jan.	+ 18 446	+ 11 248	+ 7 263	+ 6 647	+ 4 186	+ 1 378	+ 971	+ 241
1959 Febr.	+ 18 091	+ 11 248	+ 6 995	+ 6 643	+ 4 182	+ 1 378	+ 963	+ 240
1959 März	+ 16 656	+ 11 248	+ 5 766	+ 6 350	+ 4 121	+ 1 378	+ 707	+ 236
1959 April	+ 16 109	+ 11 248	+ 5 142	+ 6 149	+ 3 921	+ 1 378	+ 707	+ 224
1959 Mai	+ 16 694	+ 11 272	+ 5 618	+ 6 117	+ 3 912	+ 1 378	+ 706	+ 223
1959 Juni	+ 16 842	+ 11 355	+ 5 661	+ 5 741	+ 3 813	+ 1 378	+ 441	+ 213
1959 Juli	+ 16 770	+ 11 428	+ 5 625	+ 5 675	+ 3 763	+ 1 378	+ 441	+ 195
1959 Aug.	+ 16 676	+ 11 427	+ 5 356	+ 5 456	+ 3 674	+ 1 378	+ 353	+ 188
1959 Sept.	+ 16 397	+ 11 009	+ 5 370	+ 5 521	+ 3 621	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Okt.	+ 16 827	+ 11 028	+ 5 654	+ 5 399	+ 3 484	+ 1 496	+ 353	+ 192
1959 Nov.	+ 17 788	+ 11 029	+ 6 441	+ 5 399	+ 3 482	+ 1 496	+ 353	+ 175
1959 Dez.	+ 18 779	+ 11 077	+ 7 278	+ 5 069	+ 3 159	+ 1 496	+ 353	+ 163
1960 Jan.	+ 18 421	+ 11 078	+ 6 862	+ 4 784	+ 2 997	+ 1 391	+ 353	+ 143
1960 Febr.	+ 18 738	+ 11 140	+ 7 087	+ 4 756	+ 2 996	+ 1 391	+ 353	+ 143
1960 März	+ 19 465	+ 11 214	+ 7 729	+ 4 747	+ 2 978	+ 1 391	+ 353	+ 143

^{o)} Die Daten sind mit den im Rahmen des Bundesbankausweises angegebenen Zahlen nicht ganz identisch, da der Goldbestand und die Auslandsforderungen hier entsprechend den Vorschriften des Internationalen Währungsfonds für die Aufstellung von Zahlungsbilanzen zum Paritätstages angegeben sind, während sie im Bundesbankausweis zum Jahresende nach dem Niederwertprinzip und für das laufende Jahr jeweils zum Tageskurs berechnet werden. Darüber hinaus bestehen bei den Verpflichtungen gewisse Unterschiede in Bezug auf die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Positionen; so können in der Zahlungsbilanz zur Zeit mangels statistischer Unterlagen über die Umsätze noch nicht alle in der Position „Einlagen ausländischer Einleger“ des Bundesbankausweises erfaßten Verpflichtungen berücksichtigt werden; von Anfang 1959 ab ist jedoch der größte Teil dieser Verpflichtungen einbezogen.

¹⁾ Guthaben auf laufenden Fremdwährungskonten und Ausländer-DM-Konten sowie befristete oder nur beschränkt verwendbare Forderungen; abzüglich der entsprechenden Verpflichtungen. — ²⁾ In den Jahren 1952 und 1953 einschl. bestimmter Forderungen und Verpflichtungen, wie z. B. konsolidierter Clearingschulden, deren Veränderungen in den Zahlungsbilanztabellen nicht der Devisen-, sondern der Kapitalbilanz zugerechnet wurden.

4. Kurzfristige Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland^{*)}

Stand am Ende des Berichtszeitraums

Mio DM

Jahres- bzw. Monatsende	Saldo der Forderungen und Verpflichtungen	Forderungen						Verpflichtungen				
		Insgesamt	Guthaben bei ausländischen Banken		Geldmarkt- anlagen	Kurzfristige Kredite		Insgesamt	Einlagen von Ausländern		Kurzfristige Kredite	
			Täglich fällige Gelder	Termin- gelder		Ausländische Währung	DM		Ausländische Währung	DM	Ausländische Währung	DM
1955	— 1 397	524	312	7	1	35	169	1 921	62	1 411	448	0
1956	— 2 309	715	362	13	4	35	301	3 024	52	2 062	904	6
1957	— 2 285	1 320	307	20	448	22	523	3 605	50	2 600	930	25
1958	— 1 551	1 919	431	128	481	55	824	3 470	91	2 802	537	40
1959	— 278	3 465	939	358	1 246	224	698	3 743	333	3 077	317	16
1957 März	— 2 332	768	362	14	4	16	372	3 100	108	1 963	1 007	22
1957 Juni	— 2 168	986	396	12	0	29	549	3 154	107	2 112	923	12
1957 Sept.	— 3 088	723	269	20	0	21	413	3 811	38	2 794	949	30
1957 Dez.	— 2 285	1 320	307	20	448	22	523	3 605	50	2 600	930	25
1958 März	— 1 525	2 055	342	26	610	31	1 046	3 580	82	2 740	721	37
1958 Juni	— 1 408	2 102	407	35	474	40	1 146	3 510	90	2 688	702	30
1958 Sept.	— 1 207	2 263	491	112	493	53	1 114	3 470	112	2 747	580	31
1958 Dez.	— 1 551	1 919	431	128	481	55	824	3 470	91	2 802	537	40
1959 Jan.	— 308	2 721	520	815	611	151	624	3 029	110	2 422	447	50
1959 Febr.	— 58	2 954	522	979	713	151	589	3 012	111	2 410	432	59
1959 März	— 208	2 747	486	916	620	143	582	2 955	96	2 403	398	58
1959 April	+ 189	3 292	469	1 213	823	152	635	3 103	116	2 544	385	58
1959 Mai	+ 12	3 123	503	1 035	817	170	598	3 111	150	2 608	318	35
1959 Juni	+ 145	3 356	662	1 099	890	161	544	3 211	203	2 690	285	33
1959 Juli	+ 492	3 890	862	1 326	916	160	626	3 398	242	2 847	285	24
1959 Aug.	+ 877	4 024	896	1 312	1 012	173	631	3 147	228	2 636	268	15
1959 Sept.	+ 762	3 977	903	1 255	950	149	720	3 215	261	2 670	267	17
1959 Okt.	+ 1 028	4 201	1 153	1 152	970	164	762	3 173	270	2 613	266	24
1959 Nov.	+ 579	3 804	1 059	938	917	178	712	3 225	271	2 656	282	16
1959 Dez.	— 278	3 465	939	358	1 246	224	698	3 743	333	3 077	317	16
1960 Jan.	+ 735	4 219	1 200	705	1 356	230	728	3 484	308	2 821	339	16
1960 Febr.	+ 106	3 609	947	510	1 171	226	755	3 503	332	2 776	374	21
1960 März ^{b)}	— 386	3 456	1 059	500	824	230	843	3 842	431	2 947	437	27

^{*)} Ab Ende Juli 1959 einschl. der Forderungen und Verpflichtungen der saarländischen Geschäftsbanken gegenüber dem Ausland, jedoch ohne die bis Ende Juni 1959 erfaßten Forderungen und Verpflichtungen der Geschäftsbanken des übrigen Bundesgebietes gegenüber dem Saarland. — ^{b)} Vorläufig.

5. Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland^{1) +)}(einschl. Ergänzungen zum Warenverkehr¹⁾)

Mio DM

Positionen		1957	1958	1959	1957 4. Vj.	1958				1959					1960	
						1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Dez.	Jan.	Febr.
Insgesamt ²⁾	Einnahmen	10 102	11 168	11 794	2 497	2 629	2 716	2 926	2 897	2 718	2 849	3 164	3 063	1 062	1 026	941
	Ausgaben	6 698	8 218	9 889	1 613	1 788	2 021	2 365	2 044	2 053	2 439	2 984	2 413	955	771	637
	Saldo	+ 3 404	+ 2 950	+ 1 905	+ 884	+ 841	+ 695	+ 561	+ 853	+ 665	+ 410	+ 180	+ 650	+ 107	+ 255	+ 304
1) Reiseverkehr	Einnahmen	1 864	1 898	1 896	395	319	525	623	431	330	527	630	409	139	105	108
	Ausgaben	1 381	2 043	2 399	235	293	512	889	349	412	633	953	401	120	132	141
	Saldo	+ 483	- 145	- 503	+ 160	+ 26	+ 13	- 266	+ 82	- 82	- 106	- 323	+ 8	+ 19	- 27	- 33
2) Transport ^{3) 4)}	Einnahmen	3 724	3 533	3 798	917	879	851	879	924	874	894	999	1 031	338	322	322
	Ausgaben	1 235	1 348	1 508	331	328	338	342	340	331	347	393	437	140	127	126
	Saldo	+ 2 489	+ 2 185	+ 2 290	+ 586	+ 551	+ 513	+ 537	+ 584	+ 543	+ 547	+ 606	+ 594	+ 198	+ 195	+ 196
darunter: Seefrachten ⁴⁾	Einnahmen	2 482	2 269	2 466	617	598	541	554	576	593	568	626	679	223	213	198
3) Versicherungen ^{5) 4)}	Einnahmen	199	234	260	57	59	58	54	63	61	62	68	69	25	22	22
	Ausgaben	153	233	300	44	48	47	60	78	62	78	79	81	27	26	26
	Saldo	+ 46	+ 1	- 40	+ 13	+ 11	+ 11	- 6	- 15	- 1	- 16	- 11	- 12	- 2	- 4	- 4
4) Kapitalerträge	Einnahmen	409	424	613	98	129	59	154	82	185	100	176	152	67	90	39
	Ausgaben	804	1 048	1 645	152	240	252	209	347	315	398	511	421	297	111	45
	Saldo	- 395	- 624	- 1 032	- 54	- 111	- 193	- 55	- 265	- 130	- 298	- 335	- 269	- 230	- 21	- 6
darunter: Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen ⁶⁾	Ausgaben	228	233	212	33	83	43	76	31	92	28	63	29	20	55	5
5) Regierung ⁴⁾	Einnahmen	2 662	3 879	4 128	687	924	938	958	1 059	1 022	986	1 003	1 117	381	350	330
	Ausgaben	291	388	481	74	82	93	97	1 116	1 110	90	138	143	47	40	40
	Saldo	+ 2 371	+ 3 491	+ 3 647	+ 613	+ 842	+ 845	+ 861	+ 943	+ 912	+ 896	+ 865	+ 974	+ 334	+ 310	+ 290
6) Verschiedene Dienstleistungen	Einnahmen	2 660	3 877	4 121	686	923	938	958	1 058	1 021	985	1 001	1 114	380	347	326
	Ausgaben	1 061	1 111	1 043	274	296	262	238	315	226	270	280	267	102	109	91
	Saldo	- 1 624	- 2 995	- 3 243	- 742	- 765	- 732	- 722	- 776	- 795	- 806	- 795	- 847	- 314	- 325	- 247
darunter: Provisionen, Werbe- und Messekosten	Einnahmen	168	170	160	43	43	40	40	47	39	38	41	42	15	15	15
	Ausgaben	1 048	1 085	1 111	291	292	272	243	278	259	279	277	296	107	113	99
	Saldo	- 880	- 915	- 951	- 248	- 249	- 232	- 203	- 231	- 220	- 241	- 236	- 254	- 92	- 98	- 84
Lizenzen und Patente (einschl. Filmgeschäft)	Einnahmen	112	142	168	23	36	34	31	41	36	38	49	45	19	18	13
	Ausgaben	415	487	535	107	126	114	117	130	129	130	132	144	48	69	41
	Saldo	- 303	- 345	- 367	- 84	- 90	- 80	- 86	- 89	- 93	- 92	- 83	- 99	- 29	- 51	- 28
Arbeitsentgelte, Renten und Pensionen	Einnahmen	182	175	107	45	39	43	43	50	30	33	20	24	9	11	10
	Ausgaben	389	485	574	116	109	117	123	136	128	158	142	146	58	54	44
	Saldo	- 207	- 310	- 467	- 71	- 70	- 74	- 80	- 86	- 98	- 125	- 122	- 122	- 49	- 43	- 34
Bauleistungen, Montagen u. Ausbesserungen	Einnahmen	236	215	236	66	53	42	58	62	49	63	65	59	21	27	21
	Ausgaben	162	192	235	40	43	39	49	61	49	50	65	73	22	20	19
	Saldo	+ 74	+ 23	+ 1	+ 26	+ 10	+ 3	+ 9	+ 1	+ 0	+ 13	+ 2	- 14	- 1	+ 7	+ 2
7) Ergänzungen zum Warenverkehr ¹⁾	Einnahmen	183	89	56	69	23	23	20	23	20	10	8	18	10	28	29
	Ausgaben	150	163	313	35	32	47	46	38	28	87	115	83	10	10	12
	Saldo	+ 33	- 74	- 257	+ 34	- 9	- 24	- 26	- 15	- 8	- 77	- 107	- 65	- 0	+ 18	+ 17

¹⁾ Vom Tage der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes an (6. 7. 1959) einschl. der Transaktionen des Saarlandes mit dem Ausland, jedoch ohne die bis dahin in der Zahlungsbilanz erfaßten Transaktionen des Saarlandes mit dem übrigen Bundesgebiet. — ²⁾ Aufgliederung der Position „Dienstleistungsbilanz“ der Tabelle VII, 2 für die Zeiträume, über die bereits vollständige Unterlagen vorliegen. — ³⁾ Saldo des Transithandels und andere Ergänzungen. — ⁴⁾ Vgl. Anmerkungen ¹⁾ und ³⁾ bis ⁵⁾. — ⁵⁾ Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- bzw. Versicherungskosten. — ⁶⁾ Einschl. Einnahmen der deutschen Seeschifffahrt bzw. der deutschen Versicherungsunternehmen von deutschen Exporteuren und Importeuren. Soweit es sich dabei um Zahlungen deutscher Exporteure handelt, führen diese zu entsprechenden Einnahmen der Exporteure im Rahmen von Ausfuhr-cif-Abschlüssen; handelt es sich dagegen um Zahlungen deutscher Importeure, sind diese im cif-Wert der Einfuhr als Ausgaben erfaßt. — ⁷⁾ Ohne die auf den inländischen Besitz an Auslandsanleihen entfallenden Zinszahlungen im Rahmen der Londoner Schuldenabkommen. — ⁸⁾ Von Regierungsstellen des In- und Auslands in Anspruch genommene bzw. erbrachte Leistungen, die nicht in anderen Zahlungsbilanzpositionen ausgewiesen sind. — ⁹⁾ Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte.

6. Bilaterale Forderungen der Bundesrepublik Deutschland aus früheren Krediten an die EZU

Mio DM

Länder	Stand nach Durchführung der Liquidation der EZU	Tilgungen										Stand am 31. 3. 1960	
		1959					1960						Insgesamt
		1. Vj. ¹⁾	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Insgesamt	Jan.	Febr.	März	Insgesamt			
Belgien-Luxemburg	251	—	—	—	134	134	46	—	—	46	180	71	
Dänemark	205	—	6	—	—	6	63	—	—	63	69	136	
Frankreich													
Forderungen ohne Sonderkredit	703	35	35	35	35	140	—	—	—	—	140	563	
Forderungen aus dem Sonderkredit	525	—	—	—	214	214	—	—	—	—	214	311	
Griechenland	46	—	4	1	2	7	—	—	2	2	9	37	
Großbritannien	1 125	—	—	88	—	88	—	—	—	—	88	1 037	
Island	17	—	0	—	2	2	—	—	—	—	2	15	
Italien	178	—	178	—	—	178	—	—	—	—	178	—	
Niederlande	261	—	—	—	—	—	33	—	—	33	33	228	
Norwegen	220	6	16	9	9	40	—	—	9	9	49	171	
Österreich	59	24	5	30	—	59	—	—	—	—	59	—	
Portugal	80	—	13	7	7	27	—	—	6	6	33	47	
Schweden	229	—	9	20	20	49	20	—	—	20	69	160	
Schweiz	226	—	38	—	37	75	—	—	—	—	75	151	
Türkei	61	—	4	2	2	8	0	1	1	2	10	51	
Insgesamt	4 186	65	308	192	462	1 027	162	1	18	181	1 208	2 978	

¹⁾ Die erste Tilgungszahlung erfolgte im Februar 1959.

8. Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts *)

in jeweiligen Preisen

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Positionen	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958 ¹⁾	1959 ²⁾
Mrd DM										
I. Entstehung des Bruttosozialprodukts										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10,1	12,2	13,3	13,4	13,7	14,5	15,0	15,6	16,5	17,1
Warenproduzierendes Gewerbe ³⁾	48,0	61,0	69,0	75,5	82,0	95,3	104,9	113,3	119,0	128,5
Handel und Verkehr ⁴⁾	20,1	23,6	28,2	29,0	31,0	35,7	39,4	43,6	46,4	50,4
Dienstleistungsbereiche ⁵⁾	19,0	21,8	25,0	27,6	30,3	33,6	37,8	41,7	45,7	48,9
Bruttoinlandsprodukt	97,2	118,6	135,5	145,5	157,0	179,1	197,1	214,2	227,6	244,9
Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen In- und Ausland	+ 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,3	- 0,5
Bruttosozialprodukt	97,2	118,6	135,6	145,5	156,4	178,3	196,4	213,6	227,3	244,4
vH des Bruttoinlandsprodukts										
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	10,4	10,3	9,8	9,2	8,8	8,1	7,6	7,3	7,3	7,0
Warenproduzierendes Gewerbe ³⁾	49,4	51,4	50,9	51,9	52,2	53,2	53,2	52,9	52,3	52,5
Handel und Verkehr ⁴⁾	20,7	19,9	20,9	19,9	19,7	19,9	20,0	20,3	20,4	20,6
Dienstleistungsbereiche ⁵⁾	19,5	18,4	18,4	19,0	19,3	18,8	19,2	19,5	20,0	19,9
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mrd DM										
II. Verwendung des Bruttosozialprodukts										
Privater Verbrauch	62,5	72,5	79,9	87,6	92,8	103,4	115,1	125,6	134,8	142,9
Staatsverbrauch										
Ziviler Aufwand	9,6	11,3	13,3	14,7	16,1	17,7	19,9	21,7	24,3	25,3
Verteidigungsaufwand ⁶⁾	4,4	6,1	7,5	6,3	6,0	6,1	5,5	5,6	6,3	8,4
Staatsverbrauch insgesamt	14,0	17,4	20,8	21,1	22,0	23,8	25,4	27,3	30,6	33,7
Bruttoinvestitionen										
Ausrüstungen	9,4	12,1	14,2	15,4	17,5	21,9	23,7	24,2	25,6	28,0
Bauten	8,9	10,4	11,7	14,0	15,5	19,1	21,3	22,5	24,3	28,2
Anlagen insgesamt	18,3	22,5	25,9	29,3	32,9	41,0	45,0	46,7	49,9	56,2
Vorratsveränderung	+ 3,7	+ 3,9	+ 5,6	+ 2,1	+ 3,4	+ 6,0	+ 4,3	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,5
Bruttoinvestitionen insgesamt	21,9	26,4	31,5	31,4	36,3	47,0	49,3	52,0	53,1	58,7
Saldo der Waren- und Dienstleistungsbilanz ⁷⁾	- 1,2	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,2	+ 6,6	+ 8,7	+ 8,9	+ 9,1
Bruttosozialprodukt	97,2	118,6	135,6	145,5	156,4	178,3	196,4	213,6	227,3	244,4

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Erste vorläufige Ergebnisse. — ³⁾ Bergbau und Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe. — ⁴⁾ Einschließlich Nachrichtenübermittlung. — ⁵⁾ Banken und Privatversicherungen, Wohnungsvermietung, Staat, Sonstige Dienstleistungen. — ⁶⁾ Bis 5. 5. 1955 Besatzungskosten. — ⁷⁾ Mit dem Ausland, dem Saarland, Berlin (West) und der sowjetisch besetzten Zone.

9. Masseneinkommen *)

Bundesgebiet ohne Berlin und Saarland

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter		Abzüge		Nettolöhne und -gehälter (1 - 3)		Beamtenpensionen netto ¹⁾		Sozialrenten und Unterstützungen		Masseneinkommen (5 + 7 + 9)	
	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH	Mrd DM	Veränderung gegenüber entsprechendem Vorjahrszeitraum vH
1950	39,8	.	5,1	.	34,7	.	2,1	.	9,6	.	46,4	.
1951	48,4	+ 21,5	6,8	+ 34,7	41,5	+ 19,6	2,4	+ 15,0	10,8	+ 11,6	54,7	+ 17,7
1952	53,9	+ 11,4	8,0	+ 16,8	45,9	+ 10,5	3,0	+ 25,2	12,5	+ 15,7	61,3	+ 12,2
1953	59,4	+ 10,2	8,5	+ 7,1	50,8	+ 10,7	3,3	+ 11,8	13,6	+ 9,3	67,8	+ 10,5
1954	65,0	+ 9,4	9,1	+ 6,8	55,8	+ 9,9	3,7	+ 9,9	14,3	+ 4,8	73,8	+ 8,8
1955	73,9	+ 13,8	10,5	+ 13,5	63,4	+ 13,6	4,0	+ 8,6	16,2	+ 13,6	83,6	+ 13,3
1956	82,9	+ 12,1	12,1	+ 16,9	70,8	+ 11,6	4,3	+ 9,6	18,3	+ 12,9	93,4	+ 11,8
1957	89,7	+ 8,2	12,7	+ 4,9	77,0	+ 8,8	4,7	+ 8,1	23,0	+ 25,8	104,7	+ 12,1
1958	96,8	+ 7,9	14,5	+ 14,5	82,2	+ 6,8	5,1	+ 7,9	25,9	+ 12,7	113,2	+ 8,1
1959 ^{p)}	103,4	+ 6,9	15,3	+ 5,5	88,1	+ 7,1	5,2	+ 2,3	26,6	+ 2,6	119,9	+ 5,9
1958 1. Vj.	21,9	+ 7,6	3,0	+ 22,9	18,9	+ 5,5	1,3	+ 14,2	6,8	+ 37,2	27,0	+ 12,5
2. "	24,4	+ 7,7	3,7	+ 16,0	20,8	+ 6,4	1,2	+ 11,6	6,3	+ 6,8	28,3	+ 6,7
3. "	25,1	+ 8,6	3,9	+ 16,5	21,2	+ 7,3	1,2	+ 6,4	6,3	+ 6,5	28,7	+ 7,1
4. "	25,3	+ 7,5	4,0	+ 5,9	21,4	+ 7,8	1,3	+ 0,6	6,5	+ 4,6	29,2	+ 6,7
1959 1. Vj.	23,4	+ 6,8	3,0	+ 0,2	20,4	+ 7,8	1,3	+ 5,6	6,9	+ 1,4	28,7	+ 6,1
2. "	26,0	+ 6,3	3,8	+ 2,4	22,2	+ 7,0	1,3	+ 2,3	6,5	+ 3,3	30,0	+ 6,0
3. "	26,6	+ 6,2	4,0	+ 4,3	22,6	+ 6,5	1,3	+ 1,2	6,5	+ 3,4	30,3	+ 5,6
4. " p)	27,4	+ 8,2	4,5	+ 13,6	22,9	+ 7,2	1,3	+ 0,0	6,7	+ 2,6	30,9	+ 5,8

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ¹⁾ Nach Abzug direkter Steuern. — ^{p)} Vorläufig.

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 NF			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität 58,80 DM			Parität 85,0709 DM			Parität 81,1875 DM			Parität 16,1538 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1960															
März															
1.	58,35	58,29	58,41	84,98	84,88	85,08	80,56	80,48	80,64	16,044	16,024	16,064	96,18	96,08	96,28
2.	58,355	58,295	58,415	84,985	84,885	85,085	80,56	80,48	80,64	16,043	16,023	16,063	96,17	96,07	96,27
3.	58,37	58,31	58,43	84,975	84,875	85,075	80,55	80,47	80,63	16,043	16,023	16,063	96,14	96,04	96,24
4.	58,36	58,30	58,42	84,975	84,875	85,075	80,555	80,475	80,635	16,043	16,023	16,063	96,165	96,065	96,265
5.	58,365	58,305	58,425	84,985	84,885	85,085	80,555	80,475	80,635	16,044	16,024	16,064	96,16	96,06	96,26
7.	58,355	58,295	58,415	84,98	84,88	85,08	80,54	80,46	80,62	16,043	16,023	16,063	96,155	96,055	96,255
8.	58,365	58,305	58,425	84,995	84,895	85,095	80,515	80,435	80,595	16,043	16,023	16,063	96,155	96,055	96,255
9.	58,39	58,33	58,45	84,97	84,87	85,07	80,505	80,425	80,585	16,044	16,024	16,064	96,14	96,04	96,24
10.	58,395	58,335	58,455	84,96	84,86	85,06	80,505	80,425	80,585	16,044	16,024	16,064	96,165	96,065	96,265
11.	58,39	58,33	58,45	84,975	84,875	85,075	80,505	80,425	80,585	16,042	16,022	16,062	96,185	96,085	96,285
12.	58,395	58,335	58,455	84,98	84,88	85,08	80,505	80,425	80,585	16,043	16,023	16,063	96,185	96,085	96,285
14.	58,39	58,33	58,45	84,985	84,885	85,085	80,505	80,425	80,585	16,039	16,019	16,059	96,20	96,10	96,30
15.	58,415	58,355	58,475	84,985	84,885	85,085	80,515	80,435	80,595	16,04	16,02	16,06	96,17	96,07	96,27
16.	58,42	58,36	58,48	84,98	84,88	85,08	80,51	80,43	80,59	16,038	16,018	16,058	96,155	96,055	96,255
17.	58,41	58,35	58,47	84,99	84,89	85,09	80,505	80,425	80,585	16,037	16,017	16,057	96,20	96,10	96,30
18.	58,41	58,35	58,47	84,985	84,885	85,085	80,525	80,445	80,605	16,039	16,019	16,059	96,18	96,08	96,28
21.	58,405	58,345	58,465	84,98	84,88	85,08	80,54	80,46	80,62	16,038	16,018	16,058	96,17	96,07	96,27
22.	58,425	58,365	58,485	84,975	84,875	85,075	80,55	80,47	80,63	16,038	16,018	16,058	96,18	96,08	96,28
23.	58,455	58,395	58,515	84,98	84,88	85,08	80,58	80,50	80,66	16,039	16,019	16,059	96,21	96,11	96,31
24.	58,46	58,40	58,52	84,985	84,885	85,085	80,60	80,52	80,68	16,039	16,019	16,059	96,19	96,09	96,29
25.	58,47	58,41	58,53	84,99	84,89	85,09	80,615	80,535	80,695	16,037	16,017	16,057	96,175	96,075	96,275
26.	58,475	58,415	58,535	85,00	84,90	85,10	80,63	80,55	80,71	16,035	16,015	16,055	96,17	96,07	96,27
28.	58,48	58,42	58,54	84,99	84,89	85,09	80,625	80,545	80,705	16,035	16,015	16,055	96,18	96,08	96,28
29.	58,505	58,445	58,565	85,00	84,90	85,10	80,635	80,555	80,715	16,036	16,016	16,056	96,175	96,075	96,275
30.	58,515	58,455	58,575	85,01	84,91	85,11	80,615	80,535	80,695	16,033	16,013	16,053	96,135	96,035	96,235
31.	58,52	58,46	58,58	85,005	84,905	85,105	80,625	80,545	80,705	16,031	16,011	16,051	96,135	96,035	96,235
April															
1.	58,52	58,46	58,58	85,01	84,91	85,11	80,62	80,54	80,70	16,033	16,013	16,053	96,08	95,98	96,18
2.	58,51	58,45	58,57	85,01	84,91	85,11	80,62	80,54	80,70	16,036	16,016	16,056	96,09	95,99	96,19
4.	58,52	58,46	58,58	85,005	84,905	85,105	80,615	80,535	80,695	16,031	16,011	16,051	96,11	96,01	96,21
5.	58,515	58,455	58,575	85,015	84,915	85,115	80,63	80,55	80,71	16,03	16,01	16,05	96,13	96,03	96,23
6.	58,545	58,485	58,605	85,01	84,91	85,11	80,655	80,575	80,735	16,031	16,011	16,051	96,16	96,06	96,26
7.	58,56	58,50	58,62	85,015	84,915	85,115	80,675	80,595	80,755	16,028	16,008	16,048	96,155	96,055	96,255
8.	58,58	58,52	58,64	85,025	84,925	85,125	80,71	80,63	80,79	16,027	16,007	16,047	96,17	96,07	96,27
9.	58,555	58,495	58,615	85,01	84,91	85,11	80,715	80,635	80,795	16,026	16,006	16,046	96,15	96,05	96,25
11.	58,56	58,50	58,62	85,025	84,925	85,125	80,705	80,625	80,785	16,025	16,005	16,045	96,155	96,055	96,255
12.	58,52	58,46	58,58	85,025	84,925	85,125	80,715	80,635	80,795	16,022	16,002	16,042	96,13	96,03	96,23
13.	58,525	58,465	58,585	85,00	84,90	85,10	80,73	80,65	80,81	16,021	16,001	16,041	96,13	96,03	96,23
14.	58,55	58,49	58,61	85,03	84,93	85,13	80,785	80,705	80,865	16,019	15,999	16,039	96,12	96,02	96,22

